



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 4/1976
1,50 DM



DIE KRISE IM LIBANON UND DIE PALÄSTINA- FRAGE



● Interviews mit
Führern der PLO
und Minister
Syriens

● Beiträge zu
Brasilien, Angola,
Südafrika und
Westsahara

Serie Kuba
Rede Fidel Castros

Inhalt

AIB-Aktuell

Zur Lage im Nahen Osten S. 3

Naher Osten

Interview mit Zuheir Muhsin
Die Ereignisse im Libanon nach dem
Waffenstillstand vom Januar 1976 S. 4 – 5

Gespräch mit Josef Schagra
Die Haltung Syriens zur
ägyptischen Außenpolitik S. 6

Interview mit Khaled al Fahoum
Der Standort der Palästinenser
im Nahostkonflikt S. 7 – 10

Brasilien

Luis Carlos Prestes
Manifest an das brasilianische Volk,
an alle Patrioten und Demokraten! S. 11 – 12

Kuba

Rede Fidel Castros vor dem 1. Parteitag
der Kommunistischen Partei Kubas
Die Verteidigung der
kubanischen Revolution S. 13 – 32

Westsahara

Proklamation der Demokratischen
Arabischen Republik Sahara S. 33 – 34

Baba Miske
"Die Revolution ist der Kampf
für die Unabhängigkeit" S. 34 – 36

Republik Südafrika

Südafrikanische Kommunistische Partei
Der Kampf gegen Vorster und
seine Kollaborateure S. 37 – 42

Kurzinformation

Kampuchea, Treffen von Conakry:
Lehren aus Angola S. 43 – 44

IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH,
4600 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,
Wolfgang Gehrcke, Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski,
Herbert Lederer, Steffen Lehdorff, Rolf R. Priemer,
Barbara Schilling, Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus,
Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabriele Bröner (presserechtlich
verantwortlich), Wolfram Bröner, Jürgen Ostrowsky,
Wolfgang Ritter.

Anschrift der Redaktion: 3550 Marburg/L.,
Liebigstr. 46, Tel. 064 21 / 2 46 72.

Postscheckkonto 312093-607 PschA Frankfurt/M.,
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
4600 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Redaktionsmitgliedern
beteiligten sich an der Arbeit für diese Nummer:

R. Falk, D. Fendt, R. Hegewald, M. Hellmann,
P. Maaskola, M. Passolt, J. Pieper, B. Pflug, M. Preuss,
U. Rupp, I. v. Schönberg, B. Schwiening, J. Vogt, G. Zilch

Redaktionsschluß dieser Nummer: 20. April 1976

Bitte beachten Sie unsere Beilagen und Anzeige:

- Werbekarte der Deutschen Volkszeitung
- Unterschriftenliste des Antiimperialistischen
Solidaritätskomitees
- Spanien-Poster der Zeitschrift elan

Bestellung

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Einzelpreis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM einschl. Porto
Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren
33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin,
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 064 21/24672.
Postscheckkonto 312093-607 PschA Frankfurt/M.
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

AIB-Aktuell: Zur Lage im Nahen Osten

Selten wurde ein Staatsmann mit soviel Liebedienerei in der Bundesrepublik empfangen wie Ägyptens Präsident Anwar al Sadat Ende März d.J. Bundeskanzler Helmut Schmidt bescheinigte ihm "Mut und Kühnheit" für das Zustandekommen des Sinai-Separatabkommens und brachte Bonn "Bewunderung und Genugtuung" für Sadat mit einer weiteren 300 Mio DM Kapitalvergabe, wie kurz zuvor US-Präsident Ford mit einer 600 Mio Dollar Hilfe, zum Ausdruck.

Sadats Geheimverschwörung mit Washington

Es war die neuerliche Entlohnung für Sadats Ausscheren aus der Front für die Befreiung der okkupierten arabischen Gebiete und für sein ebenso auf Kosten Syriens wie der PLO eingegangenes Arrangement mit den USA, welchen er - laut Time vom 29.3.1976 - gönnerhaft "99% der Karten im Nahostspiel" zugedachte. Sadats Anlehnung an die Schutzmacht der israelischen Okkupanten zog noch eine weitere wohlmeinende "Geste" nach sich: die einseitige Aufkündigung des im Mai 1971 geschlossenen Freundschaftsvertrages mit der Sowjetunion am 15. März 1976. Was Ägyptens Präsident nun in der Öffentlichkeit mit Unzulänglichkeiten sowjetischer Wirtschafts- und Militärhilfe zu rechtfertigen suchte, ist jedoch in Wahrheit nur die direkte Fortsetzung eines in jüngerer Zeit forcierten proimperialistischen Kurses der antinasseristischen ägyptischen Führung. Sie ist Bestandteil eines im September 1975 parallel zum Sinaiabkommen zwischen den Präsidenten Ford und Sadat ausgehandelten und von der französischen Zeitschrift *Afrique Asie* (siehe Nr. 105/22.3.1976) enthüllten 9 Punkte-Geheimvertrages. In diesem "Top secret"-Abkommen von 1975 hatte sich Sadat u.a. verpflichtet, künftig "auf das sowjetische Militärmaterial zu verzichten" (Punkt 1), den "sowjetisch-ägyptischen Vertrag 'sobald es die Umstände erlauben' und spätestens bis Ende 1976 aufzukündigen" (Punkt 2), weiteren "Preiserhöhungen der arabischen Erdölländer diskret entgegenzuwirken" (Punkt 7) und "die Kampagne zur Desinformation der Ägypter und Araber gegen die UdSSR und den Kommunismus im allgemeinen zu entwickeln" (Punkt 8) - in enger "Koordination" mit den "Informationsstellen der USA" (Punkt 9). Sadats Überwechseln ins imperialistische Lager (siehe die Interviews in diesem Heft) erweist sich so als ein von langer Hand vorbereiteter Schachzug zur Schwächung der arabischen Befreiungsbewegung; und dies in einer Situation, da sich Israel wie die USA international in einer nie dagewesenen Isolation befinden, da Kissingers Taktik der Separatlösungen in einer Sackgasse gelandet scheint und die Palästinensische Befreiungsfront (PLO) nicht nur im Rahmen der Vereinten Nationen eine weitere politische Aufwertung erfährt.

Anbruch "neuer Zeiten" für Israel

Seit Jahresbeginn hielten in den von Israel 1967 okkupierten arabischen Gebieten Massenproteste und Militäreinsätze der zionistischen Besatzungsmacht an, die wiederholt Todesopfer forderten und zur Behandlung des Besatzerterrors vor dem UN-Sicherheitsrat am 22. März 1976 führten. Im besetzten Westjordanien, im Ghazastreifen, in Ostjerusalem wie im Norden Israels (Galiläa) kam es am 30. März d.J. zum Generalstreik und zu Massenaktionen, die Formen eines allgemeinen Aufstandes der palästinensischen Araber gegen die zionistische Landraub- und Besatzerpolitik annahmen.

In Israel selbst verhielt diese machtvollste

Kampfaktion in der Geschichte des Landes "neue Zeiten" (so Moshe Dajan). In Westjordanien und im Ghazastreifen brachten sodann die von den israelischen Behörden mit dem Ziel einer pseudodemokratischen Legitimierung ihres Annexionskurses in 24 Orten anberaumten Gemeinderatswahlen am 12. April d.J. einen erneuten empfindlichen Rückschlag. Denn mit Ausnahme des christlichen Bethlehem wurden die bislang amtierenden Notablen und Quislinge überall verdrängt. Die von der Palästinensischen Nationalfront angeführten nationalen und progressiven Kandidaten trugen mit rund 80% der Stimmen und Sitze einen überwältigenden Sieg davon (Näheres: AIB 5/76).

Libanonkrise - Auslöser eines neuen Nahostkrieges?

Nicht minder bedeutend für das Schicksal der PLO und für die Perspektive des Nahostkonflikts ist freilich der Ausgang des nun seit einem Jahr schwelenden, über 15.000 Tote zählenden Libanonkrieges (siehe nachstehende Interviews). Zwar scheiterten der Generalangriff der rechten Milizen und die von Falange-Chef, P. Gemayel, angekündigte Liquidierung der Palästinenser im Januar 1976 und hielt der von Syrien vermittelte Waffenstillstand vom 22. Januar d.J. bis zum März an. Da die Rechtskräfte jedoch die Anwendung des am 22. Januar zugrundegelegten Minimalprogramms politisch-konfessioneller Reformen blockierten und die reguläre Armee in drei Gruppierungen zerfiel, forderten Mitte März die Vertreter des gemäßigten und national-progressiven Armeeflügels (General Ahdab und Leutnant Khatib) und mit ihnen eine Zweidrittelmehrheit des Parlamentes den Rücktritt Staatspräsident Frangiehs. Dessen hartnäckige Rücktrittsverweigerung und die Lahmlegung der libanesisch-syrisch-palästinensischen Waffenstillstandskommission mündeten in ein Wiederaufflammen der Kämpfe.

Präsident Frangieh, die ihn stützenden Führer der Palange und der Nationalliberalen Partei sowie mit ihnen der in Beirut weilende US-Sonderbotschafter Brown aber scheinen bereit, notfalls zum Äußersten, d.h. bis zur Auslösung eines neuen Nahostkrieges, gehen zu wollen. Als besonderes Druckmittel hat Washington Mitte April d.J. zwei Flugzeugträger und zehn Kriegsschiffe in libanesischer Hoheitsgewässer entsandt.

Kompliziert wurde die Situation in den letzten Wochen noch zusätzlich durch das Aufbrechen heftiger Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Führer der libanesischen Linken, Djumblatt, und der syrischen Regierung wie innerhalb der PLO, und zwar über die Frage der Fortsetzung der militärischen Kampfhandlungen bzw. die Bedingungen für eine politische Regelung. Am 16. April 1976 einigten sich dann Syriens Präsident Assad und der Vorsitzende der PLO, Arafat, auf ein 7 Punkte-Programm, das u.a. die Wiederherstellung des Waffenstillstands und der gemischten Obersten Militärkommission sowie die Verurteilung der internationalen Einmischung in den Libanonkonflikt beinhaltet.

Nachdem die libanesischen Linke und die nationalen Konfliktparteien diesen Kompromiß befürworteten, hängt nun sehr viel davon ab, ob eine Präsidenten-Neuwahl auf Reformgrundlage und die Anwendung des 7 Punkte-Programms tatsächlich realisiert werden können. Eine fortschreitende Eskalation der Libanonkrise aber würde sowohl die erkämpften politischen Positionsgewinne der PLO und Syriens im Nahostkonflikt gefährden als auch eine Ermunterung der unheiligen Allianz von Washington, Tel Aviv und Kairo nach sich ziehen.

Im März d.J. bereiste der Westberliner Journalist Hasan M. Dudin den Nahen Osten und fand in Damaskus Gelegenheit zu aktuellen Interviews und Gesprächen mit Repräsentanten der PLO und Syriens.

Neben ihrer Einschätzung der gegenwärtigen Politik der ägyptischen Regierung Sadat behandeln im besonderen: der militärische Führer der PLO und Vorsitzende der Saika, Zuheir Muhsin, die Hintergründe der Entwicklung der Libanonkrise; der Präsident des Palästinensischen Nationalrats, Khaled al Fahoum, die gegenwärtige Position der PLO zur Lösung der Palästinafrage; und Hasan M. Dudins dritter Gesprächspartner, der stellvertretende syrische Außenminister, Josef Schagra, umreißt die gegenwärtige Position Syriens zum Nahostkonflikt.

Interview mit Zuheir Muhsin

Die Ereignisse im Libanon

nach dem Waffenstillstand vom Januar 1976

Frage: Herr Muhsin, als wir vor 10 Monaten miteinander sprachen, hatten die Kämpfe im Libanon bereits begonnen. Sie sind in drei Eigenschaften mit den Ereignissen des Libanons verbunden. Als Verantwortlicher für die militärischen Aktivitäten der PLO, als Chef der palästinensischen Organisation Al Saika und als Mitglied der Syrisch-Libanesisch-Palästinensischen Militärkommission, deren Aufgabe es ist, die Krise des Libanon zu beenden.

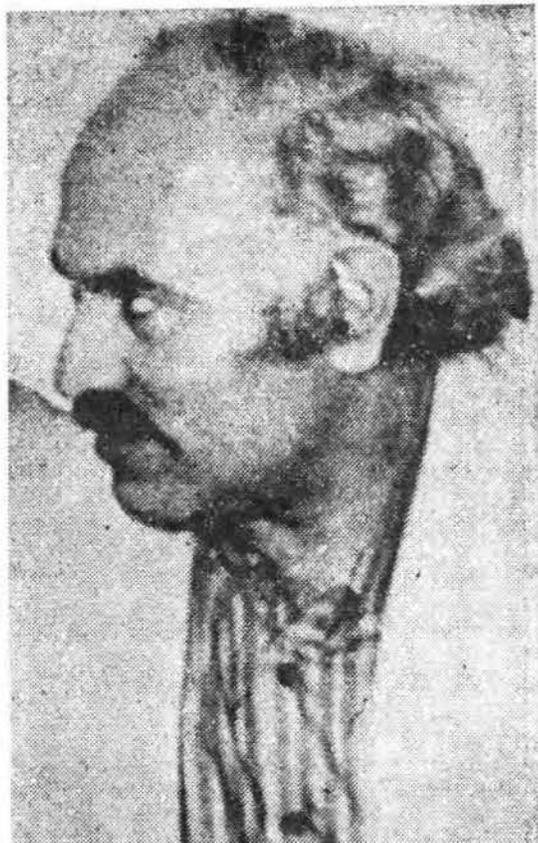
Würden Sie uns jetzt darüber informieren, was sich eigentlich seit unserer letzten Begegnung im Libanon ereignete?

Zuheir Muhsin: Was sich im Libanon abspielte und noch abspielt, ist kein Bürgerkrieg im engen Sinne des Wortes, es ist vielmehr eine Widerspiegelung all der Kämpfe und Interessenkonflikte, die sich jetzt bei uns abspielen.

Meiner Meinung nach ist aber die Hauptursache darin zu sehen, daß bekannte internationale Kreise eine Verschwörung planen, deren Ziel der Kopf der palästinensischen Revolution ist, aber auch Syrien. Die Durchführung dieses Verbrechens wird von den USA und dem Regime des Anwar al Sadat vollzogen.

Der Plan einer "legalen" Intervention Israels

Bis zum 21. Januar 1976 versuchten die Faschisten und die Rechtsextremisten um Pierre Gemayel, Kamil Schamoun und Präsident Suleiman Frangieh, die Pläne der USA und ihrer Verbündeten durchzuführen und den Libanon in einen christlichen und einen moslemischen Staat zu teilen, was immer ein Ziel Israels war. Eine solche Teilung gäbe Israel nämlich die Chance, "legal" einzuschreiten, um einem Staat, der Mitglied der UNO ist, "beizustehen". Die Rechtsextremisten aber haben den Krieg militärisch verloren. Dies gaben sie auch zu. Sie verloren, nachdem sie viele Grausamkeiten in den Armenvierteln Maslach und Karantina be-



Zuheir Musin

gangen hatten. Das Eingreifen der Palästinenser und die eindeutige Haltung Syriens haben diese Niederlage erst ermöglicht.

Nach dieser eindeutigen militärischen Niederlage waren die Rechtsextremisten bereit, die Kämpfe einzustellen und die Vorschläge Syriens zur Lösung der Krise zu akzeptieren. Die Linke (in der Offensive von diesem Tag an) zögerte einige Tage und willigte dann doch ein.

Nach Einstellung der Kämpfe begannen politische Gespräche, damit im Libanon eine neue Regierung gebildet wird, die die neuen Kräfteverhältnisse widerspiegelt, die den Weg zur Modernisierung des Staates ebnet (so die Schaffung von Gesetzen, die die religiöse Diskriminierung beenden) und damit die Institutionen des Staates, die während der Kämpfe fast aufgelöst wurden, in einer modernen Form wieder errichtet werden können. Dies gilt vor allem für die Armee des Landes, die während des Bürgerkrieges nur noch theoretisch existierte, faktisch aber aufgehört hat zu bestehen.

Errichtung eines modernen Staates im Libanon

Diese Armee sollte als eine fortschrittliche, patriotische Armee wiederaufgebaut werden, um den Staat gegen die äußeren Feinde zu schützen und nicht zur Spaltung des Staates beizutragen wie die alte Armee.

Frage: Dieses Vorhaben, also diese Gespräche, von denen Sie hier erzählen, sind aber gescheitert. Sie waren an diesen politischen Bemühungen beteiligt. Warum scheiterten diese Bemühungen?

Zuheir Muhsin: Als wir uns in unseren Bemühungen einem Durchbruch näherten, begannen sich mehrere Mächte (arabische und nichtarabische) um ihren Einfluß im Libanon Sorgen zu machen, d.h. sie hatten Angst, daß die Lösung, die durch die Vermittlung Syriens zustande kommen sollte, ihren Einfluß im Libanon schmälert oder ganz beendet. Unsere Vorschläge und die Vorschläge Syriens liefen auf die Beendigung der religiösen Teilung des Staates hinaus und auf die Errichtung eines modernen Staates, der sich auf das Wissen seiner Bürger, vor allem auf die Vertreter des kämpfenden Volkes stützt und nicht auf die Religionszugehörigkeit dieser Bürger. Dies bedeutet aber die Beendigung der Herrschaft vieler traditioneller Führer des Libanon, die ihrerseits die Interessen ausländischer Mächte vertreten.

Viele Mächte und Gruppen also fühlten sich nun nicht mehr wohl. Einige dieser Gruppen hatten sogar die ganze Zeit davor versucht, sich zu den progressiven Kräften zu zählen.

Das Verhalten dieser Kräfte bot nun den Partnern des Sinai-Abkommens die Möglichkeit, sie erneut als Figuren und "Verbündete" zu benutzen, um den Libanon zu teilen und um die militärisch geschlagenen Rechtsextremisten zu veranlassen, Hilfe von außen zu fordern, da der Staatschef noch "legal" an der Macht und dazu nach internationalem Recht berechtigt

war. Dazu kommt, daß die Fortsetzung der Kämpfe gegen die schwachen Gegner zu einer Identifikation der christlichen Massen mit ihnen führen würde, da diese sich nun von den Gegnern bedroht fühlen würden.

Warum die "Regierung der nationalen Einheit" nicht zustandekam

So nutzten die Drahtzieher der libanesischen Tragödie die Angst der Armee-Führung, welche plötzlich ohne Armee dasaß, und die Angst der politischen Feudalisten aller Schattierungen (also auch solcher, die sich gerne zu den "Fortschrittlichen" bekennen), welche fürchteten, daß ihr Einfluß durch die Demokratisierung des Libanon und durch die Vertretung des kämpfenden Volkes in allen Institutionen des Staates verschwindet. Diese politischen Feudalisten, die den Libanon seit seiner Unabhängigkeit regieren, wollen natürlich eine Fortsetzung dieser Form der Herrschaft im Lande, also eine Form der lockeren Verbindung vieler Paschas und Häuptlinge, wie sie bisher im Libanon bestand, und daher bekämpften sie seit der Unabhängigkeit - und zwar alle traditionellen Politiker - jede Modernisierung des Staates, nur um ihren auf Religions- und Stammesfanatismus basierenden Einfluß zu erhalten.

All diese Kräfte und einige fanatische islamische Gruppen wurden nun zum Hindernis auf dem Wege zu einer Lösung des Problems. Dies nachdem die Rechten so gut wie ausgespielt hatten. Diese neuen Störfaktoren werden von einigen arabischen Staaten aus religiösen und anderen Motiven unterstützt. Dies alles verhinderte die Erreichung einer Lösung, die zur Bildung einer "Regierung der nationalen Einheit" geführt hätte.

Das Sinai-Abkommen und die rechten Christenführer

Diese Leute wollen offensichtlich die Christen nun dazu treiben, und dazu sind die rechten Führer der Christen bereit, Hilfe von Israel und den USA zu fordern. Dies würde dem zionistischen Feind hervorragende Vorteile verschaffen im Kampf gegen den einzigen arabischen Staat, der noch gegen ihn kämpft, also Syrien. Dies ist auch eines der Ziele, die das Sinai-Abkommen in unserem Gebiet erreichen soll. Das Sinai-Abkommen ist nämlich keineswegs "ein Schritt auf dem Weg zum Frieden", sondern ein Plan in diesem arabischen Gebiet Zustände zu schaffen, die den USA und Israel genehm sind. Ich meine damit Zustände, die es den Arabern unmöglich machen, im Kampf gegen die zionistische Besatzungsmacht bewegungsfähig zu bleiben und gegebenenfalls zu versuchen, ihre Gebiete zu befreien.

Gespräch mit Josef Schagra

Die Haltung Syriens zur ägyptischen Außenpolitik

Frage: Herr Minister, Syrien und Ägypten haben 1973 gemeinsam Krieg geführt. Danach sah es so aus, als ob eine friedliche Regelung des Nahostkonflikts in greifbare Nähe gerückt wäre. Heute, nach drei Jahren, gibt es immer noch keinen Frieden. Warum?

Josef Schagra: In der Tat, unsere jetzige Lage ist nicht so gut, wie sie sein sollte. Wir haben mit Ägypten, mit arabischer Unterstützung und mit Erfolg gekämpft, aber statt unsere Erfolge zu bewahren, begann leider das ägyptische Regime, eine merkwürdige Politik zu betreiben. Es glaubt, mit separaten Lösungen besser sein Ziel erreichen zu können. Diese ägyptische Politik hat uns um den Erfolg gebracht und die Wirkung unseres Kampfes stark geschwächt.

Ägypten jetzt kein Konfrontationsstaat mehr

Diese Politik Ägyptens dient den Interessen der USA und des Westens und steht im Widerspruch zu den gemeinsamen arabischen Interessen. Sie hat uns um den Erfolg gebracht.

Frage: Ist die Spaltung in der syrisch-ägyptischen Allianz nun endgültig oder glauben Sie, daß eine Wiederannäherung beider Staaten noch möglich ist?



Die Allianz Sadat - Kissinger

Josef Schagra: Nicht nur Syrien, sondern alle arabischen Völker haben ausnahmslos das Verhalten Ägyptens vor allem nach dem Sinai-Abkommen verurteilt. Ägypten ist jetzt kein Konfrontationsstaat mehr. Es ist aus dem Kriegszustand mit Israel heraus.

Wir in Syrien gehen davon aus, daß die arabische Solidarität eine unabdingbare Voraussetzung für die Gewinnung unserer Rechte ist und vor allem für die Erringung der Rechte des Volkes von Palästina. Wir hoffen, und es gibt einige Anzeichen, die uns hoffen lassen, daß das ägyptische Volk und die ägyptische

Armee erkennen, was das Regime in Kairo angeordnet hat und wohin sein Weg führt. Wir sind überzeugt, daß das Volk Ägyptens das Sinai-Abkommen wieder vernichten wird und daß wir dann gemeinsam wie früher einen Weg gehen werden.

Frage: Herr Minister, zur Lösung des Nahostproblems wurden zwei Wege genannt - Genf und die "Schritt für Schritt"-Politik des Dr. Kissinger. Letztere ist offensichtlich gescheitert und Syrien erklärte, es wolle auch nicht nach Genf gehen. Wie stellen Sie sich eine Lösung des Problems im Nahen Osten vor?

Josef Schagra: Was Kissinger angeht, so kam er nicht hierher, um Frieden zu stiften, sondern um handfeste Interessen seines Landes durchzusetzen. Er ist bei uns gescheitert. In Ägypten nicht.

Wir glauben durchaus, daß Genf ein Ort wäre, wo wir nach einer Lösung des Problems suchen können. Voraussetzung ist allerdings die Anwesenheit der PLO. Ohne die gleichberechtigte Beteiligung der PLO in Genf wird auch Syrien nicht kommen.

Libanonkrise zielt gegen die PLO und Syrien

Unsere ganzen Anstrengungen, so die Zusammenarbeit mit Jordanien und die Vermittlung im Libanon, haben das Ziel, die Position der PLO und unsere Position in den Auseinandersetzungen mit Israel zu stärken.

Frage: Herr Minister. Wie beurteilen Sie die Entwicklung im Libanon in den letzten Monaten?

Josef Schagra: Syrien hat mit dem Libanon sehr enge historische Bindungen. Alles was im Libanon passiert, hat unmittelbare Auswirkungen auf Syrien. Daher können wir den Vorgängen im Libanon gegenüber nicht gleichgültig sein.

Wir glauben, daß fremde Interessen im Libanon im Spiel sind. Wir wissen, daß die Kräfte des Imperialismus versuchen, die Araber zu spalten, die PLO zu vernichten und Syrien zu schwächen, um imperialistische Lösungen hier durchzusetzen. Wir wissen auch, wie wir dieses Vorhaben zum Scheitern bringen werden. Im Libanon sind wir nicht bereit, für eine Person Partei zu ergreifen, denn die Erhaltung des Libanon als Ganzes ist jetzt wichtiger. Wir werden unsere Vermittlungen fortsetzen und eine Lösung herbeiführen, die nicht auf Kosten irgendeiner Gruppe durchgesetzt werden darf. Ich bin sicher, daß wir damit trotz allem Erfolg haben werden.

Interview mit Khaled al Fahoum

Der Standort der Palästinenser im Nahostkonflikt

Frage: Herr Präsident, nach dem Oktoberkrieg 1973 haben viele hier und im Ausland erwartet, daß nun eine schnelle Lösung des Nahostproblems und ihren Kern, die Palästina-Frage, gefunden würde. Die Entwicklung seitdem scheint aber nicht in die erwartete Richtung zu gehen und schon gar nicht mit der erwarteten Schnelligkeit.
Würden Sie uns ein Bild von der Entwicklung auf palästinensischer Seite seit dem genannten Krieg geben?

Khaled al Fahoum: Unabhängig von der Entwicklung nach dem Oktoberkrieg, müssen wir zwei Dinge festhalten:

Der Oktoberkrieg hatte positive Auswirkungen auf arabischer wie auf internationaler Ebene. Die arabischen Menschen sahen zum ersten Mal, daß es möglich ist, die Israelis zu besiegen und daß die arabischen Soldaten einen modernen Krieg führen können. Die Welt draußen sah auch, wohin die expansionistische Politik Israels führt.

Palästinensische Hoffnungen nach dem Oktoberkrieg

Der Krieg hat auch gezeigt, wie wichtig die arabische Solidarität für die Durchführung irgendwelcher bedeutsamer Aktionen ist. Israel und die USA haben immer alles getan, um das Zustandekommen dieser Solidarität zu verhindern.

Wir haben nach dem Oktoberkrieg gehofft, daß unsere Opfer und unser Blut nicht umsonst waren und daß wir dies in Form der Zurückgewinnung unserer Rechte ernten werden. Wenn ich aber ehrlich und offen sprechen soll, dann muß ich zugeben, daß wir bis heute nichts von alledem bekommen haben.

Warum? Da gibt es mehrere Gründe. Der wichtigste ist, daß es den USA gelungen ist, der arabischen Solidarität einen Schlag zu versetzen und das Lager der Araber zu spalten, wie wir heute sehen. Wir begannen, die Ziele der USA zu beschreiben und vor ihnen zu warnen, schon als Herr Dr. Kissinger von seiner "Schritt für Schritt"-Politik zu sprechen anfing. Die PLO hat vom Anfang an vor dieser Politik gewarnt.

Das schlimmste aber, was nach dem Oktoberkrieg stattfand, war die Unterzeichnung des Sinai-Abkommens. Dieses Abkommen ist ein Rückschlag für alle Bemühungen der Araber, ihre Rechte wiederzugewinnen.

Die PLO hat immer festgestellt, daß Kissinger vor allem die Araber spalten will. Mit der Unterzeichnung des Sinai-Abkommens ist ihm dies leider gelungen. Die PLO hat dieses Abkommen



Khaled al Fahoum

abgelehnt und verurteilt aus vielen Gründen. Die wichtigsten sind:

1. Das Abkommen schwächt die arabische Solidarität. Dies sehen wir heute, wenn wir die Beziehungen zwischen Syrien und Ägypten, Libyen und Ägypten usw. betrachten.
2. Die PLO verurteilt das Abkommen, weil es zu Teillösungen ermutigt. Für uns gibt es nur ein "Nahostproblem", und das ist das Palästina-Problem. Es darf unter keinen Umständen in Einzelteile zerlegt werden. Dies ist unsere Meinung, und fast alle arabischen Staaten und die meisten Länder der Erde teilen mit uns diese Meinung.

Ägyptens Rückkehr in den Schoß des Imperialismus

Das Sinai-Abkommen ist also auf Kosten des Hauptproblems, auf Kosten des Volkes von Palästina über die Bühne gegangen. Zu den Resultaten dieses Abkommens gehört, wie wir sehen, die Rückkehr der USA in unsere Region. Vor allem das ägyptische Volk und die ägyptische Armee müssen unter der Unterwürfigkeit des Regimes in Kairo leiden, dessen letzter Schritt auf dem Wege in den Schoß des Imperialismus das Aufkündigen des ägyptisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages ist.

Wir von der PLO haben immer vor der Rückkehr des Imperialismus in unser Gebiet gewarnt. Warum? Weil wir Palästinenser am meisten unter der Anwesenheit des Imperialismus in diesem Gebiet zu leiden hatten. Wir haben keinen Grund, den USA zu vertrauen. Es ist doch kein Geheimnis, daß alles, was Israel seit 30 Jahren an Rüstung und an Finanzhilfe benötigt,

von den USA oder mit Hilfe der USA bekommt. Es ist daher dem palästinensischen Menschen im besonderen und dem arabischen Bürger im allgemeinen unmöglich zu glauben, daß die USA über Nacht sozusagen zum Freund der Araber geworden sind oder daß sie sich ernsthaft für einen gerechten Frieden im Nahen Osten einsetzen würden. Die Rückkehr der USA in unser Gebiet ist für die Sache der Araber im allgemeinen und für die Sache der Palästinenser im besonderen schädlich und gefährlich zugleich.

Die "Schritt für Schritt"-Politik der USA und die Politik des Regimes Sadat haben einen echten und dauerhaften Frieden in diesem Gebiet verhindert und die Araber daran gehindert, die angemessenen Resultate des Befreiungskrieges vom Oktober 1973 zu erzielen.

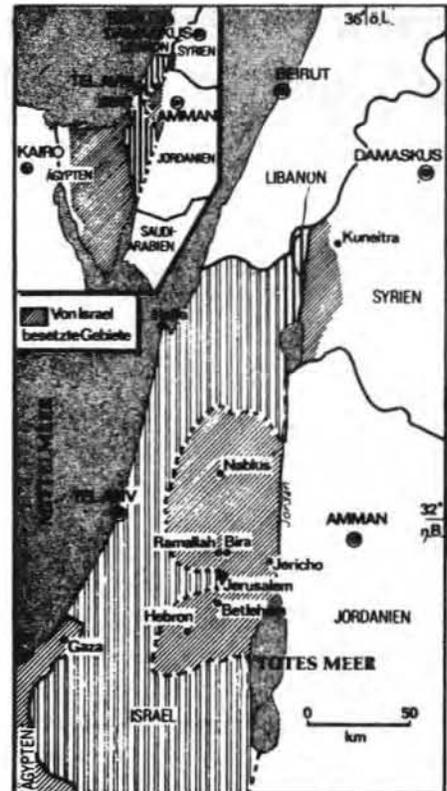
Frage: Für die Lösung des Nahostproblems wurden zwei Wege genannt: Genf und die "Schritt für Schritt"-Lösung. Die zweite ist am Widerstand der PLO und Syriens gescheitert. Es bleibt Genf. Israel lehnt ein direktes Verhandeln mit der PLO ab. Zwischen Syrien und Jordanien einerseits und Syrien und der PLO andererseits bahnen sich enge Beziehungen an. Soll das bedeuten, daß Syrer, Palästinenser und Jordanier in einer einzigen Delegation nach Genf gehen würden, um die israelische Haltung gegenstandslos zu machen?

Khaled al Fahoum: Die "Schritt für Schritt"-Politik ist zwar gescheitert, aber einige ihrer Ziele wurden erreicht. Die genannte Politik hat die Araber gespalten und daher auch die Möglichkeit des Zustandekommens einer Genfer Nahost-Konferenz stark geschwächt. Sollte diese Konferenz doch zustande kommen, so sind ihre Erfolgchancen sehr gering.

Weder "Flüchtlings"-Gespräche noch "Schritt für Schritt"-Politik

Die Haltung der PLO zu Genf ist klar und unabänderlich. Unsere Haltung, wie sie unsere Nationalratsversammlung im Juni 1974 bestimmt hat, lautet: Alle Verhandlungen werden abgelehnt, die auf den Resolutionen des Weltsicherheitsrates 242 und 338 basieren (in diesen Resolutionen wird von den Palästinensern als "Flüchtlinge" gesprochen, deren "Interessen" zu berücksichtigen seien). Die Genfer Konferenz wird bis heute als auf den genannten Resolutionen basierend betrachtet, daher bleibt die PLO bei ihrer Haltung, die jede Beteiligung an den Genfer Verhandlungen ablehnt. Diese Haltung wurde von der Nationalratsversammlung einstimmig gefällt und ist für alle Organisationen innerhalb der PLO bindend.

Was die Zukunft angeht, so wissen Sie, daß die UNO andere Resolutionen in bezug auf Palästina verabschiedet hat, deren wichtigste meiner Ansicht nach die Resolution 3236 ist, die die XXIX. Vollversammlung der UNO im Ok-



tober 1974 verabschiedete. Diese Resolution bestätigte das Recht des palästinensischen Volkes auf Rückkehr in seine Heimat und das Recht unseres Volkes auf Selbstbestimmung und die Errichtung einer nationalen Herrschaft auf dem Boden unserer Heimat. Diese Resolution verbot im Grunde die Erörterung der sogenannten Nahostkrise in Abwesenheit der Vertreter des Volkes von Palästina, der PLO.

Wenn die PLO also eine Einladung zu irgendwelchen Gesprächen erhält, die Palästina betreffen, so hat nur der Nationalrat das Recht, über Ablehnung oder Annahme einer solchen Einladung zu entscheiden und nicht irgendeine Gruppe innerhalb der PLO. Was die Frage einer gemischten Delegation im Falle von Verhandlungen angeht, so ist unsere Haltung auch klar: Die PLO wird niemandem, egal wie befreundet mit uns dieser Jemand ist, eine Vollmacht geben, im Namen des palästinensischen Volkes zu sprechen. Nur die PLO darf und kann dies tun.

Unser Ziel bleibt ein demokratischer Staat Palästina

Frage: Nehmen wir einmal an, es gelingt der PLO, in Westjordanien und im Ghazastreifen einen Staat zu errichten. Glauben Sie, daß dieser Staat dann mit Israel in Frieden leben kann oder daß das Ziel der PLO die Errichtung eines Staates bleibt, "in dem Juden, Christen und Moslems zusammenleben"?

Khaled al Fahoum: Erstens nehmen wir an, Israel würde eine Art Selbstverwaltung in allen besetzten Gebieten schaffen. Dies würde auf

keinen Fall dem Willen unseres Volkes entsprechen. Israel würde eine wahre Selbstbestimmung in den besetzten Gebieten nicht zulassen. Die Erklärungen der zionistischen Führung Israels sind da sehr eindeutig. Sie wollen keinen unabhängigen palästinensischen Staat neben sich dulden.

Unser Ziel ist und bleibt es, in einem demokratischen Staat Palästina mit den Juden gleichberechtigt zusammenzuleben. Dies bedeutet nicht, daß wir irgendeinem Juden Böses wollen. Die Juden sind für uns Bürger wie alle anderen Bürger Gesamtpalästinas. Wir glauben, daß eine dauerhafte Lösung, also keine vorläufige, daß also eine dauerhafte Lösung der Probleme bei uns, die Schaffung eines solchen demokratischen Staates notwendig macht. Ein solcher Staat würde alle Bürger gleichstellen. Wir glauben, daß eine vorläufige Lösung des Problems nicht der Sache des wahren Friedens dient. Wir glauben in der PLO, daß die Aufgabe der zionistischen Idee durch Israel für die Lösung des Konflikts eine Voraussetzung ist. Der Zionismus ist eine rassistische, expansionistische, menschenfeindliche Ideologie, daher ist es notwendig, daß die Juden sich hier primär als Bürger Palästinas betrachten und nicht als Vorkämpfer des internationalen Zionismus.

Frage: Herr Präsident, die PLO betrachtet Jordanien immer noch als die natürliche Heimat

des palästinensischen Kampfes, da dort die meisten Palästinenser leben. Die PLO wurde aber aus Jordanien vertrieben und mußte sich im Libanon niederlassen. Zu diesem Komplex habe ich eine zweiteilige Frage: Glauben Sie, daß die syrisch-jordanische Annäherung zu einer palästinensisch-jordanischen Annäherung führt, und zweitens haben Sie entsprechende Pläne, mit denen Sie eine Wiederholung der jordanischen Massaker gegen die Palästinenser im Libanon verhindern können?

Khaled al Fahoum: Beginnen wir mit Jordanien. Die Beziehungen zwischen der PLO und Jordanien waren nie besonders gut. Die Massaker von 1970 und 1971, bei denen über 20.000 Palästinenser starben, sind dafür ein Beweis. Nun, warum haben wir diese Schwierigkeiten mit dem jordanischen Regime?

Zwei Hauptkonfliktpunkte mit Jordanien

Meiner Ansicht nach gibt es dafür zwei Hauptgründe: Erstens, wer vertritt das Volk von Palästina? Das jordanische Regime behauptete von 1948 bis zum Arabischen Gipfeltreffen in Rabat im Jahre 1974, daß es einen Teil der Palästinenser vertritt und daß die PLO einen anderen Teil vertritt. Dies hat immer zu Konflikten mit Amman geführt. Unser Volk hat immer diese Bevormundung abgelehnt. Kein arabischer Politiker, kein König und kein Präsident hat das Recht, im Namen unseres Volkes zu sprechen. Nur die PLO ist die legitime und einzige Vertretung dieses Volkes. Dieser



Israelischer Militäreinsatz gegen palästinensische Araber in Ostjerusalem

Konfliktgrund wurde 1974 in Rabat beseitigt, als Jordanien die PLO als einzige Vertretung des Volkes von Palästina anerkannte.

Zweitens ist unser Verhältnis zum jordanischen Regime immer noch schlecht, weil Amman die Durchführung der übrigen Beschlüsse von Rabat ablehnt, die besagen, daß der PLO bei der Mobilisierung des Volkes von Palästina und bei der Bekämpfung der zionistischen Besatzungsmacht jede Hilfe gewährt werden muß.

Wir dürfen bis heute weder politisch noch militärisch von Jordanien aus arbeiten, obwohl die Mehrheit unseres Volkes außerhalb der besetzten Gebiete in Jordanien lebt. Wir fordern die Rückkehr nach Jordanien, nicht um uns in die inneren Angelegenheiten dieses Landes einzumischen, sondern um unser Volk zu organisieren, zu mobilisieren und in unseren besetzten Gebieten den Kampf zu forcieren.

Das Ziel der USA im Libanon: Vernichtung der PLO

Was den Libanon angeht, so sind wir bestrebt, eine Teilung dieses Landes zu verhindern, denn eine Teilung des Libanon dient nur den Plänen des Imperialismus in unserem Gebiet. Wir haben immer wieder erklärt, daß wir nicht freiwillig im Libanon sind, nicht bleiben möchten, nicht an einem Machtkampf der Libanesen teilnehmen wollen. Aber ebenso klar sagen wir, daß wir es niemandem erlauben werden, den palästinensischen Widerstand anzutasten.

Frage: Herr Präsident, glauben Sie ernsthaft an die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens mit den Rechtsextremisten des Libanon?

Khaled al Fahoum: Die Isolationisten haben gelernt, wie ich hoffe, daß sie die PLO nicht aus dem Libanon vertreiben können. Wir sind nicht gerne im Libanon und nicht freiwillig. Wir wollen in unsere Heimat zurück. Aber ich glaube, daß es jetzt im Libanon nicht mehr um Links und Rechts geht, sondern um eine direkte, etwas verdeckte Einmischung der Partner des Sinai-Abkommens und vor allem der USA. Die USA verfolgen immer noch eine Politik, die auf die Vernichtung der PLO gerichtet ist. Sie tun alles, um eine ihnen genehme Lösung hier durchzusetzen. Sie versuchen, die Beziehungen zwischen der PLO und ihrem wichtigsten Verbündeten Syrien zu stören. Ich bin aber sicher, daß die USA scheitern werden.

Frage: Im Palästinensischen Nationalrat sind alle palästinensischen Widerstandsorganisationen vertreten, darunter einige, die sich "Ablehnungsfront" nennen. Sie sind der Präsident dieses Nationalrates. Können Sie uns sagen, worin die Unterschiede zwischen der "Ablehnungsfront" und den anderen Gruppen innerhalb der PLO liegen?

Khaled al Fahoum: Es ist natürlich, daß es innerhalb einer Organisation wie der PLO, die alle wichtigen palästinensischen Gruppen umfaßt, Unterschiede bei der Beurteilung von politischen Vorgängen gibt.

Der Kurs der PLO und die "Ablehnungsfront"

Über unser strategisches Ziel und über die Etappen, die wir zu diesem Ziel durchlaufen wollen, gibt es keine Meinungsverschiedenheiten. Als Beweis dafür kann ich feststellen, daß die Palästinensische Nationalratsversammlung im Juni 1974 einstimmig das Politische Programm der PLO¹⁾ verabschiedete. Dieses Programm ist für das Exekutivkomitee der PLO bindend. Dieses Programm besagt u.a., daß das Volk von Palästina auf jedem befreiten Gebiet seiner Heimat eine nationale Herrschaft bilden will und keine Verhandlungen führen werde, die auf den Resolutionen 242 und 336 des Sicherheitsrates basieren.

Nun, nach unserer letzten Begegnung gab es einige Meinungsverschiedenheiten innerhalb der PLO, die sehr hochgespielt wurden. Worum geht es nun bei diesen Meinungsverschiedenheiten?

Die "Ablehnungsfront" besteht, wie Sie wissen, aus drei Gruppen²⁾. Diese drei Gruppen sind weiterhin in dem höchsten Gremium der PLO, im Nationalrat, vertreten. Sie verließen also die PLO nicht.

Die Ursache für die Entstehung dieser "Ablehnungsfront" war, daß viele Palästinenser und Nichtpalästinenser nach dem Oktoberkrieg das Gefühl hatten, eine Lösung des gesamten Konflikts würde unmittelbar bevorstehen. Und da hieß es: Sollen wir nach Genf gehen oder nicht usw.? Die Zeit hat aber inzwischen allen gezeigt, daß sie zu früh mit dem Streit angefangen haben. Bis heute ist Israel in unserem Land, und bis heute ist Genf nicht in Sicht. Wir werden also jetzt wieder innerhalb der PLO eng zusammenarbeiten und wenn Genf in Sicht kommt, wird die Palästinensische Nationalratsversammlung, und nur sie allein, darüber entscheiden, ob wir hingehen oder nicht. Bis dahin müssen wir den Aufstand unseres Volkes in den besetzten Gebieten gemeinsam und mit allen Mitteln unterstützen.

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Wortlaut des PLO-Programms in: AIB, Nr. 7-8/1974
- 2) Diese Gruppierungen sind: die von George Habbasch geführte Volksfront (PFLP), die Ende 1974 das Exekutivkomitee der PLO verließ; das vor Jahren von der PFLP abgespaltene und von A. Jibil geführte Volksfront-Generalkommando; sodann die der irakischen Baath-Partei nahestehende Arabische Befreiungsfront (ALF).

Luis Carlos Prestes

Manifest an das brasilianische Volk, an alle Patrioten und Demokraten!

Mitbürger!

Seit 12 Jahren wird unser Volk von den Regierungen einer Militärdiktatur unterdrückt, die im Dienste nationaler und ausländischer Monopole sowie insbesondere der reaktionärsten Kreise des USA-Finanzkapitals das Land auf den Weg einer immer stärker werdenden Faschisierung geführt haben.

Auf der Nation lastet das Joch einer militär-faschistischen Diktatur, die nicht zögert, zu den barbarischsten Verbrechen, zu den scheußlichsten Folterungen, zum nationalen Verrat Zuflucht zu nehmen, um ihre Herrschaft zu sichern.

Die Regierung von Ernesto Geisel ist ein echter Repräsentant des faschistischen Regimes, das in unserem Lande errichtet wurde. Die Hoffnungen, daß unter seiner Regierung die lautstark proklamierte „Entspannung“ stattfinden würde, haben sich angesichts der harten Tatsachen verflüchtigt.

Die sozialen Widersprüche verschärfen sich

Während der zwei Jahre, die seit dem Regierungsantritt Geisels vergangen sind, haben sich die Probleme der nationalen Wirtschaft verschärft, hat die maßlose Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Werktätigen durch die Monopole, insbesondere durch die ausländischen, zugenommen. Gewachsen ist das Elend der breiten Massen unseres Volkes, das unter unmenschlichen Bedingungen des Hungers, der Krankheiten, des Analphabetismus, des Mangels an Hygiene und der Arbeitslosigkeit lebt und dem immer mehr Opfer abverlangt werden. Die Konzessionen, die dem Imperialismus gemacht werden, haben nie gekannte Ausmaße erreicht. Die Regierung Geisel hat ein Verbrechen mehr gegen die nationale Souveränität begangen, indem sie die Unterzeichnung der verräterischen Verträge durch Petrobras (Staatliche Erdölgesellschaft – die Red.) autorisierte. Diese Maßnahme wurde vom Imperialismus als eine Vorbedingung zur Bereitstellung neuer Kredite für das faschistische Regime erzwungen, das der wahre Verantwortliche für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist, die das Land durchmacht und die keinesfalls gelöst werden können, indem man das staatliche Erdölmonopol abschafft, das eine ruhmreiche, in der Verfassung festgeschriebene



J. R. Estralla (l.) und J. Montenegro de Lima, Mitglieder der KP Brasiliens, die nach Jahren des illegalen Kampfes verhaftet wurden und seitdem spurlos verschwunden sind.

Errungenschaft unseres Volkes ist. Diese Maßnahme enthüllt in ihrer ganzen Nacktheit den wahren antinationalen Charakter der faschistischen Diktatur.

Die brutale und systematische Unterdrückung all jener, die ihre Stimme des Protests gegen die Politik des nationalen Verrats durch das faschistische Regime erheben, hat sich verschärft. Die Folter wurde in eine Methode des Regierens verwandelt: Die Patrioten und Demokraten, die durch die Unterdrückungsorgane verhaftet wurden und durch „Selbstmord“ starben, zählen nach Dutzenden.

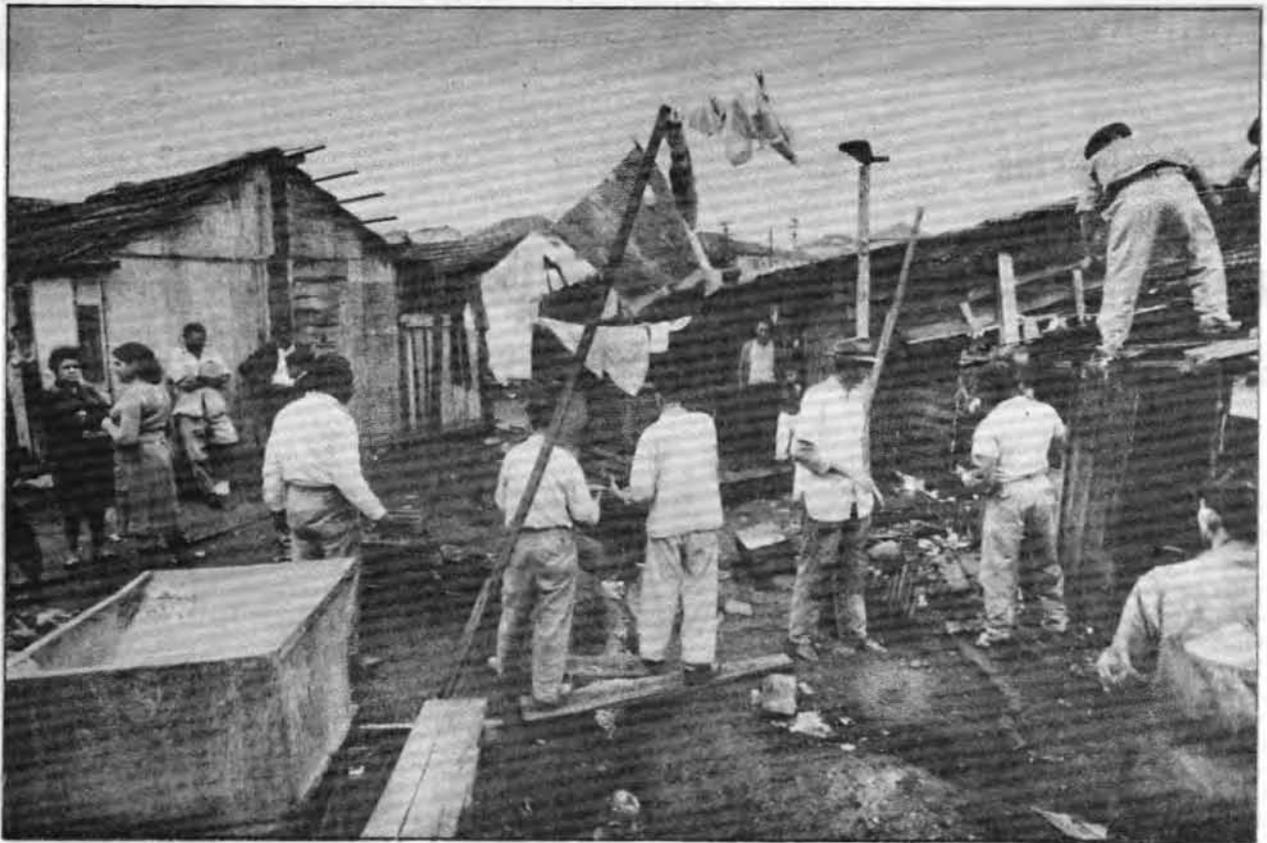
Tausende sitzen in den Gefängnissen, werden gefoltert, sind verurteilt oder ihrer legitimen politischen Rechte beraubt, der Jugend wurden ihre Studienrechte genommen, den Politikern, die vom Volke gewählt wurden, wurden die Mandate durch den berüchtigten institutionellen Akt Nr. 5 aberkannt.

Trotz Willkür der Diktatur wächst die antifaschistische Front

Indessen wächst die nationale Ablehnung der Politik des Ausverkaufs des Vaterlandes durch die Regierung Geisel. Sogar Schichten, die vorher das Regime unterstützten, sammeln sich in der Opposition

gegen seine Politik. Die Novemberwahlen von 1974 haben das überzeugend gezeigt. Der Wahlsieg der Opposition war das wichtigste politische Ereignis in Brasilien seit 1964. Die Arbeiterklasse, die Werktätigen und alle Kräfte der Opposition wählten die Brasilianische Demokratische Bewegung, um so ihre Unzufriedenheit mit der Regierung und ihren Protest gegen deren Politik auszudrücken. Die Kämpfe der Arbeiterklasse verschärfen sich durch den Druck auf die Löhne, durch die Beschneidung ihrer sozialen und politischen Rechte. Das ist die Folge einer Wirtschaftspolitik, die allein die Monopole begünstigt. Es mehren sich die Manifestationen der Studenten für ihre demokratischen Rechte und gegen das Gesetz Nr. 477, ebenso wie die der Intellektuellen gegen die Zensur und für die Verteidigung der nationalen Kultur. Die antifaschistische und patriotische Bewegung breitet sich in den breiten Schichten unseres Volkes gegen die Unterdrückung und die Folter, für Amnestie und demokratische Freiheiten, für die Abschaffung des institutionellen Aktes Nr. 5, dessen Gültigkeit die Bestätigung der totalen Willkür des Diktators und die Mißachtung der eigenen Verfassung bedeutet, macht weitere Fortschritte.

In den ersten Reihen der Kämpfer gegen



In den Favelas, den Elendsvierteln von Sao Paulo

den Faschismus und für die Demokratie in unserem Vaterland stehen die Kommunisten als bewußte Avantgarde der Arbeiterklasse sowie aller Werktätigen. Das ist der Grund, weshalb das faschistische Regime unsere Partei – die ruhmreiche Brasilianische Kommunistische Partei – zum Hauptziel ihrer blutigen terroristischen Unterdrückung macht, der unser Volk unterworfen ist. Zahllose kommunistische Führer und Funktionäre sind im Kampf für soziale und nationale Befreiung unseres Vaterlandes als Helden gefallen. Ihr Opfer war jedoch nicht umsonst: Tögllich füllen neue Kämpfer unsere Reihen gegen Faschismus und für sozialen Fortschritt. Das beredteste Zeugnis für die Lebenskraft unserer Partei ist die in strengster Illegalität durchgeführte Zusammenkunft ihres Zentralkomitees im Dezember 1975, wo die Geschlossenheit ihrer Reihen im Sinne der politischen Orientierung des VI. Parteitags und ihr Wille bestätigt wurden, den Kampf für die Sammlung aller antifaschistischen Kräfte in einer breiten antifaschistischen und patriotischen Front fortzusetzen, die fähig ist, die faschistische Diktatur zu stürzen und ein Regime umfassender Freiheiten für das Volk zu errichten.

In einem Augenblick, da die Äußerungen des Widerstandes und des Kampfes der breitesten Schichten unseres Volkes neue Proportionen gewinnen und die Diktatur sich wachsenden Schwierigkeiten innerhalb ihrer eigenen Reihen gegenüber sieht, wenden sich die Kommunisten an das Volk, an alle Patrioten und Demokraten und rufen sie auf, die Reihen im Kampf für die dringendsten Forderungen, für demokratische Freiheiten und die Verteidigung der

nationalen Souveränität, für die Isolierung und den endgültigen Sturz der faschistischen Diktatur zu schließen.

Aufruf aller demokratischen Kräfte zum Widerstand

Mitbürger!

Die Kommunisten wenden sich an alle Schichten der Bevölkerung von der Arbeiterklasse über die städtischen Mittelschichten, die Bauern bis zu breiten Schichten der Bourgeoisie und der herrschenden Klassen ebenso wie der Brasilianischen Demokratischen Bewegung (MDB), der Kirche, der Streikkräfte, der verschiedensten politischen und sozialen Kräfte einschließlich Teile der ARENA (Allianz der Nationalen Erneuerung – Regierungspartei – die Red.), die den faschistischen Charakter, den das Regime angenommen hat, ablehnen. Wir rufen sie auf, keine Anstrengungen zu scheuen, um in konkreten Formen die breitesten Massen unseres Volkes im Kampf gegen die Diktatur zu mobilisieren und zu vereinen.

Die Kommunisten rufen alle Demokraten und Patrioten auf, die vom Volk erteilten Abgeordnetenmandate gegen die Drohung der Aberkennung sowie den gültigen Wahlkalender zu verteidigen und aktiv an den Wahlen, die für dieses Jahr vorgesehen sind, teilzunehmen, um auf diese Weise die Stimmabgabe in einen Protest gegen die Politik der Diktatur zu verwandeln. Das Volksvotum kann und muß ein Instrument des politischen Kampfes sein, der Sammlung aller antifaschistischen und patriotischen Kräfte und der wachsenden Isolierung des Regimes. Es kann und muß

dazu beitragen, ihm eine neue und schwere Niederlage beizubringen.

Klagen wir die Diktatur an, indem wir für die Kandidaten der Opposition stimmen und für die Respektierung der vom Volke gegebenen Mandate kämpfen!

Machen wir die Wahlen zu einem wichtigen Schritt im Prozeß der Bildung einer antifaschistischen und patriotischen Front und zur Zerschlagung des Faschismus in Brasilien!

Vereinen wir unsere gemeinsame Kraft, um die Abschaffung des institutionellen Aktes Nr. 5 und der gesamten Ausnahme-gesetzgebung zu erwirken!

Für eine Generalamnestie der politischen Gefangenen und Verurteilten!

Schluß mit den Folterungen, den Verhaftungen und Morden!

Verteidigen wir Petrobras gegen die ausbeuterischen Aktivitäten der imperialistischen Monopole!

Nieder mit den verräterischen Verträgen!

Die vereinigte Aktion des ganzen Volkes, die die Diktatur bereits dazu gezwungen hat, einige Teilkonzessionen zu machen, wird der Politik der faschistischen Diktatur, die sich gegen das Volk richtet und eine Politik des nationalen Verrats ist, eine Niederlage bereiten.

Für die brasilianischen Kommunisten:

**Der Generalsekretär der
Brasilianischen Kommunistischen Partei**

Luiz Carlos Prestes

(Quelle: Horizont 9/1976)

Die bereits dokumentierten ersten beiden Teile des Rechenschaftsberichtes Fidel Castros vor dem 1. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas behandelten zum einen die Geschichte Kubas und seiner revolutionären Bewegung seit der Jahrhundertwende, zum anderen die ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung, die Schwierigkeiten und Errungenschaften Kubas seit 1959, die neue Verfassung und die sozialen Massenorganisationen des Landes (siehe AIB Nr. 2 und 3/1976).

Im dritten und letzten Teil des Dokumentes befaßt sich Fidel Castro im einzelnen mit der Herausbildung und Rolle zentraler politischer Machtorgane, darunter die Revolutionären Volksstreitkräfte und der Staatssicherheitsdienst, mit den Problemen und Aufgaben der Kommunistischen Partei sowie abschließend mit der Einschätzung der internationalen Lage und mit der außenpolitischen Konzeption Kubas.

Rede Fidel Castros vor dem 1. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas

Die Verteidigung der kubanischen Revolution



Von der Rebellenarmee . . .

In diesem Bericht möchten wir besonders zwei Institutionen der Revolution, die in diesen heroischen Jahren eine außergewöhnliche Rolle gespielt haben, unsere Hochachtung bekunden: den Revolutionären Streitkräften (FAR) und dem Innenministerium (MININT).

Die Rebellenarmee war die Seele der Revolution. Dank ihrer siegreichen Waffen entstand die freie, schöne, mächtige und unbesiegbare neue Heimat. Ihre Soldaten rechtfertigten das viele Blut, das in all den Kämpfen für die Unabhängigkeit geflossen war, und legten mit ihrem eigenen Blut den Grundstein für die sozialistische Gegenwart Kubas. Die Waffen, die sie den Unterdrückten in einem heldenhaften Kampf entwunden hatten, verteilten sie an das Volk; und sie verschmolzen mit dem Volk zum Volk unter Waffen.

In den Tagen vor der Sammlung aller revolutionären Kräfte und vor dem Hervortreten der Partei war das Heer der Faktor des Zusammenhalts und der Einheit des ganzen Volkes. Es garantierte die Macht für das arbeitende Volk, und es garantierte die Existenz der Revolution zu jener Zeit, da die Reaktion und der Imperialismus mit bedrohlicher Stärke begannen, gegen die ersten Aufbauarbeiten der selbstlosen Bevölkerung loszuschlagen, die eifrig bestrebt war, eine gerechte Gesellschaft aufzubauen. Als der Feind Verwirrung und Zwietracht zu säen versuchte, blieb die Rebellenarmee geeint und der Revolution treu ergeben. Sie ließ sich weder durch Schmeicheleien noch durch die aufrührerischen Kampagnen der bürgerlichen Presse irreführen und der Versuch, den einige ehrgeizige, skrupellose Opportunisten aus selbstsüchtigen, lächerlichen Ambitionen heraus unternahmen, in den letzten Monaten des Krieges in ihre Reihen einzudringen, wurde auf exemplarische Weise zu nichte gemacht.

Unsere Soldaten, die Vorbilder sind an Bescheidenheit, Selbstlosigkeit und Loyalität gegenüber der revolutionären Sache, die aus der Arbeiterklasse und der Bauernschaft stammen, die gestählt wurden durch die schweren Opfer des Krieges – Soldaten, die unglaubliche Schwierigkeiten und selbst die schwersten Rückschläge überwandten und aus einem ungleichen Kampf, in dem das günstigste Kräfteverhältnis 20:1 zugunsten des Feindes

betrug, siegreich hervorgingen, die in dieser Schule der Gefahren und des Todes Solidarität, Selbstlosigkeit und Kameradschaft gelernt haben, die gelernt haben, das Brot miteinander zu teilen und das eigene Leben hinzugeben, diese Soldaten – würdige und kühne Nachfolger der Heldentaten und des Beispiels von Che Guevara und Camilo Cienfuegos – waren psychologisch und moralisch viel besser als irgendein anderer darauf vorbereitet, ohne zu zögern den Drohungen des arroganten und mächtigen Imperialismus, der versuchte, uns weiterhin unterdrückt zu halten, entgegenzutreten und resolut nach neuen revolutionären Zielen in einer Welt der Brüderlichkeit und Gerechtigkeit voranzuschreiten. Unsere Kämpfer, die in hohem Maße Kubas politische Entwicklung beeinflussten, erzeugten jedoch keinen militaristischen Trend in unserem Land, und dies ist eine der glänzendsten Lehren unserer Revolution. Die Waffen, die erhoben wurden für Ideen und Prinzipien, beugten sich respektvoll vor diesen Ideen und Prinzipien in der Stunde des Sieges. Die Geschichte kennt wenige Beispiele dieser Art.

Zu jener Zeit, da unsere Partei geschaffen wurde – die Vorhut unserer Arbeiterklasse, das Symbol und der Inbegriff der Ideale, der Hoffnungen und der Geschichte der kubanischen Revolution seit den ruhmreichen Tagen von La Demajagua, die Nachfolgerin von Martis Revolutionärer Partei und der beherzten Gründer der ersten marxistisch-leninistischen Partei Kubas – hat unsere Armee, als Erbe des Heroismus, der patriotischen Klarheit der Befreiungsarmee und als siegreiche Vollenderin ihrer Kämpfe, das Banner der Revolution in die Hände der Partei gelegt und ist seitdem ihr loyalster, diszipliniertester, bescheidenster und treuester Gefolgsmann.

Gemeinsam mit den tapferen Arbeiter-, Bauern- und Studentemilizen und mit der unschätzbaren Unterstützung der tapferen und beispielgebenden Kämpfer des Innenministeriums trat sie jedem Aggressionsakt des Feindes erfolgreich entgegen. In der Escambray und in all den anderen Gebieten des Landes, wo der Imperialismus zahlreiche konterrevolutionäre Banden organisierte und mit Waffen versorgte, kämpfte unsere Armee, ohne sich Ruhe zu gönnen, solange bis der letzte Bandit gefangen genommen oder unschädlich gemacht worden war. In der Schweinebucht (1961, d. Red.) zerschlug sie die Söldnerinvasion in weniger als 72 Stunden und bereitete damit dem Yankee-Im-



Raul Castro

perialismus seine erste Niederlage in Amerika. Zur Zeit der Oktober-Krise (1962, d. Red.) stellte sie sich zusammen mit der ganzen Bevölkerung, ohne zu zögern und mit heroischer Entschlossenheit, der tödlichen Gefahr einer atomaren Aggression entgegen. In den kritischen Jahren der Blockade und des Arbeitskräftemangels nahm sie zusammen mit den freiwilligen Arbeitern an der Zuckerrohrrente teil, um die Wirtschaft zu retten. Die Männer unserer Armee haben im Geiste der internationalistischen Solidarität mit verschiedenen fortschrittlichen Nationen zusammengearbeitet, um deren Streitkräfte und Milizen zu organisieren; sie haben, ohne zu zögern, solchen Ländern, die von einer imperialistischen Aggression bedroht waren, Unterstützung gegeben. Bei mehr als einer Gelegenheit haben sie in anderen Ländern der Welt, die um ihren bescheidenen Beistand gebeten haben, ihr großmütiges Blut vergossen. Eines Tages wird die Geschichte der revolutionären Weltbewegung von ihrem Heldentum, ihrer Uneigennützigkeit und Selbstlosigkeit künden.

... zu den Revolutionären Streitkräften

Im Verlaufe des revolutionären Prozesses hat sich die Rebellenarmee zu dem entwickelt, was sie heute ist, zu unseren mächtigen Revolutionären Streitkräften, dem Stolz unseres Volkes und unserer Partei; und das ist das Resultat der brillanten und bewundernswerten Arbeit des Genossen Raul Castro, der seit den ersten Tagen der Revolution an der Spitze des Ministeriums steht und demgegenüber es nur fair ist, wenn wir seinen Namen in diesem Bericht nennen in Anerkennung für seine beispielhafte und fruchtbare Arbeit.

Das Ministerium der Revolutionären Streitkräfte wurde am 16. Oktober 1959 geschaffen. Zehn Tage später wurden die Nationalen Revolutionären Milizen gegründet. Auf diese Weise entschieden sich Zehntausende von Menschen aus dem Volk für die Übernahme von Verteidigungsaufgaben und damit nahmen unsere Streitkräfte denselben volksverbundenen und proletarischen Charakter an wie die Revolution. Seit dieser Zeit wurden Dutzende von Kampfbrigaden organisiert; Tausende Arbeiter, Bauern und Studenten wurden militärisch ausgebildet; Hunderte Offiziere der Guerillaarmee begannen, ihr Bildungsniveau zu heben und ihr militärisches Wissen zu vertiefen, neue Kommandokader wurden aus den Milizen gebildet, und große An-

strengungen wurden unternommen, um die Militärtechnik kennen und beherrschen zu lernen, die wegen ihrer Kompliziertheit weit außerhalb der Erfahrungen und Qualifikation stand, über die unsere Offiziere und Truppen zu Anfang verfügten. Dieser Prozeß vollzog sich inmitten der heftigen Kämpfe, von denen zuvor die Rede war. Es genügt hinzuzufügen, daß im Kampf gegen die konterrevolutionären Banden Hunderte ihr Leben lassen mußten und daß die Materialverluste sich auf fast eine Milliarde Pesos beliefen.

Im Jahre 1964 wurde im Gefolge der intensiven militärischen Entwicklungsarbeit die erste Etappe in der Organisation unserer Einheiten erfüllt und das Gesetz zur allgemeinen Wehrdienstpflicht verabschiedet. Tausende von militärischen Kadern wurden ausgebildet, die waffentechnische und politische Grundausbildung zur Regel erhoben und der Aufbau der Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes in den Reihen der Streitkräfte begann. Die komplexe politisch-militärische Situation und unsere feste Entschlossenheit, uns selbst zu verteidigen, hatten die Zahl der regulären Truppen weit über die ökonomischen und demographischen Möglichkeiten des Landes erhöht. Angesichts dieser Situation und mit der Absicht, die aus ihr erwachsenden Konsequenzen für die Wirtschaft zu mildern, stellten die Streitkräfte eine beträchtliche Zahl ihrer Männer für produktive Arbeit bereit – auf Kosten der militärischen Ausbildung und Kampfkraft.

Im Jahr 1970, als das Land schon in einem Klima relativen Friedens lebte und die Effizienz der Streitkräfte beträchtlich erhöht worden war, beschlossen wir, die reguläre Truppenstärke der FAR allmählich zu reduzieren und konnten damit in den letzten fünf Jahren ungefähr 150 000 Mann und 5 000 Fahrzeuge in die Wirtschaft eingliedern, ohne daß die Kampfkraft der Streitkräfte darunter gelitten hätte. In demselben Zeitraum waren mehrere Produktionseinheiten geschaffen worden, die sich etwas später mit den Hundertschaften der Jugendlichen vereinten und sich so am 3. August 1973 zur Armee der arbeitenden Jugend formierten.

In nur zwei Jahren hat die Armee der arbeitenden Jugend große Erfolge in den verschiedenen Wirtschaftssektoren erzielt. Sie leistete einen herausragenden Beitrag bei den Zuckerrohrrenten, in denen sie 20 % der Zuckerrohrschläger des Landes stellte, die Pläne übererfüllte, die Produktivität pro Mann von einer Erntekampagne zur anderen um 26% steigerte und eine starke Bewegung schuf, die es erlaubte, die Zahl der „Millionärsbrigaden“ zu vervielfachen. Sie wurde zu der Kraft, die in der größten Anzahl dieser Brigaden mitwirkte, was eine wertvolle Erfahrung für diesen Wirtschaftssektor darstellte. Die Armee der arbeitenden Jugend hat mit dem Bau von 56 Erziehungseinrichtungen im Wert von über 60 Millionen Pesos auch im Bausektor einen wichtigen Beitrag geleistet und in anderen bedeutenden wirtschaftlichen und erzieherischen Bereichen hart gearbeitet. Überdies leistet sie hervorragende Arbeit bei der Wiederherstellung der zentralen Eisenbahnlinie.

Die Betonung der Kampfausbildung für die regulären Einheiten, die Organisation unseres Volkes in Reserveeinheiten und die Bildung der Armee der arbeitenden Jugend ermöglichten es, die Verteidigungskraft der FAR zu erhöhen und gleichzeitig ihre Beteiligung an den ökonomischen Aufgaben aufrechtzuerhalten.

Der Militärdienst als Drohung?

Im Ergebnis der getroffenen Maßnahmen begann die FAR im Jahre 1970 einen Prozeß zur weiteren Erhöhung ihrer Kampfbereitschaft. Dies beweist der Stand der Ausbildung, den reguläre Truppen und Reservisten in Übungen demonstrieren während der Manöver zur Erhöhung der Kampfbereitschaft, in denen, trotz gesteigener Anforderungen, ein höheres Niveau erlangt wurde.

Unter den Angehörigen der FAR, die aus dem Militärdienst ausschieden, waren mehr als 50 000 bereits während ihrer Dienstzeit dem Kommunistischen Jugendverband Kubas (UJC) beigetreten ungeachtet der Tatsache, daß die meisten von ihnen, bevor sie Soldaten wurden, weder gearbeitet noch studiert hatten. Zehntausende von Technikern und Facharbeitern, die anschließend ins Zivilleben zurückkehrten, erhielten bei den Streitkräften ihre fachliche Ausbildung. Unsere Streitkräfte sind eine große Schule für die Ausbildung von gewissenhaften, ver-

antwortungsbewußten und disziplinierten Kadern für die Revolution gewesen.

In der kommenden Fünfjahrperiode wird die FAR mit einer beträchtlichen Menge modernster Kampfaffen ausgerüstet werden, für die höhere Feuerkraft, Manövrierfähigkeit und Automation charakteristisch sind. Diese Tatsache stellt uns vor noch größere Anforderungen und in erster Linie vor die Notwendigkeit, die technisch-militärische Qualifikation der Kader und Spezialisten, sowohl der Berufssoldaten wie der Reservisten, kontinuierlich weiterzubessern. Diese Aufgaben werden eine vielseitige Ausbildung unserer Reservisten erfordern, die in den Plänen zur Landesverteidigung eine entscheidende Rolle spielen. Im Jahr 1975 war die Zahl der ausgebildeten Reservisten doppelt so hoch wie im Jahr zuvor und in den nächsten 5 Jahren wird sich ihre Zahl noch einmal verdoppeln. Alldies macht es notwendig, Führungskader, Facharbeiter, Techniker und Fachleute im wehrfähigen Alter – insbesondere Mitglieder der Partei und des UJC – in zunehmenden Maße zu den Reserveeinheiten einzuberufen, wobei es erforderlich ist, gegen die bisweilen übertriebenen Kriterien ihrer Unabkömlichkeit in der Produktion anzugehen: Diejenigen Arbeiter unter ihnen, die wirklich unentbehrlich sind, sollten natürlich nicht zur Reserve herangezogen werden, denn im Kriegsfall sind sie nicht genügend ausgebildet und ihre Anwesenheit an ihrem Arbeitsplatz wäre ohnehin absolut notwendig, um die Versorgung des Landes aufrechtzuerhalten.

In gleicher Weise muß in der nächsten Zukunft im Rahmen der Musterungen dafür gesorgt werden, daß zum aktiven Militärdienst taugliche, politisch, moralisch und intellektuell fähige Jugendliche einberufen werden. Das erfordert eine Änderung des derzeitigen Konzepts und zwar die Eliminierung von Kriterien, denen zufolge der Militärdienst – weit davon entfernt für jeden jungen Mann als große Ehre zu erscheinen und als solche präsentiert zu werden – als ein Instrument gehandhabt wird, mit dem die Eltern ihren Söhnen, die nicht studieren wollen, drohen, und Lehrer ihre Schüler einschüchtern und die die Militärorganisation als Drohung und Mittel einsetzen, um Disziplinlosigkeit zu bestrafen.

Da in Zukunft die große Mehrheit unserer Jugendlichen eine mittlere Schulbildung erhalten wird, wir aber hoffen, daß es eines Tages praktisch alle sein werden, wird es unerläßlich sein, auch die Jugendlichen mit höherer Bildung einzuberufen, die wegen der Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Wirtschaft noch

nicht eingezogen wurden. Derzeit verfügt der größte Teil der Rekruten über ein niedriges Bildungsniveau und erhält eine längere Ausbildungszeit, oft ohne den optimalen Stand im Gebrauch moderner Waffen zu erreichen. Sobald die Kapazitäten und das Bildungsniveau es erlauben, wird die Militärdienstzeit verkürzt werden. Diese neue Rekrutierungspolitik muß durch eine gesteigerte patriotisch-militärische Überzeugungsarbeit ergänzt werden, die dazu beiträgt, die Bevölkerung und insbesondere die Jugendlichen und Kinder in diesem Sinne zu erziehen. Zudem müssen die dafür erforderlichen eigenen Institutionen geschaffen werden.

In den kommenden Jahren wird die Landesverteidigung von den Staatsorganen und den örtlichen Organen der Volksmacht (Poder Popular) einen entschiedenen Beitrag bei den Vorbereitungsarbeiten für die Einberufung der Jugendlichen fordern wie für die Mobilisierung der Reservisten, die Organisierung der Mittel und Ausrüstungen der nationalen Wirtschaft, die für die volle Entfaltung der FAR unverzichtbar sind.

Jeder Soldat ein Revolutionär – jeder Revolutionär ein Soldat

Die Arbeit der Partei in den Streitkräften hat es deren Institutionen ermöglicht, durch systematische Studien seit ihrer Gründung ein hohes Maß an Reife und in der marxistisch-leninistischen Theorie ein hohes Niveau als Ergebnis der Stärkung des Parteilebens und des beständigen, qualitativen Wachstums ihrer Reihen zu erreichen.

Dies hat es ermöglicht, daß in den militärischen Einheiten das Prinzip des demokratischen Zentralismus strikt eingehalten, und das Prinzip von Kritik und Selbstkritik im Parteileben praktiziert wird, ohne dadurch den Grundsatz der Einmann-Befehle, den Eckpfeiler der militärischen Struktur, anzutasten und ungeachtet der notwendigen Begrenzungen, die die militärische Disziplin setzt. 85% unserer Offiziere sind Mitglieder der Partei oder des Kommunistischen Jugendverbandes.

Ein entscheidender Faktor ist die Militärhilfe der UdSSR, des Vaterlandes Lenins, gewesen, die unsere Einheiten seit den ersten und schwierigsten Tagen unserer Revolution kostenlos mit modernen Verteidigungsmitteln im Wert von mehreren Milliarden Pesos ausgerüstet hat. Die Sowjetunion hat uns auch die wertvollen Ratschläge ihrer Militärspezialisten gegeben, die uns



die Bedienung der Kriegsausrüstung und die moderne Militärwissenschaft lehrten und ein Beispiel für Bescheidenheit, Selbstlosigkeit und kommunistische Lebensführung darboten.

Eine herausragende Rolle bei der Entwicklung und Vervollkommnung der Revolutionären Streitkräfte haben die Kommandanten, Offiziere, politischen Aktivisten und Organisationen der Partei gespielt, die während dieser Jahre unsere Kämpfer in der Beherrschung der modernen Kampftechniken unterwies und selbst die moderne Kriegskunst meisterten und an der Spitze ihrer Truppen bewaffnete Aggressionen zurückschlügen. Die Revolutionären Streitkräfte haben, ohne zu zögern, ihre patriotischen und internationalistischen Aufgaben erfüllt und sind bereit, die Interessen und Errungenschaften des Sozialismus entschlossen zu verteidigen.

Diese Aufgaben haben den Offizieren ständige Anstrengungen abverlangt, deren Erfüllung täglich aufs neue ihre Selbstlosigkeit bewies, da sie ihre Aufgaben in vielen Fällen ohne ausreichende Hilfsquellen und Kader meisterten und sich vor hohe Anforderungen mit langen Arbeitszeiten, die 10, 12 und selbst 14 Stunden täglich überstiegen, gestellt sahen, und die zudem manchmal unter harten Kampfbedingungen umgesetzt werden mußten. Häufig von ihren Familien für lange Zeit getrennt, erfüllten sie bescheiden und ohne Klagen ihre Pflicht. Bisher ist es noch nicht möglich gewesen, diese Leistungen auf gerechte und erforderliche Weise zu entgelten. Es ist die Pflicht der Gesellschaft, die Lebens- und Arbeitsbedingungen unserer Offiziere in zunehmendem Maße und entsprechend der gesellschaftlichen Bedeutung, die ihrer Arbeit zukommt, zu verbessern. Aus diesem Grunde sind bereits Maßnahmen ergriffen worden, um den Sold zu erhöhen, militärische Wohnviertel werden gebaut, um das Wohnungsproblem zu lösen und ihnen bessere Lebensbedingungen zu verschaffen. In naher Zukunft wird es nötig sein, noch größere Anstrengungen auf diesem Gebiet zu unternehmen als Ausdruck der Anerkennung unseres werktätigen Volkes für die Männer, die ihr Leben der heiligen Aufgabe der Verteidigung unserer Heimat widmen. Ebenso werden wir das System der beruflichen und technischen Qualifikation und der militärwissenschaftlichen Arbeit ständig vervollkommen und die Bedingungen für die kulturelle Weiterbildung verbessern. Diese gerechten und unaufschiebbaren Maßnahmen bedürfen der Einsicht aller Institutionen des Staates und der Massenorganisationen, denn nur so kann das Land seine Wertschätzung für die Arbeit und die täglichen Opfer unserer militärischen Kader zum Ausdruck bringen.

Früher war das Militär ein Feind des Volkes, bei allen verhaßt. Heute sind beide vertraute Brüder. In unserem sozialistischen Vaterland ist jeder Soldat ein Revolutionär und jeder Revolutionär ein Soldat.

Solange der Imperialismus existiert, werden die Partei, der Staat und das Volk den Verteidigungsaufgaben höchste Aufmerksamkeit schenken. Die revolutionäre Wachsamkeit wird niemals vernachlässigt werden. Die Geschichte lehrt uns allzu beredt, daß jene, die dieses Prinzip vergessen, ihren Irrtum nicht überleben.

Der Kampf der Sicherheitseinheiten gegen die Piratenakte der Yankees

Der Zwillingsbruder der Revolutionären Streitkräfte in all diesen Jahren des heroischen Kampfes war das durch die Revolution geschaffene Innenministerium. Die ersten Aktivitäten der Sicherheitseinheiten in den Reihen der Rebellenarmee fielen in die Zeit des Sieges der Revolution. Von Beginn an standen sie im Kampf gegen die Feinde der Revolution. In jenen ersten, ungleichen Kämpfen gegen einen übermächtigen Feind – die Central Intelligence Agency der Vereinigten Staaten (CIA) – sammelten unsere Kämpfer ihre ersten Erfahrungen. Sie hatten Anteil an der Durchsetzung jedes revolutionären Gesetzes, an jeder Aktion des Volkes und an jedem Kampf um die Sicherung der Errungenschaften der Revolution. Durch die Jahre des Kampfes hindurch meisterten sie die heikelsten und schwierigsten Aufgaben, von denen viele unbekannt blieben. Zeitweilig drangen sie ins gegnerische Lager ein, bei anderen Gelegenheiten sicherten sie die Nachhut vieler revolutionärer Aktionen, bei anderen wiederum bildeten sie die Vorhutabteilungen. Die Kämpfer des Innenministeriums haben zusammen mit denen der Revolutionären

Streitkräfte und den Männern aus dem Volk an jeder internationalistischen Mission teilgenommen. Mit Geduld, Klugheit und revolutionärem Elan haben sie jedwede von der Revolution gestellte Aufgabe gemeistert.

Die Kämpfe und Siege des Volkes bei der Konsolidierung seiner Revolution sind unauflöslich mit den Einheiten verbunden, die das Innenministerium bilden. Die Opfer und die revolutionäre Haltung der Männer und Frauen, die mehr als einmal ihre Genossen im Kampf mit dem Gegner bei der Verteidigung des Vaterlandes haben fallen sehen, erlauben es, in dieser Stunde auf das Erreichte zurückzublicken. Mit ihrem tapferen und klugen Einsatz schlugen sie die innere Konterrevolution in die Flucht, blieben sie Sieger über konterrevolutionäre Organisationen, Gruppen und Banden, führten sie erfolgreiche Aktionen gegen Infiltrationsversuche von CIA-Agenten durch, vereitelten sie schließlich zahllose Vorhaben zur physischen Vernichtung der Führer der Revolution.

Die konterrevolutionären Aktionen setzten 1959 ein, und sie wurden zahlreicher je weiter sich die Revolution radikalisierte. Gleich zu Beginn sammelten sich die Elemente, die ihrer Macht beraubt worden waren, und die nationale Bourgeoisie in anfänglich geheimen konterrevolutionären Organisationen; in den Gebirgsregionen begannen Leute, die vor der revolutionären Justiz geflohen waren, Banden zu organisieren; und konterrevolutionäre Elemente unternahmen vom Territorium der USA aus erste Infiltrationsversuche, von wo aus sie auch, unterstützt von der internationalen Konterrevolution, die ersten Versuche starteten, Führer der Revolution zu ermorden. Zu den konterrevolutionären Organisationen gesellten sich Personen aus klerikalen Kreisen bis hin zu berühmten Batista-Anhängern, Kriegsverbrechern und korrupten Politikern. Von Anbeginn standen ihnen gewaltige finanzielle Mittel zur Verfügung. Ihre Aktivitäten umfaßten Propaganda, Sabotage, Terroranschläge, subversive Aktionen und Mordversuche. Im Anfangsstadium wurden ihre Verbindungen zur CIA verdeckt gehalten, ihre Aktionen schienen selbständig zu erfolgen, und der Yankee-Geheimdienst versorgte sie mit Ausrüstungen wie anderem Material und bildete ihre Mitglieder aus.

Die Radikalisierung des revolutionären Prozesses führte, da sie die ökonomischen Interessen der Bourgeoisie und des Imperialismus berührte, sehr bald zu einer Vereinheitlichung der imperialistischen Hilfe für die Subversion. 1960 wurde in Miami eine Operationszentrale eingerichtet, von der aus die konterrevolutionären Aktivitäten kubanischer Verräter angeleitet und koordiniert wurden und die jahrelang als Verbindungsstelle für in Kuba bestehende Organisationen fungierte. Dieser Zentrale unterstanden zwei Operationsabteilungen; die eine für Infiltration, deren Aufgabe darin bestand, ein Netz von konterrevolutionären Basen zu schaffen, CIA-Agenten auszubilden sowie Ausrüstungen, geheimes Material und Sprengstoffe zu beschaffen; die andere Abteilung wurde zur Durchführung von Sonderaufträgen eingerichtet. Alleine 1960 und 1961 wurden 34 Infiltrationsversuche unternommen. Bei regelrechten Piratenoperationen benutzte der Feind bis zu 13 Schiffe, wobei er sich der aggressivsten Elemente unter den konterrevolutionären Emigranten bediente, die er angeworben und ausgebildet hatte.

Die Zerschlagung des Bandenwesens 1964/65

Am 2. Februar 1959 kam das erste kleinere Piratenflugzeug in unserem Land an, am Steuer ein US-Staatsangehöriger, mit der Absicht einen Mordanschlag durchzuführen. Ähnliche Überfälle folgten – bei denen Havanna im Tiefflug angegriffen, Zuckerrohrfelder in Brand gesetzt und Zuckermühlen bombardiert wurden. Die ersten Waffen, welche die Revolution zu erwerben vermochte, um sich gegen seine Feinde zur Wehr zu setzen, fielen im Bestimmungshafen einem Sabotageakt zum Opfer. Sie wurden an Bord des Schiffes „La Coubre“ in die Luft gesprengt, wobei Dutzende von Arbeitern, Soldaten der Rebellenarmee und Polizisten der Revolution den Tod fanden.

Die Beteiligung der Vereinigten Staaten an diesen konterrevolutionären Aktionen blieb nicht verborgen. Als die Söldnerinvasion in der Schweinebucht (Playa Giron) stattfand, waren die konterrevolutionären Gruppen außerstande, ihre Rolle als Fünfte Kolonne zu spielen, die ihnen der Imperialismus zugedacht hatte. Das Eingreifen der Sicherheitsabteilungen, unterstützt von den

Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR) und dem Volk, machte die meisten von ihnen unschädlich. Nach der Niederlage in der Schweinebucht versuchte der Imperialismus, die Aktivität der konterrevolutionären Banden auszuweiten.

Am 6. Juni 1961 wurde das Innenministerium gegründet. Allein in der Escambray wuchs im Jahre 1962 die Zahl der konterrevolutionären Banden von 42 im März auf 79 im September. Derartige bewaffnete Gruppen wurden vom Imperialismus in allen Provinzen organisiert, um die Revolution zu bekämpfen. Die Banden setzten Zuckerrohrfelder in Brand, verübten Sabotageakte auf öffentliche Versorgungseinrichtungen, Morde und Überfälle in Dörfern und ländlichen Gebieten.

Aber die Revolution war nicht gelähmt, die Armee ging zu energischen Gegenaktionen über, und die Arbeiter- und Bauernmilizen verfolgten die Banden ohne Atempause. Damit begann ihre allmähliche Vernichtung. Konterrevolutionäre Elemente und CIA-Agenten, die in das Land eingedrungen waren und sich den konterrevolutionären Organisationen angeschlossen hatten, wurden gefangengenommen und viele von ihnen mit äußerster Strenge von den Revolutionsgerichten bestraft.

Um das Jahr 1963 kam der Kampfeswille vieler konterrevolutionärer Organisationen zum Erliegen. Gleichzeitig wurden die Ban-

Weise zu arbeiten. Die Operationszentrale in Miami wurde 1969 aufgelöst; seither wurden die Operationen von zentralen Stellen aus gelenkt.

Der Feind war gezwungen, von direkten Formen abzugehen und in kurzer Zeit wurde eine neue Methode eingeführt. Damit begann der Kampf, der wesentlich länger dauern wird, geführt mit unterschiedlichen Infiltrationsformen wie Untergrundagenten, ökonomischer Sabotage, Versuchen ideologischer Beeinflussung und Verunsicherung und anderen Mitteln, derer sie sich in ihrem Kampf gegen die Revolution bedienen. Unsere Grenzposten, jederzeit als Wächter unseres Heimatlandes auf der Hut, verteidigen Tag und Nacht in ununterbrochener Wachsamkeit die Küsten unseres Landes.

CIA-Mordkomplote gegen Führer der kubanischen Revolution

Eines der Hauptziele der von der CIA geplanten Aktivitäten war die Ermordung revolutionärer Führer. In den Tagen vor unserem Kongreß erreichte uns die Kopie eines von einem US-Senats-Unterausschuß veröffentlichten Berichts, der Pläne der CIA für



Gefangenahme zweier von der CIA eingeschleuster Agenten im April 1961

den zerschlagen. Ihre Verfolgung durch die revolutionären Kräfte machte ihnen das Überleben unmöglich, und ihr Kontakt zur CIA riß ab, da deren Agenten gefangen oder außer Gefecht gesetzt waren. Eine nach der anderen wurden die Gruppen aufgespürt, eingekreist und vernichtet. Die konterrevolutionären Anführer, moralisch verkommene Elemente, suchten verängstigt ihr Heil in der Flucht. In den Jahren 1964 und 1965 wurden die letzten paar Banditen gefangengenommen.

Der Anteil der Kämpfer des Innenministeriums an der Zerschlagung der bewaffneten Banden war entscheidend. Unter Einsatz ihres Lebens vollbrachten sie es, diese Banden zu unterwandern und die Informationen zu sammeln, die erforderlich waren, die Banden zu lokalisieren und einzukreisen. Dies war entscheidend, da die Banden sich ständig in Bewegung befanden und sich auf Gefechte nur einließen, wenn sie zu entkommen versuchten. Angesichts der makellosen Wachsamkeit der Sicherheitseinheiten, der Festnahme eingedrungener Elemente und der exemplarischen Bestrafung von Feinden der Revolution ließ die Infiltration gegen 1965 nach. Die CIA erteilte ihren wertvollsten Agenten in den verschiedenen konterrevolutionären Organisationen den Auftrag, fortan selbständig auf subtilere Art und

die Ermordung ausländischer Staatsmänner untersuchte, von denen die meisten auch getötet worden waren. Ein beträchtlicher Teil des Hunderte von Seiten umfassenden Berichts widmet sich den Aktivitäten und Plänen der CIA, die Führer der kubanischen Revolution zu ermorden. Die haarsträubenden, in diesem Bericht enthaltenen Enthüllungen sind geradezu unglaublich.

In ihm findet sich die folgende Passage:

„Wir fanden konkrete Beweise für zumindest 8 in der Zeit von 1960 bis 1965 unternommene Anschläge zur Ermordung Fidel Castros, an welchen die CIA beteiligt war. Obwohl einige dieser Mordkomplote nicht über das Stadium der Planung und Vorbereitung hinauskamen, gelangte ein derartiges Vorhaben, an welchem Unterweltfiguren beteiligt waren, zweimal bis zur Lieferung von Giftpillen nach Kuba und zur Einschleusung von Einsatzgruppen, um die Tat zu vollbringen. Eine andere Verschwörung schloß die Lieferung von Waffen und anderen Mordinstrumenten an einen kubanischen Dissidenten ein. Die Vorkehrungen für die beabsichtigte Mordtat umfaßten eine Reihe von Waffen, angefangen von Gewehren mit großer Reichweite bis zu Giftpillen, vergifteten Kugelschreibern, Pudern mit tödlichen

Bakterien und anderen Erfindungen, für welche es erheblicher Vorstellungskraft bedarf."

An anderer Stelle sagt der Bericht:

„Von März bis in den August 1960 hinein, während des letzten Jahres der Regierung Eisenhower, erörterte die CIA Pläne, um Castros charismatische Ausstrahlung dadurch zu untergraben, daß man seine Rede störte. Nach einem Bericht des CIA-Generalinspektors von 1967 erinnerte sich ein Beamter in der Abteilung für Technische Dienste (TSD) an Diskussionen über einen Plan, Castros Rundfunkstudio mit einer LSD-ähnlichen Chemikalie auszusprühen. Der Plan wurde jedoch fallengelassen, weil die Chemikalie unzuverlässig war. Zur gleichen Zeit präparierte TSD eine Kiste mit Zigarren mit einer Chemikalie, die zeitweilige Geistesverwirrung auslöste in der Hoffnung, Castro veranlassen zu können, eine der Zigarren zu rauchen, bevor er eine Rede hielt. Der Generalinspektor berichtete weiterhin über einen Plan, Castros Image als „der Bärtige“ dadurch zu zunichte zu machen, daß man seine Schuhe mit Thalliumsulfid bestäubte, einem starken Enthaarungsmittel, das bei ihm Bartaufbau verursachen sollte. Das Enthaarungsmittel sollte während einer Reise außerhalb Kubas Anwendung finden. TSD beschaffte das Mittel und testete es an Tieren, ließ jedoch den Plan anscheinend deshalb fallen, weil Castro die Reise absagte“.

Auf den folgenden Seiten findet sich folgendes:

„Gift-Zigarren“

„Eine Notiz in den Aufzeichnungen der Operationsabteilung der CIA, des Büros für medizinische Dienste der CIA, belegt, daß am 16. August 1960 ein Beamter eine Kiste mit Castros Lieblingszigarren ausgehändigt bekam zusammen mit der Anweisung, sie mit tödlichem Gift zu präparieren. Die Zigarren wurden mit einem Botulungift verseucht, das so stark ist, daß eine Person, die eine davon in den Mund nimmt, sofort sterben würde. Der Beamte berichtete, daß die Zigarren am 7. Oktober 1960 fertiggestellt waren. TSD-Aufzeichnungen zeigen an, sie seien am 13. Februar 1961 an eine nicht genannte Person ausgehändigt worden.“

Präparierung und Einschleusung von Gift nach Kuba

Der Bericht des Generalinspektors nahm Bezug auf Gespräche zwischen Bissell (damaliger Planungsdirektor der CIA, d. Red.), Edwards (ein CIA-Abteilungsleiter, d. Red.) und dem Chef der TSD über die wirkungsvollste Methode, Castro zu vergiften. Einiges deutet darauf hin, daß Giancana (einer der obersten Gangsterbosse der „Casa Nostra“, d. Red.) oder Roselli (ein Gangster aus der Glücksspielbranche, d. Red.) den Vorschlag aufbrachten, eine Giftpille in Castros Getränk zu geben, um dem Agenten eine Entkommenschance zu geben . . .

Den ersten von TSD präparierten Satz Pillen lehnte Edwards ab, da sie nicht wasserlöslich seien. Ein zweiter Satz, der Botulin enthielt, erfüllte die Erwartungen, als man ihn an Affen testete. Der stellvertretende Leiter Bissell nahm die Pillen vom TSD entgegen – wahrscheinlich im Februar 1961 – mit der Versicherung, sie seien tödlich und gab sie an Roselli weiter. Der Bericht stellt eindeutig fest, daß die Pillen noch vor der Schweinebucht-Invasion Mitte April 1961 an einen Kubaner weitergegeben wurden, um sie auf die Insel zu bringen. . . Der stellvertretende Direktor erinnerte sich, daß ihm von Oberst J. C. King, dem Leiter der Abteilung „Westliche Hemisphäre“, 50 000 US-Dollar in Bissell's Büro überreicht worden sind, um den Kubaner zu bezahlen, sollte ihm der Mord an Castro gelingen. . .

Ein Freund Rossellis und Giancanas, Joseph Shimon, sagte aus, er habe Maheu (ein ehemaliger FBI-Agent, der oft von der CIA eingesetzt wurde, Kontaktmann zu Roselli, d. Red.) nach Miami begleitet. . . er, Giancana, Roselli und Maheu hätten eine Suite im Fontainebleau-Hotel geteilt. Während einer Unterhaltung äußerte Maheu, er habe den Auftrag, Castro zu ermorden und sei von der CIA mit einer Flüssigkeit ausgestattet worden, um die Aufgabe auszuführen. Shimon sagte aus, Maheu habe behauptet, die Flüssigkeit solle in Castros Essen gemischt werden, Castro würde erkranken und nach zwei oder drei Tagen sterben, ohne daß eine Autopsie nachweisen könne, was ihn getötet habe. . .



Chicago Tribune

Shimon sagte aus, er habe einige Tage später einen Anruf von Maheu erhalten, der gesagt habe: „Hast Du die Zeitung gelesen? Castro ist krank. Er wird zwei oder drei Tage krank sein. Bombensache, wir haben ihn!“

Die Operation wird neu aufgelegt

Anfang April 1962 trat Harvey (Chef der Einsatzgruppe Task Force W., deren Ziel die Ermordung Castros war, d. Red.), der bezeugte, er habe auf „ausdrückliche Anweisungen“ von Helms (damaliger stellvertretender CIA-Planungsdirektor, später CIA-Direktor, heute US-Botschafter im Iran, d. Red.) gehandelt, an Edwards heran, ihn mit Roselli in Kontakt zu bringen. . .

Am 8. und 9. April 1962 trafen sich Harvey, der stellvertretende Leiter und Roselli ein weiteres Mal in New York. Ein Vermerk in den Akten der TSD aus dieser Zeit belegt, daß dem stellvertretenden Leiter am 18. April 1962 vier Giftpillen ausgehändigt wurden. Diese wurden an Harvey weitergeleitet, der am 21. April in Miami ankam und Roselli bereits in Kontakt mit demselben Kubaner antraf, der bereits an dem Tablettransfer vor der Schweinebucht beteiligt gewesen war. Er übergab Roselli die Tabletten mit der Erklärung, sie „täten überall, jederzeit und an jedem Objekt ihre Wirkung“. Roselli sagte aus, er habe Harvey mitgeteilt, die Kubaner hätten vor, sie zur Ermordung sowohl Che Guevaras als auch Fidel und Raul Castros zu verwenden. Nach Rossellis Aussage stimmte Harvey der Verwendung zu mit der Bemerkung, „es ist alles in Ordnung, was sie machen wollen“. Der Kubaner verlangte im Gegengeschäft für die Durchführung der Mordoperation Waffen und Ausrüstungen. . .

Roselli hielt Harvey über den Fortgang der Operation auf dem Laufenden. Irgendwann im Mai 1962 berichtete er, die Tabletten und Feuerwaffen seien in Kuba angekommen.

Pläne im Frühjahr 1963

Im Frühjahr 1963 wurden von der Einsatzgruppe W, der damals mit verdeckten Aktionen auf Kuba befaßten CIA-Abteilung, zwei Pläne zur Ermordung Castros durchgespielt. Desmond Fitzgerald (Nachfolger W. Harvey, inzwischen verstorben, d. Red.), der Leiter der Einsatzgruppe, beauftragte seinen Assistenten herauszufinden, ob es möglich sei, eine als Sprengkörper hergerichtete exotische Seemuschel an einer Stelle anzubringen, an welcher Castro gewöhnlich zum Tauchen ging. . .

Ein zweiter Plan beruhte darauf, durch James Donovan (der mit Castro über die Freilassung von Gefangenen verhandelte, die während der Schweinebuchtoperation gemacht worden waren) Castro einen vergifteten Tauchanzug schenken zu lassen. . .

Die TSD kaufte einen Tauchzug, bestrich die Innenseite mit einem Pilz, der eine chronische Hauterkrankung hervorrufen würde und versuchte das Atemgerät mit einem Tuberkulosebakterium.

Der vergiftete Kugelschreiber

Ein anderes AM/LASH (CIA-Codename für den mit dem Mord befaßten Kubaner, einem hohen Beamten, d. Red.) angebotenes Gerät war ein mit einer hypodermatischen Nadel versehener Kugelschreiber. Die Nadel war so fein, daß das Opfer den Einstich nicht bemerken würde. Dem Bericht des Generalinspektors zufolge sagte der Sachbearbeiter bei einem Gespräch 1967 aus, AM/LASH habe die CIA gebeten, „irgendein technisches Gerät für den Auftrag zu entwickeln, so daß ihn der Versuch nicht automatisch das eigene Leben kosten würde“ . . .

Fitzgeralds Assistent sagte vor dem Ausschuß aus, der Schreiber sollte die Aufschrift „bona fides“ (Guter Glaube, d. Red.) tragen und „die Order habe gelautet, irgendetwas zu unternehmen, um Castro loszuwerden (. . .) und wir waren der Ansicht, diese Methode müsse wirken, während es mit einem Gewehr nicht ginge“.

Helms bestätigte, daß der Schreiber hergestellt worden sei „in Ausführung eines Auftrages, irgendeiner Vorrichtung habhaft zu werden, um Castro loszuwerden, ihn zu töten, zu ermorden, was auch immer passieren möge“ . . .

Ein CIA-Dokument vom 3. Januar 1965 besagt, daß B-1 (Codename eines Bandenführers, d. Red.) in einer längeren Unterredung mit einem Sachbearbeiter geäußert habe, er und AM/LASH hätten eine feste Übereinkunft über die folgenden Punkte erzielt:

1. B-1 beschafft AM/LASH einen Schalldämpfer für die FAL (kurzfristiger Termin, d. Red.); sollte dies nicht gelingen, so hinterlegt B-1 an einer bezeichneten Stelle ein Gewehr mit Zielfernrohr und Schalldämpfer sowie mehrere Bomben, verborgen entweder in einem Koffer, einer Lampe oder in einem anderen Gerät, das transportabel und in der Nähe Fidel Castros unterzubringen sei. . . .

Wir sehen, wieviele Jahre lang die CIA derartige kriminelle Pläne verfolgte. Diese wenigen Abschnitte, die wir aus dem Senatsausschußbericht verlesen haben, geben einen Eindruck davon, welche ernsthafte Bestrebungen die Einheiten des Staatssicherheitsdienstes in jenen Jahren zu bekämpfen hatten. Im Dienst der teuflischen Absichten ihrer Feinde wurden die raffiniertesten Mittel der Wissenschaft und Technik eingesetzt.

Wenn Kuba die CIA derartiger Aktionen beschuldigt hätte, so hätten viele skeptische Menschen in der Welt gedacht, es handle sich um Ausgeburten der Phantasie, genährt vom Haß auf den Yankee-Imperialismus. Diese Manöver sind ohne Vorbild in der Geschichte aller modernen Staaten. Sie illustrieren das zynische, verkommenen und perverse Wesen des Imperialismus. Sie zeigen unmißverständlich, daß sie bis zum äußersten gehen, um die tollsten, unverantwortlichsten und unglaublichsten Taten zu begehen. Vormalig war ihr Ziel Annexion – jetzt wollen sie uns vergiften. Wir begrüßen die Veröffentlichung des Berichts durch den Senatsausschuß – die gegen den Widerstand des Präsidenten der Vereinigten Staaten erfolgte – auch wenn viele Tatsachen auf Druck der CIA und des Weißen Hauses hin ausgelassen worden sind. Derartige Vorhaben erweisen sich als barbarische Taten und ihre Anprangerung und Verurteilung helfen zu verhindern, daß derartige ruchlose Praktiken Eingang in die internationalen Beziehungen finden.

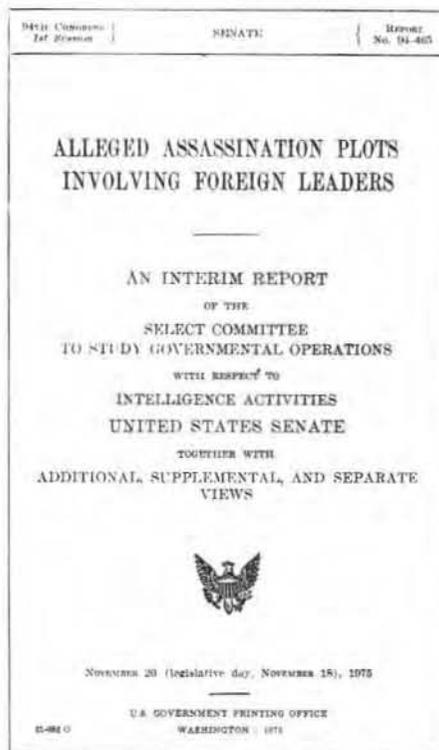
Ein anderes Kapitel verantwortungsloser CIA-Aktionen gegen Kuba in den ersten Jahren, das sich später zu einem weltweiten Problem entwickeln sollte, war die Luftpiraterie. Dieselben konterrevolutionären Existenzen, die von der CIA für Kuba ausgebildet worden waren, traten später als Hauptfiguren der Watergate-Affäre in Erscheinung (gemeint ist u. a. der Ex-FBI- und CIA-Agent Howard Hunt, d. Red.), und diejenigen, denen die CIA den Umgang mit Sprengstoffen beigebracht hatte, sind es heute, die Bomben in Miami und anderen Städten der Vereinigten Staaten hochgehen lassen.

Die Tatsache, daß – trotz der Dutzende von Anschlägen auf das Leben der revolutionären Führer Kubas, die von der CIA angezettelt worden sind und trotz der zahllosen Banden, die in ihren Diensten standen –, nicht ein einziger der Führer der Revolution

in diesen 17 Jahren einem Mord zum Opfer fiel, beweist die Wirksamkeit der Arbeit des Innenministeriums in seinem Kampf gegen den Feind. Es hat unser aller Leben bewahrt.

Maßstab für die revolutionäre Polizei: Respekt vor dem Volk

Mehr noch, in unmittelbarer Auseinandersetzung mit dem Feind hat das Innenministerium gleichzeitig andere wichtige Aufgaben erfüllt. 1959 wurde die Nationale Revolutionäre Polizei aufgebaut. Im Laufe der Jahre hat sie dazu beigetragen, die Kriminalität zu beseitigen und damit fast völlig solche vorrevolutionären Laster auszutilgen wie Rauschgiftsucht, Prostitution und Glücksspiel. Es wurde viel geleistet, um sozialistisches Eigentum gegen Veruntreuung zu schützen und als Ergebnis der vereinten Anstrengungen des Volkes ist die Gesamtzahl der Straftaten gesunken, obwohl nach wie vor einige Erscheinungen wie Diebstahl vorhanden sind, zu deren Bekämpfung wir entschlossene Anstrengungen unternehmen müssen.



US-Senatsbericht

Eine herausragende Anstrengung galt der Verhinderung von Verkehrsunfällen, die das Land so viele Menschenleben kosteten. In den vergangenen zwölf Jahren ereigneten sich 303 055 Unfälle, die 9068 Menschenleben und 206 402 Verletzte kosteten sowie Sachschäden von über 70 Millionen Pesos. Seit 1968 sank zwar die jährliche Unfallquote, die Zahl der Toten aber stieg auf 870. Verstöße gegen das Verkehrsgesetz, die ihrem Wesen nach ein Problem des zu gering entwickelten sozialen Verantwortungsbewußtseins sind, sind verantwortlich für die Unfallhäufigkeit, die trotz der Inkraftsetzung von gesetzlichen und Verwaltungsvorschriften sowie der Durchführung von Unfallverhütungskampagnen hoch ist. Der beständige Kampf, das Leben unserer Bürger zu schützen, erfordert die Mitarbeit eines jeden.

Die Revolution fand ein brutales und unbarmherziges Gefängnisssystem vor, das Menschen verdarb und eine Brutstätte der Kriminalität war. Um diese Bedingungen zu beseitigen und ein Rehabilitationssystem aufzubauen, wurde ein neues Strafvollzugssystem gebildet. Zu seinem Tätigkeitsbereich gehören die Anhebung des kulturellen und technischen Niveaus und die Förderung der Mitarbeit an produktiven Tätigkeiten. 70 % der Verurteilten werden während der Zeit der offenen oder geschlossenen Haft zu industriellen, landwirtschaftlichen oder Bauarbeiten eingesetzt und erhalten dafür den entsprechenden Lohn. Nach der Haftentlassung werden sie in Arbeitszentren unterge-

bracht, je nach ihren erworbenen Kenntnissen und Erfahrungen. Gute Führung während dieses Rehabilitationsstadiums verkürzt die Strafezeit und beschleunigt mithin die Rückkehr in die Gesellschaft. Gemäß diesen Plänen wurden neue Einrichtungen gebaut und 15 alte Gefängnisse geschlossen. Das Strafvollzugssystem wird weiter verbessert werden; zu diesem Zweck wurde das Zentrum für Erforschung, Auswertung und Fortentwicklung des Strafvollzugs eingerichtet.

Unsere Einrichtungen zur Brandbekämpfung und -verhinderung wurden auf einen neuen Stand gebracht und die Ausbildung des in diesem Bereich beschäftigten Personals wurde verbessert, einschließlich der Beherrschung modernster Techniken. Richtlinien für den Brandschutz wurden erlassen und eine Kampagne zur Verhinderung derartiger Unfälle wurde durchgeführt, wobei wir auf die Mitarbeit des Volkes in freiwilligen Brigaden an ihren Arbeitsplätzen rechnen.

Maßstab des Verhaltens unserer Polizei ist der Respekt vor dem Volk. In gleicher Weise zeichneten unsere Sicherheitseinheiten stets ein ethisches Prinzip aus, das in der Zeit der Sierra Maestra eingeführt wurde, keine physische Gewalt gegen Gefangene anzuwenden, um Informationen zu bekommen. An diesem Prinzip wurde ohne Zögern und ohne einen einzigen Verstoß während der vergangenen 17 Jahre festgehalten. Dies hat nicht nur unser Ansehen als Revolutionäre und Menschen erhöht, sondern auch zur Verbesserung der Fähigkeiten unserer Kader beigetragen: zur Vervollkommnung ihrer Methoden zur Bekämpfung des Feindes; und zum Erfolg im Kampf um Informationen, um seine Aktivitäten überwachen und verhindern zu können. Was moralisch eine Stärkung für uns war, hat uns intellektuell weitergebracht. Es gelang dem Innenministerium, faktisch alle konterrevolutionären Organisationen zu infiltrieren und seine Leute hielten einige der höchsten Positionen in deren Führung.

Das beispielhafte Verhalten der Angehörigen des Innenministeriums und ihr Opfermut bei der Erfüllung ihrer Pflicht haben ihnen die Achtung und die Liebe unseres Volkes eingetragen. Was der Feind nie begreifen wird, ist, daß es diese enge und unzerbrüchliche Identifizierung des Volkes mit diesen Männern ist, die unsere Kräfte überlegen und unsere Abwehr undurchdringlich macht.

In den kommenden Jahren wird die Arbeit zunehmend technisiert und effektiver werden. Die aus den Besten unserer Jugend stammenden Kader haben ihren Ausbildungsstand fortwährend verbessert. Das Innenministerium wird den Aufgaben gewachsen sein, die eine sich ständig weiterentwickelnde Gesellschaft von ihm verlangt. Die pflichtbewußten Wächter der inneren Sicherheit unseres Landes werden in ihrer Wachsamkeit nie nachlassen. (. . .)

Die Partei als waches Bewußtsein der Revolution

Die Partei umfaßt alles. In ihr sind die Träume aller Revolutionäre unserer Geschichte eingebunden; in ihr konkretisieren sich die Ideen, die Prinzipien und die Kraft der Revolution; durch sie schwindet unser Individualismus, und in ihr lernen wir, in Begriffen der Kollektivität zu denken; sie ist unsere Erzieherin, unsere Lehrmeisterin, unsere Führerin und unser waches Bewußtsein, wenn wir selbst unfähig sind, unsere Irrtümer, Fehler und Grenzen zu erkennen. In der Partei sind wir fest verbunden, aus jedem von uns machen wir einen spartanischen Soldaten für die gerechteste aller Sachen, und wir alle zusammen bilden einen unbesiegbaren Giganten. In der Partei sind die Ideen, die Erfahrungen und das Vermächtnis unserer Helden gesichert wie auch die Kontinuität unserer Arbeit, die Interessen des Volkes, die Zukunft unseres Vaterlandes und unsere unzerstörbare Bindung an die proletarischen Erbauer einer neuen Welt in allen Teilen der Erde.

Die Partei ist heute die Seele der kubanischen Revolution. Die Auswahlprinzipien für die Aufnahme von Mitgliedern in die Partei sind Hauptelemente in der Aktivität jeder marxistisch-leninistischen Organisation. In Kuba haben diese Prinzipien eine besondere Bedeutung, weil sie auf die konkreten historischen Bedingungen zurückzuführen sind, unter denen das kubanische Volk seinen revolutionären Kampf geführt hat. Kuba baut den Sozialismus nur wenige Schritte vom kriminellsten und aggressivsten imperialistischen Land entfernt auf, dessen Regierung nie aufge-

hört hat, unser Land auf jede nur mögliche Weise zu bedrohen und anzugreifen.

Unter diesen Umständen ist es logisch, daß unsere Revolution besonderes Augenmerk richten muß auf das beispielhafte Verhalten, die politische und moralische Qualität, die Autorität und das Ansehen der Männer und Frauen den Massen gegenüber, die die Avantgarde bilden.

Unsere Auswahlkriterien für den Parteieintritt beinhalten die demokratische Beratung mit der Masse der Arbeiter bezüglich der Aufnahme neuer Mitglieder aus den Arbeitszentren. Diese Methode stimmt mit den leninistischen Kriterien für die Organisation und die Normen des Parteilebens vollständig überein. Es ist bekannt, daß Lenin folgende Prinzipien für den Eintritt in die Partei hervorhob: die Auswahl neuer Mitglieder auf individueller Basis durch die zuständigen Parteioorgane, die Aufnahme in die Organisation auf freiwilliger Basis und die Anerkennung der Statuten und des Parteiprogramms. Aber dies ist nicht alles. Mit Nachdruck unterstrich Lenin außerdem die Notwendigkeit für die politische Avantgarde der Arbeiter und Bauern, sich aufs engste mit den breiten Massen zu verbinden. Lenin glaubte, daß eine Partei sich nicht „revolutionäre Partei des Proletariats“ nennen kann, bevor sie nicht die Führer, die Arbeiterklasse und die Massen zu einem einzigen unlösbaren Ganzen zusammenschweißt hat. Beide Thesen Lenins haben Eingang gefunden in das Auswahlverfahren unserer Kommunistischen Partei Kubas. Der Prozeß des Aufbaus und des Wachstums der Partei impliziert den ständigen Dialog mit den Massen. Die Partei nimmt sich das Recht, ihre Mitglieder auszuwählen, aber sie hört aufmerksam auf die Gefühle und Meinungen der Massen.

In den letzten Jahren haben wir daran gearbeitet, in der Struktur und der Organisation eine Einheitlichkeit zu erreichen und vor allem die Kriterien, die Arbeitsmethoden und das Parteileben zu vereinheitlichen. Die Funktionen der Partei und des Staates sind klar definiert worden. Der Parteiapparat ist gestärkt worden, seine Leitungsmethoden wurden verbessert, um die Aufgabe in der Gesellschaft angemessen erfüllen zu können. Die Annahme einer neuen Parteistruktur, die Erweiterung des Sekretariats und die Bildung von Abteilungen zur Unterstützung der Exekutiv- und Leitungsorgane haben wesentlich zur Erfüllung dieser Ziele beigetragen.

Wachstum und Massenverbundenheit der Partei

Indem garantiert ist, daß die Qualität das leitende Prinzip der Entwicklung darstellt, ist unsere Partei während der vergangenen 13 Jahre – vom Beginn des Aufbaus ihrer Grundorganisationen im Jahre 1962 an – ständig gewachsen.

Während 1965 die Zahl der Mitglieder und Kandidaten noch unter 50 000 lag, war sie bis 1970 schon auf knapp über 100 000 gestiegen. Ende 1974 zählten wir 186 995 Mitglieder und Kandidaten.

Trotz der enormen Anstrengungen in Vorbereitung des Parteitages wurde die Arbeit zur Stärkung der Partei auch im Jahr 1975 fortgesetzt und 17 420 neue Mitglieder und Kandidaten traten der Partei bei.

Alein im ersten Halbjahr nahmen mehr als 300 000 Arbeiter an den Versammlungen teil, die von den Grundorganisationen der Partei einberufen wurden und die dem Aufbau und dem Wachstum der Partei dienten. So zählten wir am 30. September 1975 insgesamt 202 807 Mitglieder und Kandidaten. Mehr als 52% der Mitglieder sind in den Grundorganisationen der Landwirtschaft, des Industrie- und Bausektors tätig, 7,5% arbeiten im Erziehungswesen und 3% im Gesundheitswesen, in Bereichen, die eine hohe Bedeutung für die Entwicklung der Ziele der Revolution haben. Und knapp 40% bekleiden politische und administrative Ämter.

Wir erachten es als notwendig, der Zusammensetzung der Partei vom Standpunkt der Arbeitsbereiche ihrer Mitglieder aus Sorge zu tragen.

Wir alle wissen, daß die große Mehrheit der Genossen, die politische Führungsaufgaben oder administrative Funktionen erfüllen, aus der Arbeiterklasse stammen und daß sie infolge der revolutionären Umwandlung zu Verantwortlichen für Landwirtschaftsbetriebe, Fabriken und Werkstätten wurden, zu Direktoren und Funktionären in der höheren Verwaltung, in höchsten administrativen Rängen der Partei und in den Massenorganisationen.

Die Thesen, die unsere gesamte Partei diskutiert und gebilligt hat, bestätigen dies und heben es positiv hervor; weiterhin garantieren sie die Erreichung der Ziele unserer Arbeiterklasse dadurch, daß eine große Zahl unserer politischen Führer und Funktionäre der Verwaltung aus der Arbeiterklasse stammen und daß sie genügend Eigenschaften und Verdienste besitzen, um Mitglied der Partei zu sein.

Es hat sich mehr als einmal gezeigt, daß, weil die Partei aus Arbeitern besteht, die bei den Massen höchstes Ansehen genießen, die die höchsten Arbeitsergebnisse erzielen und die die höchste Autorität haben, sie deshalb als erste für jede Aufgabe in der Verwaltung ausgewählt werden. In der Tat wurde unsere Partei in den Arbeiterzentren gebildet und ihre Hauptaktivität in bezug auf das Wachstum der Partei ging immer von dort aus.

Eine Folge des raschen Anwachsens der Partei ist jedoch ein relativ niedriges ideologisches Niveau der Masse der Mitglieder und bestimmte Lücken in der Entwicklung, wie eine zu geringe zahlenmäßige Stärke der Partei in wichtigen Wirtschaftszweigen: in der Zuckerindustrie und anderen Grundstoffindustrien, in den landwirtschaftlichen Betrieben, im Bau- und Transportwesen sowie im Erziehungswesen.

Die Partei muß wachsen, ohne daß der permanente Kampf um die Beibehaltung der Qualität in ihren Reihen vermindert wird – insbesondere in den genannten Bereichen, vor allem aber unter den Arbeitern, die direkt in der Industrie, in der landwirtschaftlichen Produktion, im Bauwesen und im Dienstleistungsbereich tätig sind, um die Zusammensetzung der Partei zu vervollständigen.

Die notwendige und aktive Anwesenheit Tausender Kommunisten, kampferfahrener Revolutionäre, die staatliche und politische Leitungsaufgaben erfüllen, und der Eintritt einer ausreichend hohen Zahl von Arbeitern in die Partei garantieren die aktive Präsenz der Partei in den Hauptzentren der Arbeiterklasse. Dabei kommt den Grundorganisationen eine große Verantwortung zu, nämlich die soziale Zusammensetzung der Partei zu verbessern.

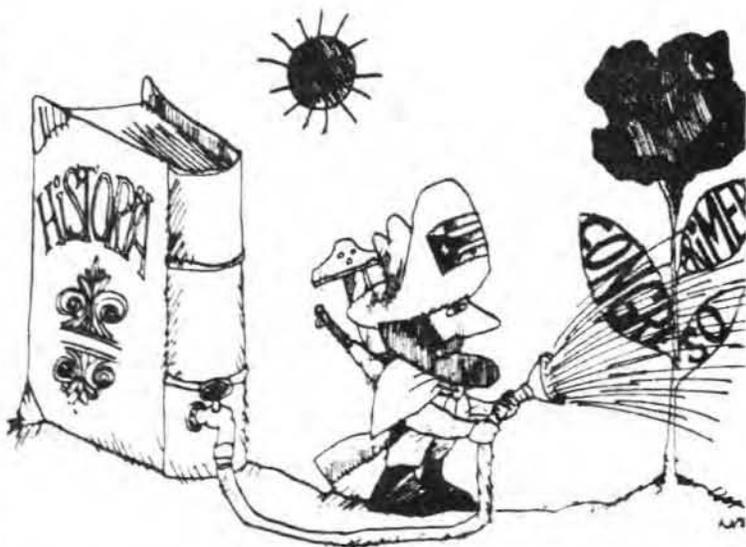
Ebenso entspricht der Anteil der Frauen in der Partei, der noch keine 15% erreicht, weder der Aktivität der kubanischen Frau während des revolutionären Prozesses, noch ihrer Teilnahme an der Produktion, im Erziehungs- oder Dienstleistungsbereich. Die Organisation des Parteitagess hat die Massenverbundenheit der Partei gestärkt. Es gibt zwei Hauptaspekte, die aus der Vorbereitungszeit herausragen: Die Ausarbeitung der Thesen und die Rechenschaftslegung über die Arbeit der Partei auf allen Ebenen zusammen mit der Wahl oder der Bestätigung der Leiter.

Unser Parteitag – keine Funktionärskonferenz

In den Wahlen, die von den landwirtschaftlichen Bezirken aufwärts vorgenommen wurden, wurden in die Leitungskomitees der verschiedenen Ebenen mehr als 6000 Genossen aufgenommen, die bisher noch nicht in Leitungskollektiven tätig waren. Die Zahl der Frauen in den Leitungen unserer Organisationen vervierfachte, die Zahl der Genossinnen, die in der Produktion, im Erziehungswesen oder im Dienstleistungsbereich arbeiten, verdreifachte sich.

Bei den Grundeinheitswahlen wurden 35% der Genossen, die Leitungsverantwortlichkeiten innehatten, bestätigt; davon sind 17% Frauen. Diese Ziffer entspricht ungefähr dem Anteil der Frauen in der Partei, wovon 51% direkt in der Produktion, dem Erziehungswesen oder dem Dienstleistungsbereich arbeiten. Diese verbesserte Zusammensetzung der Leitungen der Grundorganisationen schafft die Voraussetzung zur Schulung und Auswahl von Kadern, die auf Vorschlag der Basis erfolgt und die Eigenschaften, Charakteristika, das politische Bewußtsein, das Verantwortungsgefühl gegenüber der Arbeit, die organisatorischen und Leitungsfähigkeiten eines jeden Genossen prüft. Die Arbeit der Kader ist von außerordentlicher Bedeutung für die gesamte Arbeit der Partei; der Erfolg ihrer Arbeit hängt zum großen Teil von der Zusammensetzung der Leitungskollektive ab sowie von ihren Fähigkeiten, sich den Aufgaben innerhalb der Partei zu stellen und sie zu lösen.

Die Zusammensetzung der Komitees auf mittlerer Ebene – Gemeinden, Regionen und Provinzen – hat infolge des gemeinsamen Fortschritts den Anteil der Frauen in den Provinzkomitees auf 13% angehoben. In den regionalen und Gemeindekomitees



ist dieser Prozentsatz noch höher. Der Anteil der Genossen in den Leitungen auf Provinzebene, die direkt in der Produktion, im Erziehungs- und Dienstleistungsbereich arbeiten, ist ebenfalls auf 13% gestiegen; auf anderen Ebenen liegt er noch höher, in den Gemeindeleitungen erreicht er 29%. Mehr als die Hälfte aller Genossen, die in die Gemeinde-, Regional- und Provinzkomitees gewählt wurden, hatten diesen Organen vorher nicht angehört. Die Gründe hierfür sind, daß ein Teil der Mitglieder der Leitungen wiedergewählt und die Zahl der Leitungsmitglieder erhöht wurde und zwar aufgrund eines veränderten Wahlmodus, so daß alle Kandidaten, die mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhielten, gewählt waren.

Wir wollten diesen Parteitag nicht zu einer Funktionärskonferenz machen. Wir begreifen ihn nicht als einen Parteitag der Leiter der Partei und des Staates, und das schlägt sich in der Zusammensetzung der Delegierten nieder. Die Zusammensetzung des Parteitagess sollte die Zusammensetzung der Partei widerspiegeln, wo die Mehrzahl der Teilnehmer Parteimitglieder sind, die nicht in staatlichen oder Parteileitungen tätig sind: 30% der Delegierten sind politische Leiter, 16% Kader der Verwaltung, 19% arbeiten für die Verteidigung und Sicherheit des Landes und 35% sind in der Produktion, im Erziehungswesen und im Dienstleistungssektor tätig. Von der Gesamtzahl der Delegierten sind etwa 15% Frauen.

Die fundamentale Aufgabe, das politische, ideologische und kulturelle Niveau der Kader und Mitglieder der Partei zu heben, hat in der letzten Zeit reguläre einheitliche und systematische Formen angenommen, obwohl es noch Schwierigkeiten gibt, die in der nächsten Arbeitsperiode gelöst werden müssen.

Heute wird offenbar in der ganzen Partei die Notwendigkeit zu lernen immer mehr erkannt. Die Partei vermag auf diese Weise mit Ideen und der korrekten Orientierung und Kontrolle einen positiven Einfluß auf den Fortschrittsgeist der Mitglieder und Kader des Kommunistischen Jugendverbandes (UJC), der Massenorganisationen und der Beamten im Staatsapparat auszuüben. Wenn andere die Leiter der Partei studieren sehen, werden auch sie angeregt, dasselbe zu tun.

Anstrengungen zur Hebung des ideologisch-politischen Niveaus

Zur Zeit hat die Partei 37 Schulen mit 6144 Schülern im ganzen Land, unter ihnen die Nationalschule „Nico Lopez“, die genau vor 15 Jahren gegründet wurde und die 5 Kurse für 582 Schüler anbietet.

Die Schulen auf nationaler und Provinzebene des Kommunistischen Jugendverbandes (UJC), der Zentrale der Werktätigen Kubas (CTC), der Kubanischen Frauenvereinigung (FMC), der Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR) und der Nationalen Vereinigung der Kleinbauern (ANAP) arbeiten auf ähnliche Weise mit zusammengekommen 1773 Schüler.

Zahlreiche Kader und Funktionäre der Partei nehmen an Kursen

und Übungen in der UdSSR, in der DDR und Bulgarien teil, um Lehrer an diesen Schulen zu werden.

Die politischen Studienzirkel der Partei haben die Organisation, die Kontrolle und die Auswertung verbessert. Seit dem letzten Oktober nahmen an verschiedenen Orten des Landes und am Sitz des Zentralkomitees 27 Fortbildungszentren für politisch-ideologische Bildung ihre Arbeit auf. Die Auswertung dieses Versuchs wird es uns ermöglichen, diese Art der Schulungszentren schrittweise auszuweiten, deren grundlegende Aufgabe es ist, die Mitglieder politisch und theoretisch zu schulen. Wir hoffen, daß 1980 die überwiegende Mehrheit der Parteimitglieder in den drei Stufen, der Grund-, Mittel- und Oberstufe, die im Institut für Parteischulung entwickelt worden sind, Kurse belegen wird. In den nächsten Jahren müssen wir daran arbeiten, die Parteischulen, die Schulen des UJC und der Massenorganisationen wie die Zentren für politisch-ideologische Bildung in Modell-einrichtungen marxistisch-leninistischer Erziehung umzuwandeln.

Wir werden große Anstrengungen bei der Lehrerausbildung unternehmen müssen, indem die Ausbildung mit der Realität des sozialistischen Aufbaus in unserem Land verbunden und die materielle Basis unserer Einrichtungen verbessert wird. Wir müssen bestrebt sein, das Studium der Dokumente des 1. Parteitag in alle politisch-ideologischen Schuleinheiten mit einzubeziehen und die Aufgabe unserer Partei zu erfüllen, allmählich die marxistisch-leninistische Lehre und die politische Erziehung im allgemeinen in den Grund- und weiterführenden Schulen als auch in den Universitäten durch das Erziehungsministerium einzuführen. In Zusammenhang damit steht die marxistisch-leninistische Schulung der Lehrer, Professoren, Wissenschaftler, Journalisten, der Kunst- und Kulturschaffenden.

Wir müssen dem kulturellen Fortschritt der Mitglieder und Kader der Partei besondere Aufmerksamkeit widmen. Was die Kader betrifft, so hat sich ihr allgemeiner Bildungsstand in den letzten Jahren verbessert, aber die Mehrheit erreicht lediglich den Stand des 6. oder 7. Schuljahres. Wir haben der Aufgabe Priorität eingeräumt, sie zumindest zur Erlangung des Abschlusses für eine weiterführende Schule zu ermutigen, was sie in die Lage versetzt wird, ihre kulturelle, technische und wissenschaftliche Ausbildung später mit den Erfordernissen unserer Arbeit voranzutreiben. Um dieses Ziel, den Abschluß für weiterführende Schulen zu erreichen, haben unsere Kader die Unterstützung eines Parteiensystems weiterführender Kurse, das ein systematisches Studium am Arbeitsplatz ermöglicht. Diejenigen, die in einer Universitätsausbildung stehen oder bereits standen, werden ihre Selbststudien weiter fortsetzen anhand der Möglichkeiten, die das Erziehungsministerium und die Universitäten anbieten.

Der Ausbildungsstand der Parteimitglieder und der Kandidaten ist noch ziemlich niedrig, obwohl er sich verbessert hat. Nach den Zahlen für das erste Halbjahr 1975 haben 42% der Parteimitglieder den Ausbildungsstand des 6. Schuljahres erreicht, 20% liegen darunter. 25% haben den Abschluß der Grundstufe und 9% den einer weiterführenden Schule; nur 4% haben eine abgeschlossene Universitätsausbildung. Es ist leicht zu verstehen, daß sich die 20% der Genossen, die den Stand des 6. Schuljahres nicht erreicht haben oder die 62%, die dieses Ausbildungsniveau noch nicht überschritten haben, großen Schwierigkeiten gegenübersehen – unabhängig davon, wie stark ihr Wille und ihre beispielhafte Aktivität ist –, wenn sie die Parteidokumente analysieren und interpretieren, theoretische Probleme meistern, die Wirtschaftspolitik der Revolution verstehen, anwenden und bekanntmachen sollen, wenn sie die notwendigen Kenntnisse über die Grundlagen unserer Innen- und Außenpolitik erwerben und sogar Fortschritte in der eigenen Arbeit erzielen sollen.

Harte Arbeit, Disziplin, Kritik und Selbstkritik bilden ein Ganzes

Natürlich heißt das nicht, daß der Rest von der Pflicht zu lernen entbunden ist. Kein Kommunist ist von der Pflicht befreit, zu studieren und sich permanent mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln weiterzubilden. Es ist notwendig, auf allen Ebenen hart zu arbeiten, wenn wir die Ziele erreichen wollen, die wir uns selbst in der Weiterentwicklung der Bildungsarbeit ge-

stellt haben – insbesondere, daß der Großteil der Parteimitglieder bis 1980 zumindest das 8. Schuljahr abgeschlossen hat. Wir glauben tatsächlich, daß wir in diesem Sinne streng sein müssen. Die einzigen Ausnahmen von dieser revolutionären Verpflichtung sollten nur die Genossen bilden, die wegen ihres fortgeschrittenen Alters, einer schlechten Gesundheit oder wegen anderer, tatsächlich zu rechtfertigender Gründe, nicht studieren können.

Ein sehr wichtiger Teil der Vorbereitung unseres Parteitages war es, daß jede These unseren Parteimitgliedern zur Analyse unterbreitet wurde und in vielen Fällen auch den revolutionären Arbeitern, den Mitgliedern der Massenorganisationen und des UJC. Niemals zuvor hat unser Volk eine ähnliche Erfahrung in einem solchen Maßstab gemacht. In diesen Diskussionen haben die Inhalte der Thesen unserem Volk geholfen, den Standpunkt der Partei zu den grundlegenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Fragen und den Entwicklungsperspektiven des sozialistischen Aufbaus zu verstehen. Die Thesen wurden in 685 241 Versammlungen mit 19 Mio Teilnehmern vervollkommenet.

Die Statuten und die programmatische Plattform der Partei waren unter den Dokumenten, die in Vorbereitung des Parteitages in den Grundorganisationen und Komitees von unseren Mitgliedern und Kadern diskutiert wurden. Die Statuten sind das grundlegende Gesetz des innerparteilichen Lebens. Der Entwurf, der diskutiert wurde, enthält einige wichtige Änderungen in bezug auf die gegenwärtig gültigen Statuten – einerseits um sie den Veränderungen in der neuen politisch-administrativen Verwaltung anzugleichen, andererseits (entsprechend der Parteiorganisationen in den ländlichen Bezirken) um die Rolle der Partei in allen politischen Aktivitäten zu stärken und vor allem in den großen Produktionszentren, in denen wir eine große Zahl von Parteimitgliedern haben, die Arbeit der Partei durch die Bildung von Gruppen zu erleichtern.

Mit völliger Klarheit und mit Strenge halten unsere Statuten am demokratischen Zentralismus als Grundprinzip der Organisationsstruktur der Partei fest. Dies wird durch die Tatsache bestätigt, daß alle diejenigen, die in Leitungspositionen tätig sind, gewählt werden müssen, Rechenschaft vor ihren Wählern und den übergeordneten Organen ablegen, in Übereinstimmung mit der Parteidisziplin arbeiten müssen, an der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit festhalten und sich den Entscheidungen der übergeordneten Organe fügen müssen.

Um die Anwendung des Prinzips des demokratischen Zentralismus zu garantieren, muß in unseren Grundeinheiten und Gruppen die Freiheit der Diskussion, der Kritik und der Selbstkritik gewährleistet sein; Entscheidungen sollten das Ergebnis einer kollektiven Analyse und Übereinstimmung sein. Der Inhalt dieser Diskussionen und Analysen muß grundsätzlich darauf abzielen, die Parteiarbeit innerhalb der Arbeitskollektive zu effektivieren, damit die Partei ihrer Rolle in den Massen gerecht werden kann, um sie zur Durchführung der Aufgaben hinzuleiten, die die Revolution in den verschiedenen Bereichen der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Aktivitäten gestellt hat.

Die Bedeutung der programmatischen Plattform der Partei

Die programmatische Plattform der Partei, die überall unter unseren Mitgliedern und von der ganzen Bevölkerung diskutiert wurde ist das wichtigste Dokument, das diesem ersten Parteitag zur Beratung vorgelegt wurde. Gerade so wie wir in der Vergangenheit – während der schwierigen Tage des Kampfes gegen Tyrannei, Verhaftungen, Exil, der Expedition GRANMA, der Sierra und des Untergrundkampfes und in den ersten Jahren der siegreichen Revolution – das Moncada-Programm, das heute erfüllt ist, hochhielten, muß unsere Partei und unsere Revolution heute diese Plattform als Banner des Kampfes und als Leitlinie für die zukünftige Arbeit hochhalten, eine Plattform, die die Hauptaspekte des historischen Prozesses der Revolution, ihres Charakters und ihrer Arbeit zusammenfaßt. Sie entwirft die grundsätzlichen Aufgaben und die politische Linie, die wir von nun an verfolgen werden, um das wichtigste und unmittelbarste Ziel zu erreichen, das vor unserem Volk steht: den Aufbau des Sozialismus fortzuführen, bis der wesentliche Teil dieser Aufgabe erfüllt und die erste Stufe der kommunistischen Gesell-

schaft erreicht sein wird.

Die programmatische Plattform hat einen außergewöhnlichen politischen und theoretischen Wert. Sie muß von nun an der Leitfaden für die gesamte Arbeit der Partei und der Revolution sein, auf deren Prinzipien und Forderungen die verschiedenen Aktivitäten unseres Volkes basieren müssen, die in den verschiedenen Bereichen, im nationalen wie im internationalen Rahmen in Angriff genommen werden und an deren Aufgaben die einzelnen



Che Guevara



Camilo Cienfuegos

Pläne der verschiedenen Institutionen des Landes orientiert werden müssen. Sie soll das Werkzeug der Partei unter den Massen und für die Erziehung eines jeden ihrer Mitglieder und Kandidaten sein.

Die Perspektiven und Aufgaben, die in der Plattform aufgezeigt sind, können nur durch die vereinte und bewußte Arbeit der Partei und des Volkes Wirklichkeit werden. Dies wird mehrere Fünf-

jahrperioden harte und kreative Arbeit in jedem Bereich der wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Aktivität erfordern.

Das erarbeitete Dokument ist unserer Meinung nach zufriedenstellend. In ihm sind die wesentlichen Elemente eines Programms enthalten, das, vervollkommen und bereichert durch die Erfahrungen der nächsten fünf Jahre, dem zweiten Parteitag 1980 erneut vorgelegt werden soll, um die endgültige Version des Programms der Kommunistischen Partei Kubas für ihre Aufgabe, den Aufbau des Sozialismus in unserem Land anzuleiten, zu formulieren.

Die Statuten und die programmatische Plattform bilden eine solide Basis für den organisatorischen Zusammenhalt, die Disziplin und die einmütige Aktion, die eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse charakterisieren sollte. Aber wir müssen uns darüber im klaren sein, daß ideologische Einheit, die Verbindung von Prinzipien und Idealen, die beste Garantie für beispielhafte Einheit ist, die heute alle Kommunisten brüderlich zusammenhält und die Partei unauflöslich mit den Volksmassen verbindet.

Unsere Ideologie macht uns unbesiegbar!

Der Marxismus-Leninismus, die unbesiegbare Wissenschaft der Revolution und des Kommunismus, ist eine der weitreichendsten historischen Errungenschaften unseres Volkes in seinem gewaltigen, jahrhundertelangen Kampf.

Woher sollte unser Volk die ungeheuere Kraft, den Heroismus und die Einmütigkeit zu siegen oder zu sterben genommen haben, die es in ein Bollwerk verwandelten, das jede imperialistische Aggression und Subversion abschmetterte, wenn nicht aus dem Verständnis der gerechten Ideen der revolutionären Doktrin des Proletariats? Was außer dem unverletzlichen revolutionären Bewußtsein, das der Marxismus-Leninismus unserem Volk gab, hätte uns in die Lage versetzen können, allen Versuchen des Imperialismus, die kubanische Revolution ideologisch zu durchdringen, zu widerstehen?

Die Überzeugung und die außerordentliche Stärke, die das Wissen um die historischen Gesetze uns vermittelt, die Sicherheit, daß die gerechte Sache der Armen unerbittlich vorwärtsdrängt, haben unseren Geist aufgerichtet bei jedem Rückschlag, den wir in unserem Kampf seit den bitteren Tagen nach dem Sturm auf die Moncada-Kaserne erlitten, und uns befähigt, das Unglück zu überwinden und den revolutionären Kampf weiterzuführen.

Von der Ideologie der Arbeiterklasse, ihren edlen Ideen der Befreiung und der menschlichen Solidarität, die Karl Marx und Friedrich Engels begründeten, wurden die ergreifendsten Beispiele von Entsagung und Opferbereitschaft inspiriert. Diese Überzeugung nährte die Kühnheit und die Zuversicht Lenins und der Kämpfer der Oktoberrevolution. Sie bildete die Grundlage für den unübertrefflichen Heroismus des Sowjetvolkes und der Kommunisten vieler anderer Länder im Kampf gegen den Faschismus. Dieses unerschütterliche Vertrauen in die Sache des Volkes hat über Jahrzehnte das großartige und am Ende siegreiche Epos der vietnamesischen Kämpfer gestützt. Es hat den revolutionären Kämpfern, die überall mit den Gerichten der Tyrannei, mit Verhaftung, Folter und Mord rechnen mußten, Mut, Heiterkeit, Optimismus und unnachgiebige Standhaftigkeit verliehen.

Es ist unsere Ideologie, die uns stark und unbesiegbar macht. Laßt uns vor allem um ihre Reinheit kämpfen; laßt sie uns mit unseren bescheidenen Erfahrungen entwickeln; laßt uns unnachgiebig und kompromißlos gegen die reaktionären Ideen des Imperialismus und des Kapitalismus kämpfen, in welcher Form sie auch auftreten mögen!

Noch erwarten große Herausforderungen und Schlachten die Menschheit. Wir leben in einer Periode, in der mehr als je zuvor klar wird, daß die Revolutionäre, die Kommunisten die Pflicht haben, mit ihren Gedanken und Aktionen an vorderster Front zu kämpfen. Wenngleich sich das Kräfteverhältnis geändert hat und sich weiter ändern wird zugunsten des Sozialismus und der Befreiungsbewegung der Völker, wird der Kampf noch lange dauern und insbesondere im ideologischen Bereich in dem Maße wachsen, wie die aggressivsten Kräfte des Kapitalismus erkennen, daß in ihrer Position ständig schwächer wird und wie sie Zuflucht nehmen. Aggressionen, Erpressungen und Drohungen oder zur Anwendung von Gewalt zur Erreichung ihrer politischen Ziele.

Wir dürfen unseren Feind nicht unterschätzen. Noch ist der Imperialismus stark, auch wenn er jeden Tag schwächer wird. Noch verfügt er über zahlreiche wirtschaftliche, militärische und wissenschaftlich-technische Ressourcen und besitzt außerdem ungeheure Erfahrungen im Lügen, Verdrehen und Täuschen, um die Massen zu verwirren und zu desorientieren. Und es fehlt ihm auch nicht an Pseudorevolutionären und Renegaten, die sich selbst scheinheilig hinter ultraradikalen Phrasen verstecken und tatsächlich nichts anderes sind als Agenten der Spaltertätigkeit, der Behinderung und Lähmung der revolutionären Bewegung. Und er verfügt weiterhin über den Reichtum, der der Bourgeoisie die legendäre Entwicklung der modernen Produktivkräfte, die Ausbeutung der Arbeiterklasse und die Plünderung und Verwüstung der Weltressourcen gebracht hat und der nun dazu benutzt wird, den Egoismus, den Individualismus und das irrationale und hemmungslose Konsumstreben unter den armen Klassen zu nähren.

Kubas Revolution vor großen und langwierigen Aufgaben

Kuba – ein Land mit bescheidenen Reserven, das um seine Entwicklung trotz objektiver Grenzen ringt, das nicht nach luxuriösen, sondern nach einem einfachen Leben strebt, einem erfüllten und wertvollen Leben für alle seine Kinder – besitzt seine bedeutendsten Waffen in der Moral, der ideologischen Stärke und der Festigkeit des revolutionären Bewußtseins des Volkes.

Dies bringt für uns eine Vielzahl von äußeren und inneren Aufgaben mit sich: entschlossen jede antikommunistische Äußerung und besonders die giftigen antisowjetischen Kampagnen zu bekämpfen; jeder Bewegung zu begegnen, die versucht, die unterentwickelten Länder und das sozialistische Lager zu spalten und sie gegeneinander aufzubringen; den Verteidigern des gegenwärtigen Kapitalismus und seiner veralteten Ideen, die täglich von der Wirklichkeit verneint werden, die Maske vom Gesicht zu reißen; den Inhalt des heutigen Revisionismus in jeder seiner Varianten zu entlarven und zu zeigen, wem er wirklich dient; den ideologischen Kampf in unserem Land zu verbinden mit den konkreten Aufgaben, die wir in den Bereichen der wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Entwicklung erfüllen müssen; beharrlich und eifrig für den Fortschritt der kommunistischen Haltung unserer arbeitenden Massen zu sorgen, für die Entwicklung eines internationalistischen Bewußtseins, das uns so außergewöhnliche Stärke verleiht und für die Überwindung aller Überreste und Vorurteile, die vielleicht noch in unserer Gesellschaft existieren, wie beispielsweise das Verhältnis zu den Frauen, Subjektivismus, Liberalismus, die Tendenz, den leichtesten Weg wählen zu wollen, bürokratische Praktiken, das Streben nach Privilegien, Eitelkeit und persönlicher Ehrgeiz.

Unsere Partei strebt danach, die Propagandaarbeit und die marxistisch-leninistische Erziehung der Kader und Mitglieder zu verbessern, strebt den Aufbau höherer Institute für die theoretische Arbeit an, die einmal die Aufgabe haben werden, eine hervorragende Rolle bei der Ausarbeitung und Verteidigung unserer Ideen zu spielen.

Kommunistisches Bewußtsein ist nicht automatisches Ergebnis struktureller Veränderungen. Es muß Tag für Tag in den lebendigen Erfahrungen des Klassenkampfes, in der politischen Erziehung und in der Information über nationale und internationale Ereignisse geschmiedet werden. Für diese Aufgabe haben wir die Partei, ihre Abteilungen und ihre Schulen, unsere militante revolutionäre Presse und die Massenmedien. Ebenso zählen wir auf die unschätzbare Beteiligung der Union der Jungen Kommunisten und der Massenorganisationen unserer Arbeiter, Bauern, Frauen, Studenten, Jugendlichen, Kinder – des gesamten Volkes. Außerdem zählen wir auf den außergewöhnlichen Patriotismus unserer Revolutionären Streitkräfte und des Innenministeriums. Wir zählen auf unsere Lehrer, Professoren, Techniker und die anderen Leiter im Bereich der Erziehung. Wir zählen auf die gesellschaftlichen Organisationen unserer Journalisten, Autoren und Künstler. Wir zählen auf unsere Verlags-, Kultur- und Wissenschaftsinstitutionen. Das ist die ungeheure Kraft, auf die sich unsere Revolution stützen kann in der Entwicklung und im siegreichen Kampf unserer Ideen!

Prinzipien und Inhalte unserer Außenpolitik

Es ist wiederholt gesagt worden, daß das charakteristische Merkmal unserer Epoche der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist; es ist eine Periode, in der außerdem im Zuge der Auslöschung der kolonialen Überreste und der neokolonialen Gegenwart, welche der Imperialismus weiten Teilen der Erde aufgezungen hat, die Kämpfe für die nationale Befreiung der Völker intensiviert werden.

In den vergangenen Jahren war das herausragendste Merkmal dieses Übergangs das Abnehmen der internationalen Spannungen. Wenn man diese Entwicklung nicht beachtet, ist es unmöglich, die Entwicklungen in unserer eigenen Region zu verstehen. Während des Besuches des Generalsekretärs der KPdSU, Genossen Leonid Breschnew, in den USA im Jahre 1973, bei dem wichtige Dokumente über die Positionen der UdSSR und der USA bezüglich der nuklearen Abrüstung und der Rüstungsbegrenzung unterzeichnet wurden, machte unsere Partei deutlich, worin Ursprung und Inhalt dieser Entspannung liegen. Wir bestimmten damals, daß Entspannung das Resultat eines langen Kampfes sei, in welchem sich die Prinzipien, die von Lenin bei der Gründung des ersten sozialistischen Staates über die Möglichkeiten und Vorteile der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung aufgestellt worden sind, durchgesetzt haben gegen den harten Widerstand der reaktionärsten Kreise des Imperialismus. Entspannung ist das Resultat der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Erfolge der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, der wachsenden Stärke der UdSSR und der übrigen Staaten des sozialistischen Lagers, der fortschreitenden Schwächung des Imperialismus, besonders des US-Imperialismus, der durch die allgemeine Krise des Kapitalismus und die gegenwärtige internationale Wirtschaftskrise hart getroffen ist.

Wir müssen die Tatsache in Betracht ziehen, daß der Prozeß der Entspannung in wichtigen politischen und wirtschaftlichen Kreisen in den USA ein wachsendes Bewußtsein darüber schafft, daß nur die friedliche Koexistenz es ermöglicht, einen Dritten Weltkrieg und den Gebrauch von Atomwaffen abzuwenden und das Leben des eigenen sozialen Systems zu verlängern. Das Bewußtsein und die wachsende Überzeugung von immer mehr Menschen in den USA, daß diejenigen Kräfte im Pentagon, in der Regierung und die Kreise des militärisch-industriellen Komplexes, die behaupten, daß die historischen Gegensätze zwischen Sozialismus und Kapitalismus mit Waffengewalt gelöst werden können, dumm sind, bringen die zunehmenden Niederlagen des US-Imperialismus zum Ausdruck; denn diese Leute in der Regierung und im Volk haben gesehen, daß der Imperialismus hilflos ist, wenn er sich mit militärischen Mitteln durchzusetzen versucht.

Diese Veränderung im Kräfteverhältnis hat eine entscheidende Rolle bei der vernichtenden Niederlage des Pentagon in Indochina gespielt, besonders im vielbewunderten heldenhaften Vietnam, wo mehr als 500 000 US-Soldaten, ausgerüstet mit den modernsten Waffen, gezwungen wurden, sich mit Schimpf und Schande zurückzuziehen, nachdem sie zuerst den Widerstand und den Willen des vietnamesischen Volkes gespürt hatten, das von der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern sowie einer überwältigenden Woge der öffentlichen Meinung der Welt unterstützt wurde.

Die Siege in Vietnam, Laos und Kambodscha, die Opposition der arabischen Staaten gegen den Versuch der USA, die Macht im Nahen Osten an Israel durch eine bewaffnete zionistische Aggression zu übertragen und die Schwierigkeiten Washingtons, seine Politik der Hegemonie gegenüber Westeuropa und Japan durchzusetzen und beide zu Satelliten zu machen, das alles sind entscheidende Faktoren des Niedergangs der Macht der USA, die der US-Imperialismus zwingen, die Alternative der Entspannung zu akzeptieren. Unser Volk kann stolz darauf sein, ein kleines Stück zu dem historischen Rückzug des US-Imperialismus beigetragen zu haben, indem es bewies, daß ein kleines Volk, nur 90 Meilen von der USA entfernt, ein Volk, das lediglich auf seine moralische Entschlossenheit, bis zum Tode zu kämpfen, und auf die Solidarität der internationalen Arbeiterbewegung vertraut, den imperialistischen Angriff zurückschlagen konnte, der von der gewalttätigsten Macht, die die Geschichte bisher gesehen hat, vorgetragen wurde.

Washingtons militärische und politische Niederlagen, an denen

verschiedene, aufeinanderfolgende demokratische und republikanische Regierungen beteiligt waren, brachten die tiefe moralische und politische Krise der führenden Kräfte der US-Gesellschaft zum Vorschein. Die Gegensätze zwischen den herrschenden Gruppen ermöglichten es, daß Dokumente veröffentlicht wurden, die sonst in den Staatsarchiven geheim geblieben wären. Zuerst die Pentagon-Papiere und dann der Watergate-Skandal zeigten dem amerikanischen Volk ganz deutlich, was jetzt auch der Bericht des Senatsausschusses über die kriminellen Aktivitäten der CIA beweist, daß die „moralischen Motivationen“, welche jahrzehntlang von den Führern der USA angeführt wurden, um ihr Volk in militärische Abenteuer zu stürzen, die rein imperialistische Natur waren, nichts anderes waren als ein Deckmantel, der die verderblichen Ziele, die hinter dieser Politik stehen, verbergen sollte. Im Falle Vietnams zeigten die Pentagon-Papiere, daß aggressive Handlungen wie der „Zwischenfall im Golf von Tonking“ provoziert worden waren.

Der Bankrott der kapitalistischen Wirtschaft

Eine große Mehrheit der Bevölkerung der USA, besonders Teile der Mittelschichten und des Proletariats, nahmen im dem Glauben an dem Kampf teil, daß das Land Washingtons und Jeffersons die historische Verantwortung habe, die Welt gegen die Gefahr jener zu verteidigen, die angeblich versuchten, die Demokratie zu zerstören und eine „kommunistische Barbarei“ einzuführen. Watergate half dem „Mann auf der Straße“ in den USA zu erkennen, daß die US-Gesellschaft keine echte Demokratie ist und daß seine erfundenen Feinde nicht so unheilvoll sind, wie es ihm die Massenmedien vorzumachen versuchten. Der Krieg gegen das vietnamesische Volk, der mit breiter Unterstützung in den USA begann, erzeugte bald ein antiimperialistisches und Anti-Kriegs-Bewußtsein an den US-Universitäten, in den höchsten Kreisen der USA und sogar im wachsenden Maße in der Arbeiterklasse, die getäuscht worden war durch die Vorteile der rücksichtslosen Ausbeutung anderer Länder, was den US-Monopolen erlaubte, einen hohen Beschäftigungsgrad und relativ hohe Löhne aufrechtzuerhalten. Hinzu kamen zur gleichen Zeit Proteste der Neger, der Puerto Ricaner und der Chicanos, die in Vietnam wie vorher schon in Korea als Kanonenfutter mißbraucht wurden und die unter mangelhaften und veralteten Bedingungen, wie sie die USA seit der Depression der 30er Jahre nicht mehr kannten, arbeiten mußten.

Während der vergangenen zwei Jahre ist eine neue Wirtschaftskrise im kapitalistischen System ausgebrochen, die die allgemeine Krise, die mit dem 1. Weltkrieg begann, noch verschlimmert. Diese Wirtschaftskrise ist tiefer und unterscheidet sich von den Krisen der letzten 40 Jahre.

Zum ersten Mal seit der großen Depression gibt es einen gleichzeitigen Rückgang in der Produktion und der wirtschaftlichen Aktivität in den USA, Großbritannien, der BRD, Italien und Japan. Betroffen sind von dieser Krise mehr als 500 Millionen Menschen, 48 % der Weltindustrieproduktion und 46 % des internationalen Handels. 85 % aller Arbeiter der kapitalistischen Länder leben in diesen Ländern.

Diese Krise ist auch durch die Tatsache gekennzeichnet, daß zum ersten Male in der Geschichte des Kapitalismus Rezession, das ist Stagnation oder Rückgang der Produktion, und Inflation zusammen auftreten.

Während die Inflation über 10 % liegt, in manchen Ländern 12 bis 15 % erreicht, ist die Arbeitslosigkeit nach Auskunft der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) die höchste in den letzten 40 Jahren.

Die USA besaßen 1955 drei Viertel aller Welt-Goldreserven, zwanzig Jahre später waren die Reserven auf weniger als 12 Mrd Dollar zusammengeschrumpft – was nicht einmal die Verbindlichkeiten der US-Staatsbank deckt und zur Emission von Papiergeld in Form von Dollars und Eurodollars zwingt, von denen heute sechseinhalbmal soviel vorhanden sind als Goldreserven: 78 Mrd.

Die Imperialisten beabsichtigen, die Schuld an dieser Krise den Entwicklungsländern in die Schuhe zu schieben, die das meiste für den Weltverbrauch nötige Öl besitzen und die den Preis dieses unersetzbaren Rohstoffes plötzlich und drastisch anhoben. Jedoch, wie wir schon vorher gesagt haben, traten Inflation und Stagnation in der kapitalistischen Weltwirtschaft lange vor dem

Ansteigen der Ölpreise auf. Die Krise ist vor allem auf die inflationäre Finanzierung des imperialistischen Krieges gegen Vietnam zurückzuführen, in den die USA mehr als 150 Mrd. Dollar steckten und durch Ausgaben finanzierten, die nicht durch die ökonomische Produktion abgedeckt waren. Mehr noch, da waren die unglaublichen Investitionen für Waffen und das schon erwähnte Problem der Eurodollars, mit deren Hilfe die USA in die europäische Wirtschaft eindringen, indem sie sich in einigen der wichtigsten Bereiche einen festen Stand sicherte.

Tatsächlich verursachten die erhöhten Ölpreise ein Ansteigen der kapitalistischen Produktionskosten um knapp 2 %. Die Auswirkungen waren hauptsächlich in den Zahlungsbilanzen der Wirtschaften der entwickelten Industriestaaten zu spüren, die riesige Mengen Öl importierten – besonders Japan, das über 90 % seines Öls einführt. Jedoch erhöhten alle entwickelten kapitalistischen Länder schnell die Preise für ihre Industriegüter, ganze Werksanlagen, Ausrüstungen und haltbare Güter. Folglich sind die Hauptopfer des Preisanstiegs die Entwicklungsländer oder unterentwickelten Länder wie Indien, Bangla Desh und Guayana, die sich aufgrund der dramatischen und brutalen Ungleichheit, der sie durch den Anstieg der Ölpreise und der Preise ihrer restlichen Importe ausgesetzt waren, katastrophalen wirtschaftlichen Situationen gegenübergestellt sahen.

Der Bankrott der kapitalistischen Wirtschaft hat die Unerbittlichkeit der Vorhersagen, die Karl Marx vor mehr als einem Jahrhundert machte, unterstrichen und steht im Gegensatz zu dem siegreichen ökonomischen Fortschritt der Länder, die in der sozialistischen Gemeinschaft des RGW zusammengeschlossen sind und eine fundamentale Unterstützung in der soliden Entwicklung der Sowjetunion haben.

Obgleich die kapitalistische Krise die sozialistische Gemeinschaft höchstens berühren kann, zeigen auch die Angaben der ökonomischen Entwicklung der Mitgliedsländer des RGW überzeugend, daß, während die entwickelten kapitalistischen Länder unter Stagnation oder Rezession leiden, die Wirtschaft der RGW-Mitgliedsländer nicht nur stetig voranschreitet, sondern ergänzende strukturelle Änderungen durchgeführt werden, die sie zunehmend zu Wirtschaftsmächten machen.

Die Verbindung dieser Faktoren ist es, die ultimativ den herrschenden Trend zur internationalen Entspannung bestimmen, die solche bedeutenden Fortschritte gemacht hat, wie die Ergebnisse der Europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, deren Höhepunkt in Helsinki die Zusammenkunft von Spitzenpolitikern aus kapitalistischen und sozialistischen Ländern war, zeigen.

Entspannung wurde zum großen Teil durch die entschlossene Friedenspolitik der Sowjetunion möglich. Jene Politik, die zur Zeit Lenins begann und ihren ersten Ausdruck im Dekret über den Frieden fand, das vom ersten sozialistischen Staat einen Tag nach seiner Gründung erlassen wurde, kam klar und geschlossen in den Entscheidungen des XXIV. Parteitag der KPdSU zum Ausdruck.

Jedoch heißt internationale Entspannung nicht, daß der Imperialismus seine aggressive Natur verloren hat. Der Frieden wird nicht eher gesichert sein, bis es der Imperialismus – als Ergebnis des internationalen Gleichgewichts der Kräfte – nicht mehr wagt, mit militärischer Aggression das Dilemma zu lösen, das ihn unerbittlich mit seiner Auslöschung bedroht.

Trotzdem sind bedeutende Kräfte, auch in den USA, die den Krieg als Lösung internationaler Probleme predigen, auf der kapitalistischen Seite noch sehr aktiv. Entspannung ist noch kein unwiderruflicher Prozeß. Wir werden kämpfen müssen, um dies zu erreichen. In der Zwischenzeit sucht der Imperialismus, indem er seine Kräfte zusammenzieht, den Verpflichtungen auszuweichen, die er mit der Sowjetunion in dem Salt-Abkommen und der Konferenz in Helsinki einging, und gebraucht sein militärisches und ökonomisches Potential in Abenteuern im Nahen Osten und kürzlich in Angola.

Die Erfolge der Völker Afrikas und Asiens

Die Situation im Nahen Osten – wo die USA mit Hilfe des zionistischen Israel danach trachtet, jenen Teil der Welt in ihre eigene Einflußzone umzuwandeln, die Südflanke der Sowjetunion zu bedrohen, gleichzeitig die arabischen Länder der besetzten Gebiete zu berauben und das palästinensische Volk daran zu hin-

dem, einen eigenen Nationalstaat in dem Land zu errichten, das Israel ihm unter der Mitschuld des internationalen Imperialismus entriß – wird weiter ein gefährlicher Faktor in den internationalen Beziehungen sein.

Nur der feste Stand der Palästinenser, die prinzipielle Politik Syriens und die Unterstützung, die beide von Algerien, Libyen und anderen arabischen Ländern erhalten – wechselseitig unterstützt von der internationalen Solidarität der Völker und der klaren Position der Sowjetunion – haben diplomatische Arrangements in jener Zone verhindert, die die Aufgabe der Rechte der arabischen Länder und Palästinas zugunsten der Kontrolle der Vereinigten Staaten durch ihr Instrument, das zionistische Israel, eingeschlossen hätten.

Der Ehrgeiz des Imperialismus stößt heute auf die Fortschritte, die von den Völkern erzielt wurden, sowohl dort, wo früher sein weites koloniales und neokoloniales Reich war, als auch in der kapitalistischen Zitadelle selbst.

Der Sieg des portugiesischen Volkes gegen die hartnäckige faschistische Tyrannei von Salazar und Caetano zeigte und eröffnete jedem NATO-Mitgliedsland die Möglichkeit einer demokratischen und revolutionären Entwicklung, einer Perspektive, der sich die innere und äußere Reaktion mit Zähnen und Klauen widersetzt.

Die Wahlerfolge der Kommunistischen Partei Italiens; die entscheidende Kraft, die sich in den französischen Wahlen in dem linken Bündnis der Kommunistischen und Sozialistischen Partei zeigte; der Stand der britischen Arbeiterklasse, das teilweise bedeutende Wachstum des linken Flügels in der Labour Party und die Niederlage der griechischen Diktatur sind andere Elemente, die mit immer mehr Kraft in der europäischen Politik wirken.

In Afrika und im Nahen Osten gibt es eine Umkehrung des Prozesses, durch den die Imperialisten glaubten, sie könnten die unabhängige Entwicklung der Völker hemmen und die Länder, die schon die politische Unabhängigkeit gewonnen hatten, in Neokolonien verwandeln.

Algerien ist nicht allein mit seiner fortschrittlichen Haltung. Syrien ist heute ein Bollwerk der arabischen antiimperialistischen Kräfte. Libyen betont immer mehr eine Politik des Widerstands gegen den Imperialismus. Die Volksdemokratische Republik Jemen überwindet Schwierigkeiten und Bedrohungen und rückt zu sozialistischen Umgestaltungen vor. Somalia, ein afrikanisches Land, das zur arabischen Liga gehört, schlägt endgültig eine Politik sozialistischer Veränderungen ein. Der Irak setzt trotz seiner Widersprüche mit Syrien, die seiner arabischen Politik teilweise die Wirksamkeit nehmen, revolutionäre Umgestaltungen in Gang. In Schwarzafrika ist die Isolierung, der Guinea, das von seinem hervorragenden Präsidenten Sekou Toure geführt wird, ausgesetzt war, verschwunden. Die Volksrepublik

Kongo mit einer Partei, die sich dem Marxismus-Leninismus verschreibt, setzt mit ihren Entwicklungsanstrengungen und ihrer internationalistischen Festigkeit ein Beispiel. Die Niederlage der portugiesischen Kolonialisten hat Guinea-Bissau geschaffen, das sich in ein neues revolutionäres Bollwerk verwandelt; und Moçambique, das seine antiimperialistische Position in einer Region von entscheidender Bedeutung verstärkt; und die unabhängige Republik Angola, die sich kürzlich unter der Führung der MPLA in mitten eines schweren und heroischen Kampfes gegen den Imperialismus und seine Agenten in Afrika konstituierte. Mehr noch, Madagaskar hat vor einigen Monaten den Geburtstag einer neuen, antiimperialistischen Regierung erlebt. All dies schafft ein Gebiet fortschrittlich regierter Länder, das Tansanias und Sambias Politik bestärkt und Bedingungen für die Völker Namibias, Zimbabwes und Südafrikas schaffen wird, um der verhaßten Ausbeutung und Apartheid, die ihnen von den reaktionären Regierung Südafrikas und Rhodesiens aufgebürdet werden, ein Ende zu setzen.

Auch in Asien hat der Imperialismus keinen Grund, sich in Sicherheit zu wiegen. Die Niederlage derjenigen in Indien, die Indira Gandhi zu stürzen und die freundschaftlichen Beziehungen der indischen Regierung zur UdSSR zu zerstören versuchten, entzogen ihm ein Mittel, das er in Südostasien noch zu einer Zeit anwenden konnte, als er mit der Ermordung Mujibur Rahmans in Bangla Desh ungestraft davon kam und eine Marionettenregierung zu etablieren versuchte, eine Regierung, die unfähig war, sich zu konsolidieren. In Thailand gewinnen die Volkskräfte mehr und mehr an Bedeutung. Dieses macht den Aufbau der siegreichen Staaten Vietnam, Laos und Kambodscha noch entscheidender, während im äußersten Nordosten die Demokratische Volksrepublik Korea mit ihrer Politik der Wiedervereinigung und ihren ökonomischen und sozialen Errungenschaften die Präsenz der USA im instabilen Südkorea gefährdet.

In Japan eröffnet der wachsende Einfluß der Kommunisten und die wahrscheinliche Einheit von Kommunisten, Sozialisten und anderen demokratischen Kräften eine hoffnungsvolle Perspektive.

All dieses spiegelt sich in der Situation Indonesiens, Malaysias, der Philippinen und anderer ehemaliger Kolonialgebiete wider.

Dies ist der Kontext, in dem sich unsere Bemühungen, den Aufbau des Sozialismus auf dem amerikanischen Kontinent voranzutreiben, entwickeln.

Welcher Unterschied besteht zur Zeit von 1959–1962, als die Imperialisten noch glaubten, unsere Anstrengungen, die Unabhängigkeit zu erlangen und unseren sozialistischen Weg einzuschlagen, zunichte machen können; zuerst durch den Abbruch der Brennstoffversorgung und den Abnahmestopp für Zucker und danach durch militärische Aggression, Attentatspläne sowie durch diplomatische und politische Isolation.

Lateinamerika – „Revolution in Freiheit“

Lateinamerika ist heute ein verschiedenartiges Gebiet. Wenn die Isolationspolitik gegenüber Kuba, die die USA vor 13 Jahren in der sogenannten Organisation Amerikanischer Staaten, der verkommenen OAS, durchzusetzen begannen und die mit den Ereignissen von 1964 ihren Höhepunkt zu erreichen schien, gescheitert ist, liegt das sowohl an der Standhaftigkeit unseres Volkes, das sich mit der Hilfe und der Solidarität derer, die wir früher erwähnt haben, den militärischen Angriffen, der politischen Isolierung und der ökonomischen Blockade zu widersetzen mußte, als auch an den tiefgreifenden Veränderungen, die im internationalen Rahmen stattgefunden haben.

Lateinamerika befindet sich heute nicht am Vorabend unmittelbarer grundlegender Veränderungen, die wir in Kuba schnell zu sozialistischen Umgestaltungen führen. Es ist klar, daß solche Umwandlungen in einiger lateinamerikanischen Ländern nicht unmöglich sind.

Aber der entscheidende Faktor in unserem Amerika ist vor allem ein allgemeines Bewußtsein, nicht nur in der Arbeiterklasse und den Völkern, sondern auch in den Schlüsselpositionen einiger Regierungen, daß der Interessenkonflikt zwischen Lateinamerika als ganzem (und jedem einzelnen unserer Länder) und der Politik des Yankee-Imperialismus nicht gelöst werden kann durch Ausverkauf oder Aussöhnung, sondern gemeinsamen Widerstand erforderlich macht, der sich schon überall formiert.



Auf Umwegen

Handelsblatt: Benesch



Die Zeiten sind vorbei, in denen die lateinamerikanische Bourgeoisie glaubte, in der sogenannten „Allianz für den Fortschritt“ ein Mittel gefunden zu haben, mit trügerischer US-Hilfe den Umschwung, der im revolutionären Kuba stattfand, verhindert zu können. Das Experiment einer vermeintlichen „Revolution in Freiheit“, mit der die USA in Chile Herrn Frei als eine Gegenkraft zum Sozialismus in Kuba einzurichten versuchten, ist gescheitert. Das brasilianische „Wunder“ zerbricht.

Während die Massen der Arbeiter und Bauern Lateinamerikas ihren Kampf fortsetzen, treten jetzt Regierungen auf, die in einigen Fällen inspiriert sind durch politische Konzeptionen, die zu sozialistischen Erwartungen führen, die sich in anderen Fällen von einer antiimperialistischen Idee und von der Verteidigung der Naturreichtümer und Ökonomien ihrer Länder in einem rein nationalistischen Sinne leiten lassen. Im ganzen betrachtet bilden diese politischen Konzeptionen die Grundlage für eine weitgehende Einheit Lateinamerikas, die der imperialistischen Politik Widerstand leistet und sie zerschlägt, und die unvermeidlich zu den in Lateinamerika drängenden tiefgreifenden sozialen Umgestaltungen ihren Beitrag leistet.

Die Regierung von Peru unter der Leitung von General Morales Bermudez und der ihm nahestehenden Genossen vertieft und setzt den Prozeß fort, der im Oktober 1968 durch eine Gruppe von Militärs eingeleitet wurde, die mit ihrem Beispiel eine neue Ära eingeleitet haben, was die Stellung gewisser militärischer Kräfte in Lateinamerika betrifft.

In Panama ist der Kampf für die Souveränität der Kanalzone unter der Führung von General Torrijos Symbol des Kampfes für die volle nationale Unabhängigkeit und den Fortschritt.

Die Nationalisierung von Erdöl und Eisen in Venezuela ist trotz aller Begrenztheit eine Entwicklung, die eine neue Richtung in der venezolanischen Politik, die über so viele Jahre hinweg den Erdölkonzernen untergeordnet war, einleitet.

Die Errichtung unabhängiger Staaten in der Karibik, die mit der Anerkennung Kubas gegen den Protest Washingtons ihre Entschlossenheit, unabhängig zu sein, demonstrierten, unterstützt diese kontinentale Strömung.

Präsident Echeverria machte die internationale Position Mexikos mit aller Kraft deutlich, als er die Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten vorlegte, die der XXIX. Sitzungsperiode der UNO als Entscheidungsgrundlage diente. All das fand seinen Ausdruck in dem kürzlichen Treffen in Panama, auf dem die SELA (Lateinamerikanisches Wirtschaftssystem) gegründet wurde. In dem Augenblick, in dem das Scheitern der OAS unwiderlegbar ist, erhält Lateinamerika durch die

Gründung der SELA zum erstenmal ein eigenes Organ, sich zu artikulieren, ein Organ, das nicht nur auf die Analyse und die Projektion der lateinamerikanischen Positionen auf ökonomischem Gebiet beschränkt bleiben wird, sondern das notwendigerweise auch ein unvermeidliches politisches Echo haben wird. Die Tatsache, daß alle Länder Lateinamerikas und der Karibik Mitglieder der SELA sind, gibt einen Eindruck von der Kraft, die wir in der Verteidigung unserer Interessen gegenüber der traditionellen Unterdrückung und Ausbeutung durch den US-Imperialismus erlangen.

Die Pflicht gegenüber den Prinzipien des proletarischen Internationalismus

Der Ausgangspunkt der kubanischen Außenpolitik ist, wie aus unserer programmatischen Plattform hervorgeht, die Unterordnung kubanischer Positionen unter die internationalen Notwendigkeiten des Kampfes für den Sozialismus und die nationale Befreiung der Völker.

Kuba, das seine internationale Solidarität immer in allen möglichen Formen – durch Blut, Arbeit und technische Zusammenarbeit – bewiesen hat, wird fortfahren, diese Prämisse zur Grundlage seiner internationalen Haltung zu machen.

Unser Volk hat in dieser historischen Periode mit Nachdruck und ohne jegliches Zögern seine Pflicht gegenüber den Prinzipien des proletarischen Internationalismus und der revolutionären Weltbewegung erfüllt und wird das in Zukunft weiterhin tun.

Unsere Teilnahme an der internationalen kommunistischen Bewegung und der Allianz jener antiimperialistischen und progressiven Kräfte, die in Asien, Afrika und Lateinamerika ebenso wie in den entwickelten kapitalistischen Ländern heute für nationale Befreiung, für Frieden und demokratischen Fortschritt der Menschheit arbeiten, spielt eine einzigartige Rolle bei der Verwirklichung dieser internationalen Politik.

Die Kommunistische Partei Kubas versteht sich als bescheidene, aber zuverlässige Abteilung der internationalen kommunistischen Bewegung. Der proletarische Internationalismus drückt sich vor allem aus in der notwendigen Einheit, im Zusammenhalt und in der Festigkeit derer, die in allen Teilen der Welt die Fahnen von Marx, Engels und Lenin ergriffen haben und für die Verwirklichung des revolutionären Programms, das jene der Menschheit vorschlugen, ihre Kräfte und sogar ihr Leben einsetzen. Zusammen mit den Kommunisten in aller Welt beteiligt sich unsere Partei an diesem Programm in vollständiger Unabhängigkeit ihres Urteils, aber zugleich in voller Ergebnisheit zur gemeinsamen Sache.

Wir glauben, daß die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung auf der Grundlage der Prinzipien von Marx, Engels und Lenin eine unerläßliche Bedingung für den Sieg der Kämpfe der Völker ist, und wir weisen deshalb auf das Schärfste alle Versuche zurück, die Einheit der kommunistischen Kräfte in der internationalen Arena zu schwächen oder die ruhmreiche Rolle, die die KPdSU in der zeitgenössischen Geschichte gespielt hat, herabzumindern oder zu verleumdern – wie wir es auch bei der jüngsten Konferenz der kommunistischen Parteien Lateinamerikas unterstrichen haben.

Unsere Partei schließt sich prinzipiell der Friedenspolitik an. Die Kommunisten mußten im Laufe der Geschichte hart kämpfen, um die Revolution durchzuführen, und ihre Sache angesichts der internationalen Aggression heroisch zu verteidigen, angefangen bei der Pariser Kommune bis hin zu Vietnam. Aber der Krieg zur Lösung internationaler Konflikte, der den Ausbeutersystemen eigen ist und die Menschheit über Jahrtausende heimgesucht hat, ist der marxistisch-leninistischen Ideologie völlig fremd. Marx setzte Sozialismus und Frieden in eins, und das allererste Dekret der damals gerade geborenen Sowjetmacht, das im Oktober 1917 von Lenin selbst geschrieben wurde, war ein historischer Ruf nach Frieden, das sich im Namen aller Arbeiter und Bauern ganz Rußlands an die Völker der Welt richtete und insbesondere an diejenigen, die sich damals im Krieg mit dem Russischen Reich befanden.

Der Frieden hat für die kubanischen Kommunisten und für das kubanische Volk eine universelle Bedeutung. Deshalb muß er in alle Winkel der Welt getragen werden und alle Völker in gleicher Weise beglücken.

Wenn wir dies erklären, stimmen wir natürlich nicht denen zu, die

im Namen der notwendigen Universalität des Friedens die entscheidende Rolle der UdSSR in der internationalen Politik und die ungeheuren Anstrengungen leugnen, die die UdSSR unternimmt, um durch zweiseitige Verhandlungen mit den USA die Gefahr eines Weltkonflikts zu reduzieren.

Seit der erste sozialistische Staat der Welt zu existieren begann, hat er nicht nachgelassen in seinem Kampf für den Frieden. Und das trotz der Tatsache, daß er sich in den ersten Jahren mit der Intervention zahlreicher ausländischer Mächte konfrontiert sah, später dann in den zerstörerischen Krieg verwickelt wurde, den ihm der Faschismus aufzwang und danach von aggressiven Stützpunkten und Atomwaffen umgeben war, als der durch große Opfer errungene Sieg dem Volk die Aussicht auf ein Minimum an Sicherheit und Ruhe gab. Kein Volk hat sich so nach Frieden gesehnt und so den Frieden verteidigt wie das sowjetische Volk. Kein Volk hat die Grausamkeit und den Schrecken des Krieges so kennengelernt wie das sowjetische Volk.

Im Gegensatz zu kapitalistischen Staaten hatte der sowjetische Staat weder Investitionen zu verteidigen noch mußte er Rohstoffen nachjagen; weder war er auf den Reichtum anderer Länder angewiesen noch war er gezwungen, eine ökonomische Krise zu bewältigen; und es gab keine Notwendigkeit, aus reinem Profitdenken oder um die Wirtschaft neu zu beleben, Waffen zu produzieren, wie das so häufig in einem kapitalistischen System der Fall ist. Was das sowjetische Volk brauchte, war Frieden, um sich der schöpferischen Arbeit widmen zu können, um seine unendlichen natürlichen Ressourcen als materielle Basis seiner sozialen Hoffnungen zu entwickeln.

Die Geschichte beweist außerdem, daß der Sozialismus es im Gegensatz zum Kapitalismus nicht nötig hat, sich durch Kriege oder Eroberungen durchzusetzen. Es sind die Völker selbst, die den Sozialismus errichten, und es sind die Imperialisten, die dessen Errichtung durch die Anwendung von Gewalt von außen zu verhindern suchen. Wer hat den Sozialismus Kuba aufgezwungen? Wer hat ihn Vietnam, Kambodscha und Laos aufgedrängt? Wer hat ihn der Volksdemokratischen Republik Jemen, Algerien, Somalia, der Volksrepublik Kongo, Moçambique, Angola, Guinea-Bissau und anderen Völkern aufgezwungen, die ihre Absicht, den Sozialismus aufzubauen, kundgetan haben?

Sowohl in den entwickelten kapitalistischen Ländern als auch in den unterentwickelten Nationen der Welt erreichen die sozialistischen Ideen mehr und mehr Ansehen und Kraft. Wer kann die zukünftigen Veränderungen verhindern? Wer hat es nötig, diese Veränderungen von außen mit Hilfe von Krieg durchzusetzen? Die Solidarität und Unterstützung, die die Völker, die einer Aggression ausgesetzt sind, brauchen und von anderen revolutionären Völkern erhalten, sind etwas ganz anderes. Darin besteht gerade der proletarische Internationalismus, den die revolutionäre Weltbewegung ohne Zögern und Schwanken praktizieren sollte.

Es gibt Leute, die bedauern, daß die UdSSR ein mächtiger Staat ist. Diese gewaltige Macht erlangte die UdSSR auf ökonomischem Gebiet durch die ergebene Arbeit ihrer Söhne, ohne die Arbeitskraft anderer Völker auszubehuten. Auf militärischem Gebiet ist diese Macht dringend notwendig, um sich gegen Intervention, Invasionen und Einkreisung durch strategische Stützpunkte des Imperialismus zu verteidigen.

Wir Kubaner bedauern, daß der Yankee-Imperialismus, der Feind der Völker, so mächtig ist. Aber kein echter Revolutionär in irgendeinem Teil der Welt wird je bedauern, daß die UdSSR so mächtig ist, denn wenn es diese Macht nicht gäbe, hätte die Menschheit sich nie vom Faschismus befreien können; die Völker, die in den letzten 30 Jahren für ihre Befreiung gekämpft haben, hätten von niemandem entscheidende Hilfe bekommen können; die imperialistischen Staaten hätten die Welt erneut unter sich aufgeteilt; und alle die kleinen unterentwickelten Völker – von denen es viele gibt – wären erneut zu Kolonien geworden. Deshalb unterstützen wir die Außenpolitik der UdSSR und ihre neuen Anstrengungen, den Frieden zu erringen und einen Weltkrieg zu verhindern; diese Idee des Weltkrieges, die sich nur in den Hirnen von verzweifelten reaktionären Hitzköpfen aufhalten kann, die ohnmächtig gegenüber dem unabänderlichen Lauf der Geschichte sind und das Ende der Menschheit dem Ende der Ausbeutung, dem Ende des unmenschlichen und erniedrigenden Gesellschaftssystems, das der Kapitalismus der Welt aufgezwungen hat, vorziehen.

Nie zuvor war der Kampf für den Frieden so notwendig, weil die Waffen nie zuvor eine solch zerstörerische Macht erreicht hatten und das Risiko, die Menschheit zu vernichten, potentiell nie so groß war.

Die Hilfe der sozialistischen Gemeinschaft

Der Kapitalismus hat keine Zukunft. Die Zukunft gehört dem Sozialismus. Den Frieden verteidigen bedeutet die Zukunft verteidigen. Am Anfang sahen wir selbst, aufgebracht und empört über die permanente imperialistische Aggression, diese Fragen nicht mit der gleichen Klarheit, wie wir sie heute sehen.

Die Kommunistische Partei Kubas unterstützt alle Anstrengungen, die auf internationaler Ebene gemacht werden, um eine allgemeine und vollständige Abrüstung zu erreichen, auch dann, wenn das noch als weitentfernte Möglichkeit erscheint; und Kuba hat in der UNO die Vorschläge der UdSSR unterstützt, die die Möglichkeit beinhalten, einen Teil der enormen Rüstungsetats der kapitalistischen und sozialistischen Länder, die gegnerischen Pakten angehören, für die internationale Entwicklung zur Verfügung zu stellen. Wir begrüßen deshalb die Erfolge der Europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, und wir werden unsererseits alles Notwendige unternehmen, um deren Ergebnisse auszubauen und zu festigen, als Teil des notwendigen Kampfes, die Entspannung unumkehrbar zu machen. Mit diesen Prinzipien als Ausgangspunkt ist unsere internationale Politik ganz klar.

Diese Politik basiert zuallererst auf der unzerbrechlichen Freundschaft mit der Sowjetunion, der Bastion des weltweiten Fortschritts, die angesichts der Aggression des mächtigsten imperialistischen Landes der Welt zum Überleben der kubanischen Revolution beigetragen hat. Gleichzeitig halten wir enge Beziehungen zu den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft, die im RGW zusammengeschlossen sind. Die CSSR und die DDR haben uns im Laufe der Jahre mit Technologien und Erzeugnissen unterstützt, die zum ökonomischen Fortschritt beigetragen haben und die uns halfen, die Importe zu ersetzen, die uns die Imperialisten verweigerten, als sie mit ihrer Blockade versuchten, unsere Wirtschaft zu ruinieren. Die CSSR, die DDR, Polen, Ungarn und Rumänien haben von Anfang an mit uns zusammengearbeitet, als Washington glaubte, uns durch Streichung der Zuckerquoten zum Aufgeben zwingen zu können. Aus diesen Ländern kamen Techniker und Wissenschaftler zu uns, die uns in der Forschungsarbeit und bei technologischen, landwirtschaftlichen, industriellen und geologischen Aufgaben unterstützten. Mit Bulgarien teilen wir die engen Bindungen von Ländern, die, wenngleich sie über ähnlich patriotische und revolutionäre Tradition verfügen und Ähnlichkeiten in der Größe ihres Territoriums und ihrer Bevölkerung aufweisen, dennoch einen ungleichen Entwicklungsstand haben. Tausende von bulgarischen Technikern – mehr als aus jedem anderen Land, ausgenommen die UdSSR – haben uns geholfen, unsere Landwirtschaft umzugestalten, Dämme und Straßen zu bauen, und sich in allen wichtigen Bereichen unserer Wirtschaft engagiert.

Wir sind mit all diesen Ländern und mit der brüderlichen mongolischen Republik durch unzerbrechliche Bindungen vereint, die sich durch unseren Beitritt zum Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe vor zwei Jahren noch weiter gefestigt haben. Unsere Mitgliedschaft im RGW wird für Kuba reiche Früchte tragen, wenn in der kommenden Fünfjahrperiode unsere Nickelförderungsanlage mit einer Jahresproduktion von 30 000 t dank der gemeinsamen Anstrengungen von fast allen Mitgliedsstaaten in Betrieb genommen werden kann.

Die Kubabesuche der Genossen Todor Shiwkow, Erster Sekretär der Kommunistischen Partei Bulgariens; Yumzhaaguin Zedenbal, Erster Sekretär der Revolutionären Volkspartei der Mongolei; Erich Honecker, Erster Sekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands; Gustav Husak, Erster Sekretär der Kommunistischen Partei der CSSR; Nicolae Ceaucescu, Generalsekretär der Rumänischen Kommunistischen Partei und Edward Gierek, Erster Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei gaben unserem Volk die Möglichkeit, ihrer brüderlichen Gefühle unseren sozialistischen Bruderländern gegenüber auszudrücken, wie es das auch getan hat, als der Ministerpräsident von Vietnam, Genosse Pham Van Dong unser Land besuchte.



* Lenin-Hospital * - die Ausrüstung ist ein Geschenk der Sowjetunion

Die explosive nationale Freude, die der Besuch des Genossen Leonid Iljitsch Breschnew, Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auslöste, bekräftigte die tiefe Identifikation unseres Volkes mit der Partei Lenins und den fortschrittlichen Ideen, an denen die Führer der KPdSU während dieser ganzen Zeit festhielten. Heute erneuern wir diese Verbundenheit mit den Repräsentanten der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

Unsere Beziehungen zu den Nichtpaktgebundenen Staaten

Unsere Außenpolitik vereint uns mit allen antiimperialistischen und fortschrittlichen Regierungen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas insbesondere mit denen, die die Bewegung der Nichtpaktgebundenen Staaten bilden.

Eng sind unsere Beziehungen zur Demokratischen Volksrepublik Algerien und ihrem Präsidenten, unserem Freund Houari Boumedienne; zur hervorragenden Regierung Syriens, die von Präsident Assad geführt wird; zum Irak und seinem Präsidenten Al Bakr und seinem Ministerpräsidenten Saddam Hussein; zur Volksdemokratischen Republik Jemen und ihrem Führer Robaya sowie unserem lieben Genossen Fatah Ismail, dessen Anwesenheit auf diesem Parteitag uns außerordentlich ehrt, den wir grüßen und dem wir unseren Dank und solidarische Gefühle übermitteln.

Wir haben feste freundschaftliche Beziehungen mit vielen afrikanischen Ländern: mit der Regierung Somalias, die von Siad Barre geleitet wird; mit der Republik Guinea, deren angesehener Präsident Sékou Touré einer der ersten war, der nach Kuba kam, um seine Solidarität mit seiner Anwesenheit zu unterstreichen; mit der Volksrepublik Kongo und ihrem Präsidenten Ngoubi, der durch seinen letzten Besuch auf Kuba die Freundschaft, die in den Tagen der Konferenz von Algier entstanden war, festigte; mit Tansania und Sambia, mit denen, auf Grund von Zusammen-

künften mit den Präsidenten Nyerere und Kaunda und durch deren Besuche in unserem Land, Verbindungen der ständigen Zusammenarbeit sich entwickelten; mit Guinea-Bissau, mit dem uns nicht nur unsere gemeinsamen Ziele verbinden, sondern auch die Erinnerung an seinen ersten Führer, an den guten Freund der kubanischen Revolution Amilcar Cabral und die Erinnerung an die enge Brüderlichkeit, die inmitten des Kampfes geboren wird.

Wir vertrauen auf den Sieg des Volkes von Angola unter der Führung von Agostinho Neto und der MPLA und sind bereit, ihm weiterhin alle Hilfe zu geben, die es in seinem heroischen Kampf für die Festigung von Unabhängigkeit und Fortschritt braucht. Mit der Republik von Moçambique und ihrem Staatschef Samora Machel sind neue Beziehungen entstanden. Im Gefolge der Umgestaltungen in Madagaskar haben wir Beziehungen hergestellt, von denen wir erwarten, daß sie mit der Regierung Didie Ratsiraka noch enger werden.

Die Länder Asiens, die eine unabhängige Außenpolitik betreiben, insbesondere die, die zur Bewegung der Blockfreien gehören, sind Teil unseres Systems von Beziehungen auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms.

Wir unterhalten freundschaftliche Beziehungen zu Indien und Sri Lanka und zu ihren Staatsführungen, Frau Indira Ghandi und Frau Sirimavo Bandaranaike. Wir haben begonnen, Beziehungen zu Burma, zum Königreich von Nepal und zu Malaysia herzustellen. Nach der Abtrennung von Bangla Desh nehmen wir wieder Beziehungen zu Pakistan auf. Der Tod von Mujibur Rahman hat uns bewegt; wir hoffen jedoch, daß sich in Bangla Desh der Weg der Verteidigung der nationalen Interessen und der demokratischen Veränderungen, den er zu beginnen wünschte, festigen wird.

Unterschiedliche politische Auffassungen auf vielen Gebieten haben uns nicht daran gehindert, Beziehungen – die wir auszuweiten hoffen – mit solchen Ländern der Bewegung der Blockfreien zu entwickeln wie mit dem Iran, mit Tunesien und Uganda.



Salvador Allende bei seinem Besuch in Kuba

Wir wissen um den heterogenen Charakter der Bewegung der Nichtpaktgebundenen Länder, aber wir wissen auch, daß selbst Länder, die durch tiefe soziale Unterschiede gekennzeichnet sind, gemeinsame Widersprüche zum Imperialismus haben, die sie uns ebenso wie anderen Ländern der Bewegung näherbringen. Wir sind bereit, in diesem Sinne so weit wie möglich zusammenzuarbeiten, wie wir mit all denen zusammenarbeiten, die danach streben, die Bewegung der Blockfreien zu einem Instrument zu machen, mit dessen Hilfe die Länder, die mehr als 100 Jahre ausgebeutet wurden, die letzten Spuren imperialistischer Herrschaft auslöschen können.

Im Bündnis mit den sozialistischen Ländern, mit der Arbeiterklasse und mit den Volksbewegungen der entwickelten kapitalistischen Länder werden wir zur Herstellung eines neuen Systems der internationalen Beziehungen, einer neuen wirtschaftlichen Ordnung beitragen und die Voraussetzungen für einen allgemeinen Fortschritt in die sozialistische Zukunft schaffen. Die Anwendung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in unserer Außenpolitik erfordert es, daß unsere Beziehungen durch ideologische Differenzen nicht eingeschränkt werden (...).

Wachsender Respekt für die standhafte und unabhängige Position Kubas

Heute, zum Zeitpunkt unseres 1. Parteitags, stellen wir fest, daß die US-amerikanischen Anstrengungen, das revolutionäre Kuba von den Völkern Lateinamerikas zu isolieren, eine fast vollständige Niederlage erlitten haben. Zur Bewunderung durch die Völker kommt nun der immer größer werdende Respekt ihrer Regierungen und ein sich vertiefendes Verständnis für die Rolle, die Kubas standhafte und unabhängige Position bei der notwendigen gemeinsamen Verteidigung der ökonomischen und politi-

schen Interessen unserer Länder gespielt hat oder spielen kann. Wir möchten gerne nochmals der Loyalität der mexikanischen Regierung gegenüber den Traditionen, die in diesem Land seit den Tagen von Benito Juárez hochgehalten werden, unseren Tribut zollen; Traditionen, die durch den berühmten Mexikaner Lázaro Cárdenas so entschlossen hochgehalten worden sind. Mexikos Ablehnung der Entscheidungen der OAS ehrt diese Regierung. Wir möchten hinzufügen, daß Präsident Licentiate Luis Echeverría gegenüber Kuba eine Politik der Freundschaft und Zusammenarbeit verfolgt hat, die das kubanische Volk bei seinem Besuch in unserem Land beantwortete, indem es ihn mit der brüderlichen Freude, die seinem Standpunkt gebührt, willkommen hieß.

Die Regierung der Streitkräfte Perus und die Regierung Panamas stellten ihre unabhängige Haltung in der internationalen Politik unter Beweis, als sie ihre Beziehungen zu Kuba wiederherstellten, noch bevor die OAS ihre Position in dieser Frage abänderte. Dies bekräftigt den Willen zur Veränderung, der beide Länder erfüllt. In ähnlicher Weise hat die Position der Länder des Karibischen Raums, die auf der Konferenz von Caracas durch den Ministerpräsidenten Eric Williams sowie durch Jamaica, Guyana und Barbados zum Ausdruck gebracht wurde, dazu beigetragen, daß die Sanktionen zurückgedrängt wurden, die Washington jenen lateinamerikanischen Regierungen auferlegt hatte, die nicht davor zurückschrecken, ihre Völker in einer würdigen Art und Weise zu vertreten. Die Treffen mit den Ministerpräsidenten Manley und Burnham in Guyana, Algier und Havanna stärkten unsere karibischen Beziehungen, genauso wie die kürzlich in Havanna erfolgte Gründung eines Komitees für Entwicklung und Zusammenarbeit des karibischen Raumes.

Die Wiederherstellung der Beziehungen mit Venezuela freut uns und stimmt mit der Politik der Verteidigung des nationalen

Reichtums überein. Diese Politik wurde von dem ehemaligen Präsidenten Carlos Andrés Pérez eingeleitet und von der Regierung López Michelsen im gleichen Sinne fortgesetzt.

Unsere Anerkennung gehört denjenigen, die in Quito gegen die Blockadepolitik gestimmt haben. Dieses Verhalten hatte für die darauffolgenden und jüngst abgeschlossenen Verträge eine große Bedeutung.

Es ist selbstverständlich, daß wir an keinerlei Beziehungen zur faschistischen chilenischen Junta interessiert sind. Wir unternehmen vielmehr alle Anstrengungen, um die Isolierung und Niederlage derjenigen zu erreichen, die versucht haben, mit einem Blutbad den chilenischen Weg zu blockieren, einen Weg zu vollständiger Unabhängigkeit und sozialen Veränderungen, die unerbittlich eintreten werden. Die „breiten Alleen“, von denen Präsident Allende sprach, werden vom chilenischen Volk vielleicht eher beschritten, als seine feigen Mörder denken.

Zusätzlich zu unseren Beziehungen mit den bereits genannten Ländern unterhalten wir feste Beziehungen in dieser Hemisphäre mit den Kräften, die für die Unabhängigkeit unseres Brudervolkes von Puerto Rico kämpfen, mit dem wir hier unsere feste und unverbrüchliche Solidarität ausdrücken.

Letztendlich bleibt auf dem Gebiet der internationalen Politik für uns noch übrig, vor unserem Parteitag Kubas wohlbekannten Standpunkt zu wiederholen, was das Problem unserer Beziehungen mit den Vereinigten Staaten betrifft – oder besser: unseren „Mangel an Beziehungen“. Wir fügen hinzu, daß es nicht Kuba war, das die Beziehungen unterbrochen und die Kette der Aggressionshandlungen – denen wir eine Niederlage beigebracht haben – begonnen hat. Und es ist die Pflicht anderer, diese Politik ein für allemal zu beenden. Wir haben eine zusammenfassende Darstellung dieser Aggressionshandlungen gegeben. Aber wir verstehen, daß es unsere Pflicht als Mitglied der internationalen Gemeinschaft ist, offen zu sein gegenüber der Beilegung dieses Problems, das einmal den Weltfrieden gefährdet hat.

Mehr als einmal haben Journalisten aus den USA und sogar Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses der USA in Gesprächen diese Frage aufgeworfen und sich gefragt, ob Kuba an der Wiederaufnahme dieser Beziehungen interessiert ist oder nicht – und, wenn ja, wie groß die wirtschaftlichen Vorteile sind, die wir davon zu erwarten hätten. Darum geht es nicht. Es besteht kein Zweifel daran, daß nach der Aufnahme von normalen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba, nach der Wiederaufnahme von finanziellen und kommerziellen Beziehungen unser Land die Möglichkeit hätte, Technologien zu benutzen, die uns heute aufgrund der Yankee-Blockade unzugänglich sind oder Fabrikanlagen bzw. Maschinen mit geringeren Transportkosten oder günstigeren Finanzierungsbedingungen zu erwerben. Aber diesem wichtigen Problem liegt zuallererst unsere prinzipielle Politik zugrunde. Wenn sich dieses Volk während der Invasion in der Schweinebucht von einem Ende der Insel zum anderen erhoben hat und bereit war, während der Oktober-Krise der nuklearen Vernichtung entgegenzutreten, so kann man, nachdem diese Drohungen auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet sind, nicht erwarten, daß es heute unwürdige Bedingungen akzeptieren wird, um etwas zu reparieren, was die andere Seite brutal zerbrochen hat.

Wir wiederholen, daß wir bereit sind zu verhandeln, aber wir bekräftigen hier ebenfalls vor unserem Parteitag, vor dem ganzen kubanischen Volk, daß diese Verhandlungen nur stattfinden können, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten die Blockadepolitik im wesentlichen aufgibt. Es geht nicht darum, die Schritte zu zählen, die jeder zu machen hat. Würde man Maß anlegen, so hätte die andere Seite noch viel vor sich, bis sie das eingelöst hätte, was die internationale Gerechtigkeit verlangt. Es handelt sich darum, unter gleichen Bedingungen zu verhandeln, und wir haben immer gesagt, daß die Blockade für uns ein Messer am Hals ist, das eine Verhandlungsatmosphäre schafft, die wir niemals akzeptieren werden.

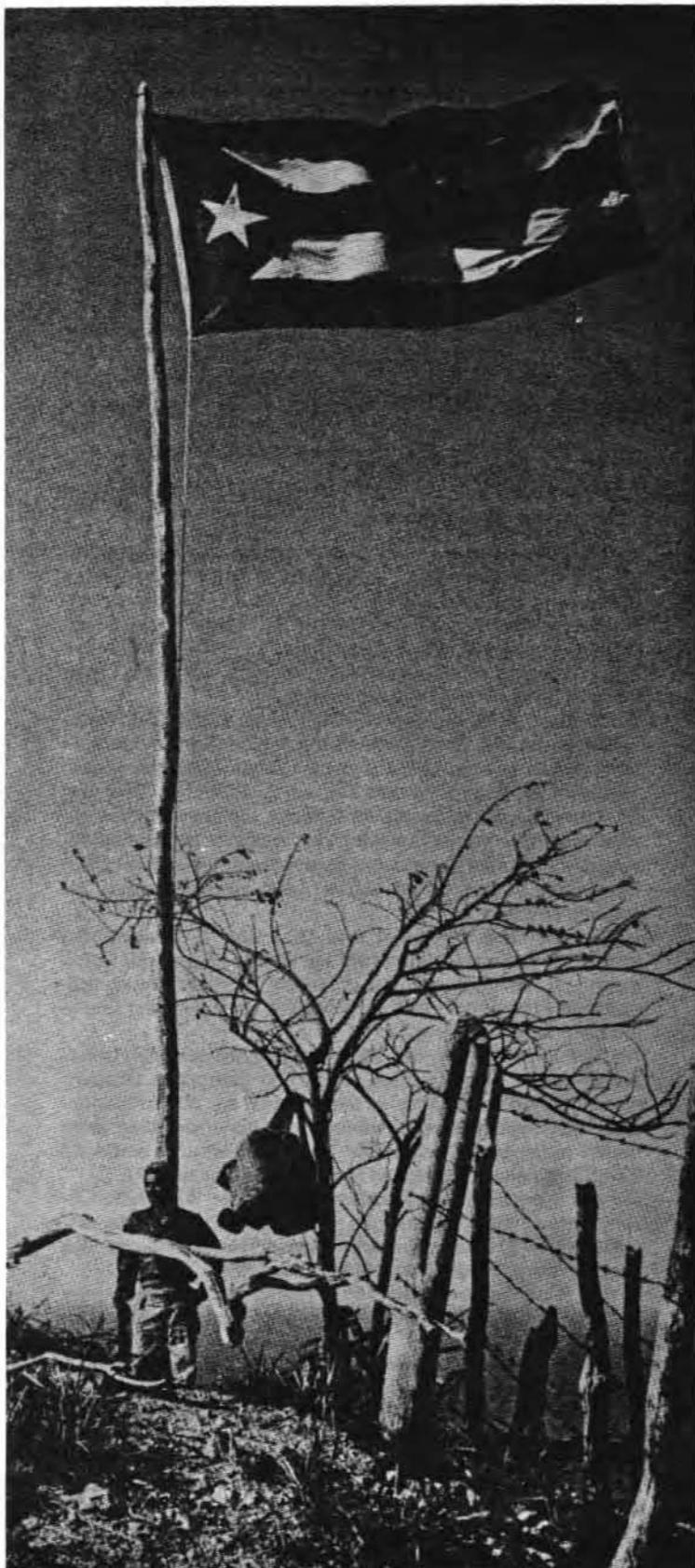
Intensive Arbeit in den nächsten Jahren

Dieses Jahr des 1. Parteitages war ein Jahr harter Arbeit für die revolutionären Kader und Parteimitglieder, aber die nächsten Jahre werden nicht weniger anstrengend werden. Die Arbeit, die notwendig sein wird, um in den nächsten Jahren die Beschlüsse zu realisieren, die auf diesem Parteitag gefaßt werden, wird auf-

grund der unterschiedlichen Aufgaben sowie der Tiefe und Breite der Veränderungen, die notwendigerweise durchgeführt werden müssen, intensiv und kompliziert werden.

Aber von allen Fragen, die auf diesem Parteitag behandelt werden und über die sich dieser Parteitag äußern wird, werden die Fragen, die die politischen Institutionen und Leitungen des Landes sowie die Neuordnung der gesamten ökonomischen Aktivitäten betreffen, die wichtigsten, tiefgreifendsten und weitestgehendsten Veränderungen hervorrufen.

Die politisch-administrative Neugliederung, die Konstituierung der Organe der Volksmacht im ganzen Land sowie die Schaf-



fung von Bedingungen für die Einführung des neuen Systems der Wirtschaftsführung werden zusammen mit vielen anderen Aufgaben eine organisierte, verantwortliche und harte Arbeit erfordern.

Um die beste Organisation dieser Anstrengung und die optimale Ausnutzung von Zeit und Ressourcen zu erreichen sowie gleichzeitig die im Zuge eines jeden Veränderungsprozesses auftretenden negativen Effekte auf ein Minimum zu reduzieren, wurde ein Arbeitsprogramm erstellt. Dieses Arbeitsprogramm umfaßt die wichtigsten Aktivitäten, die in den Jahren 1976/1977 und 1978 durchgeführt werden müssen, um die schon erwähnten institutionellen Veränderungen und die Neuordnung der Wirtschaft, die von diesem Parteitag noch erörtert werden, in die Praxis umzusetzen.

Dieses Arbeitsprogramm umfaßt 152 Aufgaben von außerordentlicher Bedeutung, die engstens miteinander verbunden sind und jeweils voneinander abhängen. Im Arbeitsprogramm ist festgelegt, wann jede einzelne Aufgabe in Angriff genommen und bis wann sie abgeschlossen werden muß; weiterhin wurden die Aktivitäten besonders gekennzeichnet, die anderen vorausgehen müssen sowie die Aufgaben, deren Behandlung voraussetzt, daß die vorherigen Aktivitäten innerhalb des Zeitplanes ausgeführt wurden.

Dies bedeutet, daß eine Verspätung bei irgendeiner dieser Aufgaben die Ausführung anderer Aufgaben beeinträchtigt und so mehr oder weniger die Erfüllung des Arbeitsprogramms in seiner Gesamtheit gefährdet. Es ist deshalb außerordentlich bedeutsam, daß alle Institutionen und Organisationen, alle Kader und Funktionäre der Partei, der Regierung und der Massenorganisationen mit einem Maximum von Verantwortlichkeit an die Realisierung der Aufgaben, an denen sie arbeiten, herangehen.

Es ist notwendig, die entsprechenden Schritte und Maßnahmen einzuleiten, um die folgenden Ziele zu erreichen:

- Die Volksabstimmung über die Verfassung und das entsprechende Übergangsgesetz am 15. Februar 1976 durchzuführen und unsere sozialistische Verfassung am 24. Februar zu verkünden an dem Tag, an dem wir den 81. Jahrestag des Unabhängigkeitskrieges von 1895 begehen.
- Die politisch-administrative Neugliederung auf Kreis-Ebene im April und Mai 1976 einzuführen.
- Die Wahlen der Delegierten für die lokalen Organe der Volksmacht sowie der Abgeordneten der Nationalversammlung in der zweiten Oktoberhälfte und den ersten November-Tagen 1976 durchzuführen mit dem Ziel, am 2. Dezember 1976, dem 20. Jahrestag der Landung der Granma, die erste Zusammenkunft der Nationalversammlung der Volksmacht durchzuführen, des höchsten Organs der Staatsmacht, die sich aus Vertretern des Volkes, die im ganzen Land gewählt wurden, zusammensetzt.
- In den Monaten November und Dezember 1976 sowie den ersten Monaten des Jahres 1977 die lokalen Organe der Volksmacht zu konstituieren und ihnen die entsprechenden Aufgaben in Produktion und Dienstleistung, die auf lokaler Ebene anfallen, zu übertragen.
- Die Wiedereinführung des Zahlungsverkehrs zwischen Unternehmen und Einheiten des staatlichen Sektors in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Systems der Wirtschaftsführung, das diesem Parteitag vorliegt, und die Anwendung eines neuen nationalen Systems der Rechnungsführung sowie die Einführung eines staatlichen Haushalts im Januar 1977.
- Mit der Anwendung des neuen Systems der Wirtschaftsführung versuchsweise in einigen Unternehmen, die für die verschiedenen Produktions- und Dienstleistungsbereiche des Landes repräsentativ sind, 1978 zu beginnen.
- In den letzten Jahren des Planjahr fünfths nach und nach das System der Wirtschaftsführung in allen ökonomischen Bereichen einzuführen.
- Um die Realisierung all dieser Ziele zu sichern, die von außerordentlicher Bedeutung für die Konsolidierung und den weiteren Ausbau unserer ökonomischen Entwicklung und der Revolution im allgemeinen sind, ist es unbedingt notwendig, daß jede einzelne Aufgabe aus dem Arbeitsprogramm in der notwendigen Qualität sowie innerhalb der gesetzten Fristen erfüllt wird.

Wir wissen, daß unsere Partei im Geiste großer Entschlossenheit die Verantwortung übernehmen und erfüllen wird.

Epilog

Dieser Bericht kommt zu seinem Ende. Wir wissen, daß einige Dinge fehlen können, daß einige Themen aus Zeitgründen zu kurz behandelt wurden und daß einige Einzelheiten fehlen, aber wir haben das Menschenmögliche getan, um das Werk der Revolution in ihrer historischen Bedeutung zu reflektieren. Es ist nicht einfach, den Hintergrund unserer aktuellen Entwicklung und 17 Jahre revolutionärer Macht in wenigen Worten zusammenzufassen.

Wichtig, liebe Genossen, ist es, daß wir bei unserem politischen Marsch dort angekommen sind, wo wir uns heute befinden. Es ist unmöglich, in diesem Moment nicht zufrieden zu sein mit der Tatsache, daß unser Volk heute einen ehrenhaften und würdigen Platz in der revolutionären Bewegung der Welt einnimmt und eine herrliche Zukunft vor uns liegt, wenn wir uns ihrer würdig erweisen.

Dieser Parteitag wird uns wie ein leuchtender Stern auf diesem Wege leiten. Die Partei, ihre Grundsätze, ihre Prinzipien, ihre Organisation und ihre Kraft werden uns unaufhaltsam vorwärts bringen. Es wird keine Schwierigkeit geben, die wir nicht überwinden können, keine Fehler, die nicht verhindert werden können, da sie vorhersehbar sind oder sofort korrigiert werden, wenn sie begangen werden.

Wie könnten wir uns jetzt nicht erinnern an die außergewöhnlichen Männer, die uns begleitet haben in diesem Kampf und die heute nicht an diesem Parteitag teilnehmen können: Abel Santamaria, Juan Manuel Marquez, Nico Lopez, Frank Pais, Jose Antonio Echeverria, Che, Camilo, Lazaro Pena und viele andere würdige Erbauer unseres heutigen Vaterlandes. Wie könnten wir heute nicht der Mitglieder des Zentralkomitees gedenken, die ihr Leben dem Internationalismus geopfert haben: Vilo Acuna, Eliseo Reyes und Antonio Sanchez Dias. Wir vergessen nicht, uns derer zu erinnern, die heute nicht bei uns sind, weil sie ihre Pflicht erfüllen, viele von ihnen Mitglieder unserer Partei und auch gewählte Delegierte dieses Parteitags.

Über der Rednertribüne dieser Versammlung erinnern uns das Bild des legendären Revolutionärs Julio Antonio Mella zusammen mit den Portraits von Che und Camilo an die heldenhaften Kämpfer, die von einem Tag wie diesem geträumt haben und für einen Tag wie diesen starben.

Die Bilder von Marti, Gomez und Maceo an der Seite von Marx, Engels und Lenin symbolisieren diejenigen, die für die kubanische Heimat gekämpft haben an der Seite derjenigen, die aus der ganzen Menschheit eine einzige große Nation machen wollten. „Die Republik wird mit allen sein und für das Wohl aller!“, hat der Held unserer Unabhängigkeit einst ausgerufen, und seine Worte hallen wieder in diesem Raum wie ein Echo des großen Rufes, mit dem die Gründer des wissenschaftlichen Sozialismus die Welt bewegt haben: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“

Hier stehen wir endlich mit allen und für das Wohl aller, und mit uns sind die Vertreter der revolutionären Weltbewegung, die die Zusammengehörigkeit und Solidarität der Kommunisten und der fortschrittlichen Menschen in aller Welt mit unserem kleinen Land und die Einheit aller Proletarier der Welt ausdrücken, ein eindrucksvoller Beweis dafür, daß diese großen Denker eine klare Vorstellung von der Zukunft der Menschheit hatten.

Was heute sich hier ereignet, hat sich gestern im Herzen des Zarenreiches und in vielen anderen Ländern der Welt ereignet, und es spiegelt die Zukunft der Welt wider.

Bei allen kubanischen Kommunisten, bei allen Genossen der Revolution bedanken wir uns für das Vertrauen und die Leidenschaft, mit der sie ihre Führer in diesen heroischen und für unsere Heimat entscheidenden Jahren begleitet haben.

Daß die absolute Ehrlichkeit, die grenzenlose Treue zu den Prinzipien, die Uneigennützigkeit, die Fähigkeit, Opfer zu bringen, die revolutionäre Reinheit, der nach vorne blickende Geist, das Heldentum und der Verdienst immer in unserer Partei vorherrschen mögen.

Patria o Muerte!

Venceremos!

(Quelle: Granma, 4. Januar 1976)

Westsahara

Nachdem am 27. Februar 1976 von Ali Vali, dem Generalsekretär der Frente POLISARIO, in der Oase Bir Lahlu die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) ausgerufen und die Bildung der Regierung unter Mohamed Lamine Ahmed bekanntgegeben wurde, erfolgte im März/April d.J. ihre Anerkennung durch mehr als 20 afrikanische Staaten.

In der im Wortlaut dokumentierten Proklamation sind die Grundprinzipien des neuen souveränen Staates sowie ein Appell an die internationale Öffentlichkeit zusammengefaßt.

Unterdessen intensiviert König Hassan von Marokko seine Okkupationsbestrebungen, obgleich sein Versuch scheiterte, mit Hilfe einiger sahrauischer Notablen eine Scheinabstimmung zu inszenieren, um damit eine nachträgliche Sanktion der marokkanischen Aggression zu erwirken.

Die marokkanische Interventionsmacht stützt sich in erster Linie auf die massive militärische Hilfestellung des amerikanischen und französischen Imperialismus. US-Präsident Ford kündigte notfalls eine Intervention gegen "Nomaden, die POLISARIO genannt werden" an, um ein "neues Angola" zu verhindern. Von Frankreich aus wird Marokko seit Anfang März täglich über eine Luftbrücke mit Waffen und Munition versorgt.

Wie es der Frente POLISARIO trotz der barbarischen Kriegführung dennoch gelingt, Erfolge zu erzielen, schildert ihr Repräsentant Baba Miske in dem nachstehenden Interview.

Proklamation der Demokratischen Arabischen Republik Sahara

Das arabische Volk der Sahara erinnert die Völker der Welt, daß sie in der Charta der Vereinten Nationen und in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wie in der Resolution 1514 der Vollversammlung während ihrer XV. Sitzung folgendes verkündet haben:

"Die Völker der Welt erklären erneut entschieden, ihren Glauben an die elementaren Menschenrechte, an die Würde und den Wert des Menschen, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau ebenso wie von kleinen und großen Nationen zu verkünden, den sozialen Fortschritt zu fördern und bessere Lebensbedingungen in größerer Freiheit zu schaffen."

Im Bewußtsein, daß die Folgen von vermehrten Konflikten, die aus der Verweigerung der Freiheit für diese Völker oder von Hindernissen, die man ihnen in den Weg legt, herrühren, eine gefährliche Bedrohung für den Weltfrieden darstellen. In der Überzeugung, daß allen Völkern das unveräußerliche Recht auf völlige Freiheit, auf Ausübung ihrer Souveränität und das Recht auf die Unverletzlichkeit ihres Territoriums zukommt.

In Übereinstimmung mit dem Prinzip, ohne Zögern oder Bedingungen dem Kolonialismus in allen seinen Formen ein Ende zu setzen, um die ökonomische und soziokulturelle Entwicklung aller kämpfenden Völker zu realisieren.

Verkündet der ganzen Welt auf der Grundlage des freien Willens des Volkes, der auf den Prinzipien der freien Entscheidung beruht, die Geburt eines freien, unabhängigen, souveränen Staates, geführt von einer nationalen, demokratischen, auf die arabische Einheit gerichteten, fortschrittlichen, islamischen Staatsmacht, die sich Demokratische



27. Februar 1976 Geburt der Republik Sahara

Arabische Republik Sahara nennt.

In Übereinstimmung mit seinen Überzeugungen, seinen Zielen und seinem Weg, den er sich vorgezeichnet hat, erklärt dieser arabische, afrikanische, nichtpaktgebundene Staat seine Achtung vor internationalen Verträgen und Übereinkünften wie seine Verpflichtung gegenüber der Charta der Vereinten Nationen, der Charta der Arabischen Liga und der Charta der Organisation der Afrikanischen Einheit,

ebenso wie er seine Verpflichtung gegenüber der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bekräftigt.

Das arabische Volk der Demokratischen Arabischen Republik Sahara, das entschlossen ist, seine Unabhängigkeit, seine territoriale Integrität zu verteidigen, seine Ressourcen und seine natürlichen Reichtümer in die eigenen Hände zu nehmen, kämpft an den Seiten aller friedliebenden Völker für den Frieden und die Sicherheit in der ganzen Welt. Es unterstützt alle Befreiungsbewegungen in ihrem Kampf gegen kolonialistische Herrschaft.

In diesem historischen Augenblick, in dem sich die Geburt dieses neuen Staates vollzieht, appelliert die Demokratische Arabische

Republik Sahara an alle Bruderländer und an die Staaten der ganzen Welt, sie anzuerkennen und bringt gleichzeitig ihren aufrichtigen Wunsch zum Ausdruck, zu allen Staaten Beziehungen auf der Basis von Freundschaft, Zusammenarbeit und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten aufzubauen.

Die Demokratische Arabische Republik Sahara appelliert ebenfalls an die internationale Gemeinschaft, die für Recht und Gerechtigkeit kämpft und die sich um die Konsolidierung des Friedens und der Sicherheit bemüht, sich am Aufbau und der Entwicklung des neuen Staates zu beteiligen.

(Quelle: Le Monde, 29.2.1976)

Baba Miske

„Die Revolution ist der Kampf für die Unabhängigkeit“

Frage: Woher kommt dieser Name Front POLISARIO?

Baba Miske: Es sind die ersten Buchstaben von 'Front Populaire pour la Liberation de la Saguiat-el-Hamra et du Rio del Oro' (Volksfront für die Befreiung von Saguiat-el-Hamra und Rio del Oro), den zwei Provinzen, die unsere Nation - die Westsahara bilden.

Frage: Zwei Provinzen in der Sahara, ist das genug zur Bildung einer Nation?

Baba Miske: Wir sind eine sehr alte Gruppe von Stämmen, die sich vom Rest der Sahara unterscheidet - durch die Tatsache zum Beispiel, daß wir arabisch sprechen und nicht die Berbersprache der Tuareg oder auch durch den Status unserer Frauen, der sehr viel liberaler ist. Außerdem schmiedet sich das Nationalgefühl im Kampf, und seit dem 15. Jahrhundert haben wir praktisch nicht aufgehört, uns gegen die Eindringlinge, europäische und afrikanische, zu schlagen. Noch 1936 der berühmte Aufstand von Reguibat, die letzten Kämpfe von dem, was sie die "Befriedung" der Wüste nannten, das waren wir...

Frage: Ist das genug, um einen weiteren Mikrostaat (wie Giscard d'Estaing sagte) zu allen anderen hinzuzufügen? Kann ein Volk von 30.000 oder selbst von 100.000 Nomaden vernünftigerweise seine Armee, seine Finanzen, seine Botschaften haben?



Baba Miske

Baba Miske: Zunächst einmal, wie sollten wir 30.000 oder 100.000 sein, wo wir schon 80.000 vom Roten Kreuz anerkannte Flüchtlinge haben? In Wirklichkeit sind wir nahezu 500.000. Aber man hat niemals versucht, uns zu zählen - was die beste Weise war, uns zu negieren.

Frage: Trotzdem, dieser Wunsch nach Unabhängigkeit erscheint sehr plötzlich, während Sie sich unter der spanischen Kolonialherrschaft nicht gerührt haben...

Baba Miske: Irrtum! Der Widerstand ist während der Jahre 1957/58 wieder aufgenommen worden mit dem Aufstieg des Nasserismus in der Drit-



Die Phosphatminen von Bou Craa, die größten und reichhaltigsten der Welt

ten Welt und dem algerischen Krieg vor unseren Türen. Es hat einen allgemeinen Aufstand unseres Volkes gegeben, und die Spanier mußten sich in drei oder vier starke Städte zurückziehen, bis ihr Militär ihnen zu Hilfe kam, um uns auszurotten. Das nannte sich, glaube ich, die Operation "Ecouvillon" (l'ecouvillon = der Ofenwischer, Kanonenwischer). Sie sehen, wir haben nicht einmal das Recht auf einen glänzenden Namen gehabt. Aber sicher, das ist eine Angelegenheit, von der man wenig gesprochen hat.

Eine wahre militärische und politische Front

Frage: Man hat auch niemals von einer saharischen Befreiungsbewegung gehört.

Baba Miske: Sie hat sich 1969 gebildet. 1970 ist in El Aiun ein städtischer Aufstand ausgebrochen, der noch in Blut erstickt werden konnte. 1973 hat sich endlich die Frente POLISARIO konstituiert, eine wahre Front zugleich militärisch und politisch.

Frage: Aber warum "revolutionär"? Und warum vortäuschen, daß ihre Patrioten plötzlich anfangen, sozialistisch zu handeln?

Baba Miske: Die Revolution, das ist nichts anderes als der Kampf für die Unabhängigkeit. Viele unserer Stammesoberhäupter haben mit der Kolonialmacht zusammengearbeitet. Das saharische Volk ist sich über ihren Verrat im klaren. Und mit der Erziehung, dem Radio, hat es gelernt, was Marokko, was Amerika, was Imperialismus ist. Jetzt weiß es, warum und gegen wen es kämpft. Und dies hat nichts mehr mit "kriegerischer Leidenschaft" zu tun.

Frage: Gegen die Spanier, möglich. Das war die Kolonisation und die Fremde. Aber die Marokkaner, ein Brudervolk, selbst ehemals Kolonisierte?

Baba Miske: Es handelt sich nicht um das marokkanische Volk, sondern um sein Regime, ein faschistisches, feudales und kolonialistisches Regime. Für uns ist es also derselbe Kampf, der sich fortsetzt. Übrigens haben die Spanier nicht die Westsahara den Marokkanern und Mauretanen überlassen. Sie haben ihnen die vier Dörfer und Städte, in denen ihre Garnisonen eingeschlossen waren, übergeben: El Aiun, Dakhla und El Gouira an der Küste, Smara im Inneren des Landes. Den übrigen Teil des Landes haben wir kontrolliert - und wir sind es, die ihn noch immer kontrollieren.

Frage: Aber wie lange noch! Dieses Mal ist es eine ganze Armee, zahlreich, modern, in der Nähe ihrer Basen, die Ihnen gegenübersteht.

Algeriens Hilfe - Algeriens Pflicht

Baba Miske: Seit vergangenem Oktober haben wir drei Armeen auf einmal gegenübergestanden. Allein die Marokkaner haben an die 20.000 Mann in den Kampf geschickt. Ausgenommen die Städte, die die Spanier ihnen überlassen haben, haben sie nicht mehr erreicht, als drei kleine Posten einzunehmen: Jdeiria, Farsya und Haoussa. Was den "Sieg" von Angola anbetrifft, kann der Aufschneider Dlimi sich gern brüsten. Eine ganze Division in Schach gehalten von 400 Mann ohne schwere Waffen. Auf der anderen Seite haben die Marokkaner jeden Tag Männer verloren, mehr als tausend insgesamt und 200 Gefangene. Mehrere Flugzeuge, Dutzende Panzer



Eine militärische Einheit der Frente POLISARIO

und Fahrzeuge. Es wird sich so wie in Algerien entwickeln, wie überall, das ist unabwendbar.

Frage: Achtung! Hier haben Sie nicht natürliche Verteidigungslinien, keine Bodenerhebungen, hinter denen Sie sich verschanzen können. Hier ist Wüste. Es ist auch nicht mehr die Zeit der weißen Sldnerschwadronen. Mit den Mitteln des Lufttransports zählen Entfernungen nicht mehr. Es genügt, die Wasserstellen zu unterwerfen: Wer das Wasser hat, hat die Wüste. Mit Bigeard hätte sich niemals ein Maquis in der Sahara einnisten können.

Baba Miske: Ja, aber es gibt neue Möglichkeiten der Luftabwehr. Denken Sie an den letzten Krieg gegen Israel.

Frage: Die Raketen? Davon braucht man viele.

Baba Miske: Das macht sich...

Frage: Algerien hilft Ihnen?

Baba Miske: Das ist sein gutes Recht. Es ist genauso gut unser Nachbar wie Marokko oder Mauretanien.

Frage: ... und sein Interesse. Es zielt darauf, bei Ihnen einen Korridor zu bekommen, um sein Eisenerz von Tindouf ans Meer zu bringen, anstatt es auf dem Landwege nach Norden zu bringen.

Baba Miske: Es ist auch Algeriens Pflicht, uns zu helfen, so wie es die Pflicht aller unserer Freunde ist. Es gibt eine Verpflichtung, Völkern in Gefahr beizustehen, wie es sie gegenüber Einzelpersonen gibt. Und Algerien steht da nicht allein. Es gibt Libyen, Mali, Jemen. Jeden Tag bekommen wir neue Unterstützung.

Frage: Sie haben auch Phosphatminen, die ein lebhaftes Interesse erregen...

Baba Miske: Dabei mchte ich Ihnen mitteilen,

daß von unseren Kämpfern ein Sabotageanschlag auf das Förderband, das die Phosphate des Vorkommens von Bou Craa zum Meer transportiert, gemacht worden ist, und daß es sobald nicht wieder arbeiten wird.

Frage: Eine breite diplomatische Aktivität ist in Gang gesetzt. Und Sie wissen, daß Giscard d'Estaing selbst die Dienste Frankreichs angeboten hat?

Baba Miske: Ja, aber für eine Vermittlung zwischen Marokko und Algerien. Demnach ignoriert Giscard d'Estaing immer noch das saharische Volk. Folglich ist er es, der sich mit Marokko herumschlagt, nicht Algerien.

Frage: Kommen wir auf die Verhandlungen zurück, welche Vorbedingungen stellen Sie?

Baba Miske: 1. Abzug aller ausländischen Truppen von unserem Territorium;
2. Anerkennung unseres Rechts auf Selbstbestimmung.

(Quelle: Demokratische Arabische Republik Sahara, Befreiungskampf und internationale Einflüsse, Hrsg.: 3. Welt Magazin, Bonn 1976)

**Adressenänderung
bitte
rechtzeitig
bekanntgeben!**

Republik Südafrika

Als Ende vergangenen Jahres das Zentralkomitee der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) zusammentrat, konnte es seine Analyse der politischen Situation mit der Darstellung einer wesentlich zugunsten der revolutionären Kräfte veränderten Lage einleiten. Durch die Siege der Befreiungsbewegung in Moçambique (un nunmehr auch Angola) in die Enge getrieben, international isoliert, mit dem Aufschwung der Befreiungsbewegungen Zimbabwes und Namibias sowie im eigenen Land konfrontiert, sucht das Rassistenregime nach Auswegen. Das Abenteuer, in Angola zugunsten der neokolonialistischen Kräfte zu intervenieren, endete kläglich mit einer Niederlage. Südafrikas Verbündete sind nach diesem Debakel seiner Politik noch weniger geworden. Einer dieser Verbündeten ist bezeichnenderweise Israel. Premierminister Vorster stattete diesem Land Anfang April 1976 einen Besuch ab, bei dem es u.a. um die Fortsetzung des seit 1967 gepflegten "Erfahrungsaustauschs" über konterrevolutionäre Strategien, um Waffengeschäfte sowie politische Koordinationsbemühungen gegangen sein dürfte. Vor allem aber: Israel verfügt über Atombomben (Time, 12.4.1976), also auch über die Technologie zu ihrer Herstellung; Südafrika - bereits im atomaren Komplott mit der BRD (vgl. AIB Nr. 11-12/1975) - ist größter Uranproduzent des "Westens".

Zur gleichen Zeit nimmt der Kampf der unterdrückten Massen in der Republik Südafrika neue Formen an. Am 16. März ließ der African National Congress (ANC), die Befreiungsbewegung Südafrikas, eine Flugblattbombe explodieren; gleichzeitig wurden Flugzettel offen verteilt. Sie enthielten den Aufruf zur Verstärkung des Befreiungskampfes, zum alsbaldigen Sturz des Rassistenregimes. Selbstvertrauen und Kampfeswille der afrikanischen Bevölkerung der RSA sind trotz der brutalen Härte des Regimes erheblich gewachsen. Obwohl das weiße Minderheitsregime nach wie vor über starke Positionen verfügt und zahlreiche, z.T. neue Methoden zur Schwächung der Freiheitsbewegung einsetzt, ist die Lage im südlichen Afrika geprägt durch die historische Chance, den Durchbruch der Befreiungsbewegung erkämpfen zu können. Die Analyse der SACP stellt Rahmenbedingungen und Konsequenzen für die darauf orientierende Politik der südafrikanischen Freiheitskämpfer dar.

Südafrikanische Kommunistische Partei

Der Kampf gegen Vorster und seine Kollaborateure

1. In den letzten Jahren hat sich die objektive Situation zusehends ungünstiger für den Fortbestand der weißen Herrschaft in Südafrika entwickelt. Die wichtigsten Gründe dafür sind:

Der Mythos von der weißen Unbesiegbarkeit

(a) Der Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialismus und im besonderen der Sieg in Moçambique. Diese Ereignisse haben für unseren Kampf neue politische und militärische Bedingungen geschaffen. Die Reaktion hat mit Caetano einen wichtigen Verbündeten verloren, und mit ihm eine von der NATO unterstützte Armee im südlichen Afrika von über 100.000 einsatzbereiten Soldaten, die jederzeit in der Lage war, ihre Aktivitäten mit den Streitkräften von Vorster und Smith zu koordinieren. Die Befreiungsbewegungen in Südafrika und Zimbabwe haben jetzt eine friedliche Grenze von beachtlicher Länge gewonnen. Abgesehen davon, daß neue geographische Ausgangsbedingungen für den Kampf im südlichen Afrika geschaffen wurden, hatten diese Ereignisse auch eine außerordentlich große psychologische Wirkung. Sie haben dazu beigetragen, eines der großen Hindernisse für eine wirkliche Konfrontation zu überwinden: den Glauben an die Unbesiegbarkeit der weißen reaktionären Kräfte.

(b) Die Wirtschaft Südafrikas befindet sich in einer ihrer schwersten Krisen, deren Ursache in der nicht enden wollenden ökonomischen Rezession der kapitalistischen Welt liegt und die bis zu einem gewissen Grad von solchen Momenten der traditionellen Apartheidpolitik verschärft wird, die für die ökonomische Expansion hinderlich sind. Die Inflationsrate in Südafrika zählt mittlerweile zu den höchsten der Welt. Vor allem vergrößert sich die Kluft

zwischen weißen und schwarzen Einkommen trotz der viel propagierten Lohnzugeständnisse ständig.

(c) Die internationale Gemeinschaft hat begonnen, in der Namibia-Frage Druck auszuüben - unterstützt von den zunehmenden Aktivitäten der SWAPO.

(d) Die Fähigkeit des Smith-Regimes, den wachsenden Widerstand in Grenzen zu halten, hat infolge der objektiven Veränderungen der Situation im südlichen Afrika und vor allem infolge der Ereignisse in Moçambique beträchtlich nachgelassen. Die Aussicht auf eine schwarze Mehrheitsregierung in Zimbabwe in absehbarer Zukunft hat sich zweifelsohne verbessert. Ein Durchbruch in Zimbabwe wird bedeutsame Auswirkungen auch jenseits der Grenzen haben, er wird das letzte Stückchen des Schutzwalls niederreißen, das den weißen Süden von den Befreiungsbewegungen und dem unabhängigen Afrika trennt.

(e) Im Land selbst haben wirtschaftliche und politische Aktionen besonders unter den Arbeitern und der Jugend zugenommen und es gibt Anzeichen dafür, daß die Bevölkerung nach wirksameren Mitteln der Selbstverteidigung sucht und beginnt, sich gegen das System zur Wehr zu setzen.

Reformen in unwesentlichen Bereichen

2) Die herrschende Klasse in Südafrika hat vielfältige Maßnahmen ergriffen, um sich gegen die tatsächliche und potentielle Bedrohung ihrer Vorherrschaft, die die oben erwähnten Veränderungen bewirkt haben, zu verteidigen. Diese Maßnahmen sollen die sowohl im Inland als auch im Ausland erhobenen Forderungen



nach radikalen Veränderungen, die durch die oben genannten Faktoren neuen Auftrieb erhielten, in Grenzen halten oder ablenken oder neutralisieren. Innenpolitisch hat das Regime Aktionen und Reformen ermutigt und geduldet, die unter die folgenden, verschiedenen Kategorien fallen:

(a) Minimale Lohnerhöhungen als Antwort auf die an Größe und Breite wachsende Streikbewegung, die das ganze Land in ein wirtschaftliches Chaos zu stürzen drohte. Diese Aktionen haben außerdem die Forderung nach Streikrecht und freien und unabhängigen Gewerkschaften auf die politische Tagesordnung gesetzt. Die Regierung hat dies mit Gesetzesänderungen beantwortet, die den Afrikanern scheinbar das Streikrecht gewähren. Außerdem sind Regierung, einige Unternehmer und Teile der weißen Gewerkschaftsbewegung auf der Suche nach einer akzeptablen Ersatzlösung für wirklich unabhängige schwarze Gewerkschaften.

(b) Reformen im Bereich der sogenannten "petty apartheid" ("kleine Apartheid"). Wie der Name schon sagt, fällt dies in den Bereich der "kleinen" Diskriminierungen, deren Erhalt für das Fortbestehen der weißen Vorherrschaft nicht notwendig ist. Tatsächlich wird das Verschwinden der Apartheid auf der Ebene von Parkbänken für Schwarze und Parkbänken für Weiße - von einigen als Anzeichen fundamentaler Fortschritte begeistert begrüßt - lediglich dazu benutzt, um jene Aspekte des Rassismus aufrechtzuerhalten, die wirklich von Bedeutung sind.

(c) Maßnahmen, die die Forderungen nach einer Mehrheitsregierung für das gesamte Südafrika in die Sackgasse führen sollen. Das Bantustan-Programm für die Afrikaner wird verstärkt in Angriff genommen und nächstes Jahr (am 26. Oktober 1976, d.Red.) wird der erste angeblich unabhängige Bantustan seine Flagge in der Transkei hissen. Den Farbigen gibt der Kompromiß bisher einen Vertretungsrat mit der Möglichkeit, eine zweitrangige Vertretung der farbigen Bevölkerung im weißen Staatsapparat zu erhalten.

Die Herausbildung einer schwarzen Mittelschicht

Für die indische Gemeinschaft wird der Versuch unternommen, die Anerkennung des Südafrikanischen Indischen Rates zu erreichen. Was

die Afrikaner betrifft, so steht hinter diesen Plänen u.a. die Absicht, ihre Einheit zu brechen und bleibende, unwiderrufliche Zwietracht unter den Stämmen zu säen. Was die schwarze Gemeinschaft als Ganzes angeht, so hofft man, sie nach der alten Methode unterschiedlicher Behandlung zu teilen und zu schwächen.

Der Erfolg all dieser Reformen, die von oben diktiert wurden, hängt jedoch von der Zusammenarbeit mit der Klasse innerhalb der schwarzen Gemeinschaft ab, die ein begründetes Interesse an der Fortsetzung der weißen Herrschaft im neuen Gewand hat. Das Regime hofft auf die Mitarbeit der bestehenden schwarzen Mittelschicht und, im Falle der indischen Gemeinschaft, auf die kleine, aber wohlhabende Bourgeoisie. Innerhalb der Grenzen der Apartheidpolitik beginnt das Regime, die Herausbildung und das Anwachsen solcher sozialer Gruppen zu forcieren, die ökonomisch auf Kosten der breiten Massen profitieren: Gruppen, die radikalen Lösungen feindlich gegenüberstehen. Das Regime hofft darauf, die Feindschaft der überwältigenden Mehrheit des unterdrückten Volkes gegen diese betrügerischen Pläne zu überwinden.

(d) Reformen, die aufgrund rein ökonomischer Faktoren notwendig wurden: wie der Mangel an Facharbeitern, die Notwendigkeit, einige der traditionellen Grenzlinien zwischen weißen und schwarzen Arbeitern neu zu ziehen, vor allem im Bereich der qualifizierten und halbqualifizierten Arbeiten. Die Unsicherheit über den künftigen Zustrom von ausländischen Arbeitern für die Bergwerke (und die wachsende politische Bedrohung, die Südafrika aus dem regelmäßigen Zustrom schwarzer Arbeiter aus Gebieten mit radikalem politischem Klima wie Mozambique erwächst) machen einen verstärkten Rückgriff auf die einheimischen Arbeiter notwendig. Es gibt bereits Anzeichen, daß die Bergwerkindustrie in ihrem Bemühen, einheimische Arbeitskräfte heranzuziehen, mehr und mehr gezwungen ist, Veränderungen mit dem Ziel einzuleiten, einen festeren und stabileren Kern einheimischer Arbeitskräfte aufzubauen.

3) Außenpolitisch verfolgt der rassistische Staat eine vielschichtige Politik in der Absicht,

- die Weltmeinung positiv zu beeinflussen und die Feindschaft der Afrikaner abzubauen,
- die moralische und materielle Unterstützung für die Befreiungsbewegung zu unterbinden und zu verhindern, daß ihr von strategisch günstig gelegenen Nachbarstaaten Stützpunkte zur Verfügung gestellt werden, und
- dringend benötigte Kapital-Anlagemöglichkeiten zu schaffen und seine Waren auf dem afrikanischen Markt abzusetzen.

Um diese Politik verfolgen zu können, verläßt sich das Regime in erster Linie auf den Ausbau seines militärischen Apparats, nicht nur als Waffe gegen die Befreiungsbewegung, sondern auch - unter Androhung von Vergeltungsaktionen - um jede direkte und indirekte Hilfe afrikanischer Staaten zu unterbinden. (...)

4. Südafrika ist ein wichtiger Teil des imperialistischen Weltsystems. Trotz seiner verurteilenden Reden hat der Westen immer als die

äußere Stütze der Apartheid auf militärischem Gebiet, bei den Vereinten Nationen und in letzter Zeit auch durch den neokolonialistischen Druck, den er in Teilen des unabhängigen Afrika ausüben kann, fungiert.

Das Rassistenregime braucht Kollaborateure

Indessen- für das Überleben der Apartheid reicht diese Art der Kollaboration nicht mehr aus. Die neue Situation, die wir beschrieben haben, macht es unabdingbar, daß das rassistische Regime Unterstützung für seine Unterdrückungspolitik gewinnt (im Inneren wie auf dem Kontinent). Ohne solche Unterstützung ist seine Existenz überhaupt bedroht.

Wir wollen kurz die soziale und klassenmäßige

Business") die kämpferischen Gefühle ihres Volkes ausgenutzt hat, um sich zu bereichern und sich schließlich dem weißen ökonomischen Establishment angeschlossen hat.

"Bantustan-Kapitalismus"

(b) In den Bantustans fördert die Regierung das Entstehen einer bedeutenden Gruppe von kleinen Kapitalisten und in einigen Gebieten von selbständigen Farmern. Die Bantu Investment Corporation (1) hat Hunderte von Geschäftshäusern gebaut, um sie an afrikanische Geschäftsleute in den Bantustans zu vermieten. Sie verschafft afrikanischen Geschäftsleuten auch Kredite für Handelsunternehmen sowie für Dienstleistungs- und andere Industriebetriebe. In einem Kontinent, in dem sogar die rechtsten schwarzen Führer gezwungen sind zu behaupten, sie verfolgten eine antikapitalistische Entwicklungspolitik, rühmen die Führer von Südafrikas Bantustans offen die Werte des freien Unternehmertums, versprechen südafrikanischen und ausländischen Investoren, daß sie sich "problemloser Arbeiter" erfreuen könnten, keine freien Gewerkschaften zugelas-



Zeichen des Widerstandes: "Afrika erwache!"

Basis der inneren Gruppe untersuchen, in der Vorster seine Kollaborateure zu finden hofft.

(a) Im Gegensatz zu seinem herkömmlichen Vorgehen ermutigt das Regime heute bewußt das Entstehen einer schwarzen Geschäftswelt unter kontrollierten Bedingungen. In Partnerschaft mit den existierenden Bankgiganten ist die erste Bank gegründet worden, in der Afrikaner die Aktienmehrheit halten. Der Präsident der Bank, Mr. Motsuenyane, hat überschwänglich verkündet, daß dies das "erste Beispiel von weißer Führung unter schwarzer Kontrolle" sei und "die Hoffnungen der schwarzen Bevölkerung trage". In den weißen Gebieten wurde eine Anzahl Handelsbeschränkungen gelockert in solchen Fällen, in denen ein schwarzer Geschäftsmann eine schwarze Gemeinde versorgt. Schon vertreten die Vereinigten Nationalen Afrikanischen Handelskammern (NAFCO) die Ansicht, das Heranwachsen einer schwarzen Bourgeoisie könne sich im politischen Kampf als äußerst wirkungsvoll erweisen, einen ruhigen Übergang zur Gleichheit mit der weißen Minderheit zu garantieren. Dies ist eine Nachahmung der Gruppe in den USA, die unter der Losung "Schwarze-Macht-durch-Geschäft" ("Black-Power-Through-

sen würden und es keine Verstaatlichung geben werde.

(c) Es gibt auch Anzeichen für eine neue Schwerpunktsetzung in der Haltung der Regierung zur oberen indischen Mittelschicht und Handelsbourgeoisie. Zusammen mit weißem Kapital wurde eine indische Bank gegründet. Die unterschiedslos geführten Kampagnen der Regierung in den fünfziger und sechziger Jahren, die indische Gemeinschaft zu isolieren und im besonderen ihre obere Händlerschicht als bedrohlichen Konkurrenten der weißen Interessen auszuschalten, haben entweder ihr Ziel erreicht oder sind zugunsten des Interesses, die Mitarbeit der indischen Oberschicht zu erreichen, eingeschränkt worden. Die indische Mittelklasse (einschließlich der Freiberufler) hat in erheblichem Maße von dem wirtschaftlichen 'Boom' der späten sechziger und frühen siebziger Jahre profitiert. Einige von ihnen sind eine leichte Beute für die zynische Ausnutzung von Ereignissen wie der Aktionen in Uganda gegen die asiatischen Mitbürger des Landes. Das Ziel ist - besonders unter Händlern - Furcht vor der Herrschaft der afrikanischen Mehrheit zu erwecken und den Glauben, sie hätten es unter dem weißen Regime besser.

5. Innerhalb der genannten Gruppen hofft das Regime, seine Basis von Kollaborateuren unter den Unterdrückten zu verbreitern und deshalb ist es wahrscheinlich, daß ihre Förderung fortgesetzt wird. Die Maschinerie der Routineverwaltung, einschließlich des Zugangs zum Dienst, wird mehr und mehr über kommunale und Stammeseinrichtungen abgewickelt werden, was zur tagtäglichen Abhängigkeit der Masse des Volkes führen wird.

Kleinbourgeoisie und Befreiungskampf

Rassenschranken gegen das 'natürliche' Hineinwachsen dieser Gruppe in die Entscheidungsebenen der ökonomischen Macht (die von der weißen Bourgeoisie monopolisiert werden) werden in ihren Reihen natürlich weiterhin 'nationale' Gefühle und Widerstand gegen den weißen Staat hervorrufen. Zugleich jedoch stehen Teile der entstehenden schwarzen Mittelklasse in prinzipieller Gegnerschaft zu den radikaleren Zielen unserer Befreiungsbewegung, die mehr und mehr die Verbindungen zwischen nationaler und sozialer Befreiung in Südafrika erkannt hat. Folglich wird es insoweit, als die schwarze Mittelklasse in die Richtung des schwarzen Nationalismus gedrängt wird, teilweise ihr Hauptbestreben sein, mit der bestehenden nationalen Bewegung um die Führung des Volkes zu konkurrieren oder sie gar von innen her zu erobern, um sie vom Radikalismus abzubringen und in die Richtung des traditionellen bürgerlichen Nationalismus zu lenken.

6. Im Licht all dieser Entwicklungen wird es wichtiger denn je, die Klassenbasis aus Arbeitern und Bauern im Kampf für wahre nationale Befreiung zu sichern und zu verstärken. Wir müssen auf der Hut sein vor dem Eindringen bürgerlicher Ideologien in die nationale Bewegung, auch wenn sie sich im Mantel des Nationalismus, als den schwarzen Interessen dienend, verbirgt. In Bezugnahme auf den Kampf in Moçambique hat Samora Machel gesagt, der Feind habe zwei Gesichter, das des hauptsächlich und unmittelbaren Feindes, und:

"das andere Gesicht ist das des indirekten und zweitrangigen Feindes, der sich unter der des Nationalisten und sogar eines Revolutionärs verbirgt, was es so schwer macht ihn zu identifizieren ... Der Kämpfer muß den Freund auch dann vom Feind unterscheiden können, wenn dieser sich unter der gleichen Farbe, Sprache, Familienbeziehung oder Stammeszeichen wie die eigenen versteckt; sogar, wenn er seine Fahne mit unserer hebt."

Die afrikanischen arbeitenden Menschen und die Arbeiter der anderen unterdrückten Gruppen können aufgrund des Wesens ihrer Klassenposition kein Interesse daran haben, die wei-



Be Herrschaft in ihrer alten oder in neuen Formen fortzusetzen; noch können sie einen Vorteil in irgendeiner Lösung sehen, die den weißen Kapitalismus durch den Bantustan - oder irgendeine andere Form von schwarzem Kapitalismus ersetzt.

7. Der Hauptinhalt der gegenwärtigen Phase unseres Kampfes bleibt eine nationaldemokratische Revolution, deren Hauptkraft der am meisten ausgebeutete und unterdrückte Teil des Volkes ist - die Afrikaner. Es ist einsichtig, daß die Befreiungsbewegung ihr Bemühen fortsetzen muß, das breitestmögliche Bündnis - über einfache Klassenschranken hinweg - zu bilden, um dieses Ziel zu erreichen. Bei der Ausführung dieser Aufgabe müssen wir bedenken, daß die Mittel- und Oberklassen unter den schwarzen Gruppen (die schon existierenden wie die sich gerade formierenden) nicht genau die gleiche Zusammensetzung haben. Sie umfassen eine kleine reiche Handelsbourgeoisie, eine Verwaltungselite, Gruppen Selbständiger, Kleinhändler und so weiter. Jede dieser Gruppen ist, in unterschiedlicher Weise, einem Komplex von ökonomischem und politischem Druck ausgesetzt, woraus sich die mangelnde Beständigkeit ihrer Haltung gegenüber dem weißen Regime erklärt. Von Zeit zu Zeit werden sie sich unvermeidlich mit der herrschenden Klasse in den Haaren liegen, der sie nur Hilfsdienste leisten können. Ihre wirtschaftliche Lage mag sich verbessert haben, aber die Farbe bestimmt immer noch die äußeren Grenzen ihres ökonomischen Wachstums. In ihrem täglichen Leben erfahren sie immer

noch die verletzenden Erniedrigungen, die alle Schwarzen erfahren. Es ist daher sowohl nötig, als auch möglich, einen übergroßen Teil dieser Gruppe in den Befreiungskampf einzubeziehen, sofern die nötige Wachsamkeit gegen das Eindringen konterrevolutionärer Ideologie in die nationale Bewegung gewahrt wird. Es liegt allgemein in der Natur des Kleinbürgertums, daß es zwischen der herrschenden und der ausgebeuteten Klasse schwankt, was teilweise von der Stärke der Hauptwidersacher im Kampf abhängt. Insofern wird die wirkungsvolle Verstärkung der Konfrontation mit dem rassistischen Staat (politisch wie physisch) durch unsere Befreiungsfront, die größten Teile der schwarzen Mehrheit, einschließlich Teilen der Mittelklasse, gewinnen und mobilisieren.

Das Verhältnis ANC und KP Südafrikas

8. Es ist offensichtlich, daß eine Partei der Arbeiterklasse wie die unsere eine unverzichtbare Rolle sowohl als eine unabhängige Organisation als auch als Teil der Befreiungsfront spielen muß, die vom African National Congress (Afrikanischer Nationalrat - ANC) geführt wird. Dies ist nicht nur so aufgrund des unumstrittenen Beitrags, den wir in den letzten Jahren im Kampf für nationale und soziale Befreiung in Südafrika geleistet haben, sondern auch weil das südafrikanische



Rekruten der südafrikanischen Armee

Proletariat einen besonderen Platz in dem kommenden Kampf einnimmt; ein Platz, der ohne ein unabhängiges politisches Instrument sumptig, geschwächt und kastriert wäre. Darum richtet die herrschende Klasse unverändert vor allem ihr Gift gegen Kommunisten und die Kommunistische Partei und darum hat die jüngste Zeit eine allesumfassende Intensivierung der antikommunistischen und antisozialistischen Propaganda erlebt.

Es ist eine Huldigung für unsere Partei, daß sie als der kompromißloseste Feind des rassistischen Systems angesehen wird, und daß sie von den Kollaborateuren unter den Schwarzen gefürchtet wird wegen ihrer Überzeugung, daß die nationale Revolution ohne die endgültige Beseitigung jeglicher Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht vollständig sein wird. Antikommunismus, innerhalb wie außerhalb unserer Bewegung, rührt heute weniger denn je zuvor von einem bloßen Streit über philosophische und politische Theorie im allgemeinen her; er ist ein Instrument des Feindes für den Kampf gegen die revolutionären Kräfte in dem kommenden Machtkampf. Er dient dazu - und ist darauf zugeschnitten - jene Elemente innerhalb der nationalen Bewegung anzusprechen, deren Klasseninteressen sie für eine Politik des Reformismus, des Tribalismus²⁾ und bürgerlicher Formen des Nationalismus empfänglich machen.

Unsere Art revolutionären nationalen Kampfes verlangt die organisierte Teilnahme der Arbeiterklasse und ihres klassenpolitischen Organs - der Partei. Die Erfahrung hat wieder und wieder bewiesen, daß in unserer Revolution Aktionseinheit von Partei und nationaler Bewegung einen sich gegenseitig verstärkenden Einfluß im besten Interesse des Volkes ausgeübt hat. Dieses einheitliche Handeln ist weder, noch war es je, wie unsere Feinde behaupten, ein Komplott um 'Front'-Organisationen zu schaffen oder Bruderorganisationen 'einzuvernehmen' und sie in Flügel der Partei zu verwandeln. Unsere Partei nimmt ihre Rolle im Verhältnis zu anderen Organisationen nicht dadurch wahr, daß sie versucht, sie zu erobern oder sie in Flügel der Partei zu verwandeln. Die Geschichte des Wirkens einer Reihe schwarzer Kommunisten, einschließlich unseres Generalsekretärs, Moses Kotane, in den höchsten Gliederungen des African National Congress beweist, daß, welchen Einfluß sie auch ausüben mögen, die Gründe hierfür in der Qualität ihrer Führungsarbeit, und in ihrer absoluten Loyalität, Hingabe und Bereitschaft, sich für die Sache des Congress zu opfern, liegen.

Die historische Chance des Durchbruchs

10. Der kommende Zeitabschnitt ist einer der entscheidendsten in der Geschichte unseres Kampfes. Unter den Unterdrückten Südafrikas herrscht ein stärkeres Gefühl der Erwartung von Veränderungen, des Zorns und der revolutionären Leidenschaft, als seit langem zu verspüren war. Massenaktivitäten sind im Aufschwung und das Volk will noch wirkungsvollere Schläge gegen die Rassisten sehen. Es wird ohne Zweifel jede revolutionäre Alternative reformistischen Manövern vorziehen.

Auf seiten des Feindes erleben wir (wie wir gesehen haben) kopflose und raffinierte Aktivitäten in allen Richtungen, um den Sturm, dessen Aufkommen er fürchtet, zu überstehen und die Anerkennung und Zusammenarbeit der Schwarzen für seine neue Version weißer Tyrannei zu gewinnen. Darum ist es von größerer Bedeutung als je zuvor, daß unsere Befreiungsfront ihre Arbeit in jedem Bereich revolutionärer Tätigkeit verstärkt. Sie muß, mit einem neuen Gefühl für die Dringlichkeit, Organisation und Widerstand unter den Arbeitern, Bauern und der Jugend anregen; sie muß diejenigen isolieren, die (gleich ob innerhalb oder außerhalb der Befreiungsbewegung) versuchen, die Seele der unterdrückten Mehrheit für reformistische, tribalistische oder gegen die Arbeiterklasse gerichtete Lösungen zu erobern; sie muß die Einheit aller schwarzen Völker - Afrikaner, Mischlinge und Inder - festigen; sie muß alle Versuche, die revolutionären nationalistischen Ziele unserer Befreiungsfront zu untergraben und zu verwässern und sie durch einen rassistischen bürgerlichen Nationalismus zu ersetzen, entlarven und ausrotten.

Vor allem muß unsere Befreiungsfront sich aktiv und lebendig zeigen, ohne Unterlaß den Feind an allen Fronten angreifen. Es ist jetzt wichtiger als je zuvor, daß wir unsere Fähigkeit demonstrieren, die physische und bewaffnete Konfrontation aufzunehmen und aufrechtzuerhalten. Ohne Aktivität auf allen Gebieten in einem Ausmaß, das die Glaubwürdigkeit einer revolutionären Alternative sowie die wachsende Nähe der Befreiung innerhalb unseres Landes deutlich macht, werden die schwankenden und reformistischen Elemente in der schwarzen Gemeinschaft und im übrigen Afrika ihre Begründungen für "Entspannung" und prinzipienlose Kompromisse finden.

Die beharrliche politische und organisatorische Arbeit der Bewegung seit dem Rückschlag von Riyonia, die zahlreichen mutigen Versuche, den Feind zur Schlacht zu stellen und seine

Politik des 'keine Kapitulation' an allen Fronten (wie schwierig die Bedingungen auch seien) haben unserer Befreiungsbewegung, und besonders ihrer führenden Kraft, dem Afrikanischen Nationalkongreß, einen Vertrauensvorschuß revolutionärer Bereitschaft unter den Massen eingebracht. Das hat ihren Glauben und Vertrauen in seine Führung gestärkt. Sie erwarten von dieser Bewegung den Weg aus ihrer jahrhundertelangen Unterdrückung zu weisen zu einer Zeit, zu der sie empfinden, daß ein siegreicher Durchbruch möglich ist.

Das Vertrauen des Volkes rechtfertigen

Unsere Fähigkeit, dies Vertrauen zu rechtfertigen, hängt nicht nur von ideologischer Aktivität und revolutionärer Hingabe ab, sondern auch von den Schritten, die wir unternehmen können, die organisatorischen Mittel auf jeder Ebene der Bewegung in beste Verfassung zu bringen. Der Elan der Jugend ist da. Die Erfahrung ist da. Revolutionäres Verständnis und Hingabe sind vorhanden. Was jetzt, mehr denn je, gebraucht wird, ist, jeden einzelnen Kämpfer mit einem neuen Vorsatz und mit Begeisterung für die vor uns liegenden Kämpfe zu erfüllen, einen neuen kollektiven Gemeinschaftsgeist hineinzutragen sowie kollektive Formen der Führung zu praktizieren und alle Teile des Apparates zu straffen und ihnen größere Effektivität zu verleihen, mit dem Ziel, eine wirksame Aufgabenteilung vorzunehmen und unser aller Fähigkeiten optimal zu nutzen.

Die Geschichte hat uns eine günstige Ausgangslage und reichliche Möglichkeiten beschert, sie im Interesse der Massen unseres Volkes zu nutzen.

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Bantu Investment Corporation: 1950 gegründete staatliche Gesellschaft mit der Aufgabe, in den Bantustans (Afrikaner-Reservate) finanziell und technisch Investitionen von Afrikanern zu fördern.
- 2) Politik des Stammesegoismus bzw. künstliches Hochspielen von Stimmendifferenzen.

(Quelle: The African Communist, Nr. 64, 1/1976, S. 22-33)

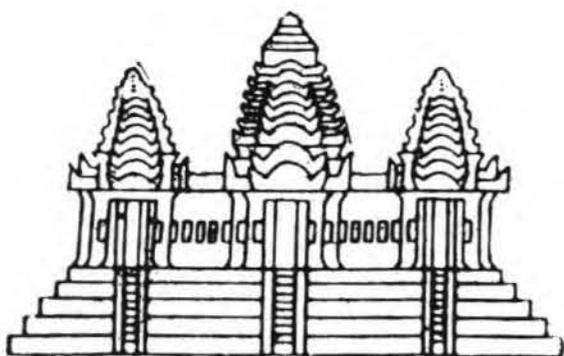
Nachtrag

zu der in der Nr. 11-12/1975 veröffentlichten Länderübersicht Puerto Rico:

Aus der 1959 gegründeten Puertoricanischen Unabhängigkeitsbewegung (MPI) ging 1971 die Sozialistische Partei Puerto Rico (SPS) hervor. Sie kämpft für die Unabhängigkeit des Landes und unterhält enge Beziehungen zur Kommunistischen Partei Kubas. Generalsekretär ist Juan Mari Bras Rivera.

Kampuchea

Am 17. April 1976 feiert das kambodschanische Volk den 1. Jahrestag der endgültigen Befreiung vom amerikanischen Imperialismus und seinem Marionettenregime Lon Nol.



Ende 1975 stellte Khieu Samphan, zu dieser Zeit stellvertretender Ministerpräsident, Minister für Nationale Verteidigung und Oberkommandierender der Nationalen Volksstreitkräfte fest, daß es gelungen sei, erste bemerkenswerte Fortschritte bei der Realisierung des vom Nationalkongreß im April 1975 verabschiedeten Aktionsprogramms (siehe AIB, Nr. 7-8/1975) zu erzielen. Dazu gehörte die Gewährleistung der Nahrungsmittelversorgung ebenso wie die Wiederherstellung der von US-Bombenangriffen zerstörten Verkehrswege, Fabriken, Schulen und Krankenhäuser und Reisfelder.

Ein zentraler Stellenwert bei der Konsolidierung der Volksmacht kommt der neuen Verfassung Kambodschas zu, die im Dezember 1975 vom Nationalkongreß angenommen wurde und am 5. Januar 1976 nach der Bestätigung durch den Ministerrat in Kraft trat. Die Verfassung legt fest, daß Kambodscha ein unabhängiger, geeinter, friedlicher, neutraler, nichtpaktgebundener und demokratischer Staat ist, ein Staat der Arbeiter und Bauern. Die Hauptproduktionsmittel werden in Kollektiveigentum von Staat und Volk überführt. Oberstes Organ Kambodschas ist die aus direkten Wahlen hervorgegangene "Volksversammlung", in der 150 Bauern, 50 Arbeiter und 50 Soldaten vertreten sind. Die Volksversammlung wählt sowohl die Mitglieder des "Volkstribunals", des obersten Justizorgans, als auch die Regierung Kambodschas und hat gesetzgebende Funktion.

Gemäß der neuen Verfassung wurden am 20. März 1976 die ersten Wahlen zur Volksversammlung durchgeführt. Ende März d.J. gab Ministerpräsident Pen Nouth bekannt, daß die 1970 nach dem Putsch Lon Nols im Exil gebildete Königliche Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas (GRUNK) nach der Befreiung Kambodschas und mit der Durchführung der Wahlen zur Volksversammlung ihre Aufgaben erfüllt habe und die Mitglieder des Kabinetts daher ihre Ämter niederlegen würden. Kurz zuvor hatte Prinz Sihanouk seinen Rücktritt als amtierender Staatspräsident erklärt. Auf ihrer Sitzung vom 11.-13. April 1976 wählte die Volksversammlung die neue Regierung des Landes und gab dessen Umbenennung in Kampuchea bekannt. Zum Vorsitzenden des Staatsrates wurde Khieu Samphan, zum neuen Ministerpräsidenten Kampuchreas der Gewerkschaftsführer Tol Sat gewählt.



Dieses vierfarbige Poster (DIN A 1) kann ab sofort bei der Redaktion elan, Postfach 789, 4600 Dortmund 1, bestellt werden. Preis: 10.- DM (einschließlich Versand- und Portokosten) nur gegen Voreinzahlung auf das Postscheckkonto Frankfurt/M. 203290 - 600 des Weltkreis-Verlages.

Treffen von Conakry: Lehren aus Angola

Am 15. März d.J. trafen sich in Conakry, der Hauptstadt der Republik Guinea, auf Einladung ihres Präsidenten Ahmed Sékou Touré die Präsidenten Kubas, Fidel Castro, der Republik Guinea-Bissau, Luiz Cabral, sowie Angolas, Agostinho Neto, um - wie Sékou Touré formulierte -, "die Lage zu analysieren und unsere gemeinsamen Willen zu bekräftigen, unsere solidarische Unterstützung fortzusetzen, um die Revolution zu schützen". Begeistert empfingen von den Bewohnern Conakrys, vor Zehntausenden im "Stadion des 28. Februar" zogen F. Castro, L. Cabral, A. Neto und S. Touré in ihren Reden die Lehren aus dem Sieg des angolanischen Volkes; sie hoben hervor

- die Macht der internationalen Solidarität, des Internationalismus,
- die Bedeutung des Sieges für den Freiheitskampf in Afrika wie für den Kampf gegen den Imperialismus überhaupt,
- den festen Willen zur Festigung und Weiterentwicklung der solidarischen Verbundenheit ihrer wie aller fortschrittlicher Völker,
- die kommenden Aufgaben des Befreiungskampfes in Afrika.

Von ihrem Treffen sandten sie eine Botschaft an den Präsidenten Moçambiques, Samora Machel, in welcher sie das moçambiquanische Volk ihrer kämpferischen Solidarität in seinem "politischen und militärischen Kampf zur Sicherung des Triumphes der Volksrepublik Moçambique über ihre inneren wie äußeren Feinde" versicherten.

Die Hilfe Guineas, Guinea-Bissaus, Kubas und der anderen sozialistischen Länder

Die Rolle der internationalen Solidarität im siegreichen Kampf des angolanischen Volkes und für die Erringung der völligen Befreiung Afrikas stand im Mittelpunkt der Reden in Conakry.

Vor dem Hintergrund einer massiven Propagandakampagne im imperialistischen Lager zur Verleumdung der angolanischen Revolution und der internationalen Solidarität führte Fidel Castro aus: "Angesichts der Aggression des Imperialismus, der weißen Söldner und der südafrikanischen Rassisten zögerte der Genosse Neto nicht, die Unterstützung der revolutionären Völker anzufordern - denn der Imperialismus ist mächtig, und ein einzelnes kleines Land, sei es Kuba, sei es Angola, ist außerstande, auf sich selbst gestellt, ohne jedwede Hilfe der Aggression des Imperialismus zu begegnen. Aber es gibt ein revolutionäres Lager, es gibt den proletarischen Internationalismus und wenn der Imperialismus zu erfahren wünscht, was der proletarische Internationalismus ist, so bietet Angola ein großartiges Beispiel!" Den Dank seines Volkes stattete Agostinho Neto mit den Worten ab: "Heute können wir in dieser heldenhaften und revolutionären Hauptstadt Guineas einen Sieg Afrikas feiern. Dazu verhalf uns die Unterstützung befreundeter Länder - antiimperialistischer und solcher, die für ihre Freiheit, gegen Ausbeutung und Unterdrückung der Völker kämpfen. Wir haben hier in Guinea politische, diplomatische und militärische Hilfe für unseren Kampf in Angola gefunden. (...) Desgleichen haben wir die Solidarität unserer Kampfgefährten, unserer Genossen aus Guinea-Bissau, erfahren. Sie, die selbst erst seit kurzem unabhängig sind, sind uns zu Hilfe geeilt, einschließlich militärischer Unterstützung.

Es gibt auch nichtafrikanische, sozialistische Länder, die uns die notwendige Hilfe an Menschen und Material erwiesen, um die Südafrikaner und die von ihnen unterstützten angolanischen Marionetten zu besiegen. Ich

meine die Sowjetunion, die uns große Mengen Waffen geliefert hat, Waffen für die völlige Befreiung unseres Landes, und schließlich das kubanische Brudervolk".

Der Sieg Angolas wird den Lauf der Geschichte Afrikas verändern!

Die Bedeutung der Hilfe Kubas - das dem Imperialismus auf von ihm beherrscht geglaubtem militärtechnischem Gebiet die Stirn bot, wie Fidel Castro feststellte: "Die US-Imperialisten hatten nicht damit gerechnet, daß das 12.000 km entfernte Kuba dem überfallenen Angola militärische Hilfe leisten könnte" - hob Präsident Sékou Touré mit den Worten hervor: "Wir wissen, daß der Imperialismus Kuba haßt, daß er auf eine Chance in Kuba wartet, daß sich Kuba täglich der verbrecherischen Machenschaften des Klassenfeindes erwehren muß. Aber das alles hat Kuba nicht daran gehindert, dem in Angola kämpfenden Afrika militärische Kräfte und gewaltige Mittel zur Verfügung zu stellen, um den Imperialismus und alle seine Vernichtungsmittel zu schlagen!", um zu resümieren: "In Angola wurden die Marionetten geschlagen; in Angola wurde die Apartheid geschlagen; in Angola wurde der Imperialismus geschlagen!"

Die Kraft des Internationalismus, der in Angola "einen historischen Sieg" ermöglichte, "der den Lauf der Geschichte Afrikas verändern wird" (so Fidel Castro) soll den für die Freiheit kämpfenden Völkern weiterhin Richtschnur sein in ihrem Kampf: "Unbeirrt solidarisch werden die revolutionären Völker Kubas, Guinea-Bissaus, das kämpferische Volk Guineas sowie alle revolutionären, sozialistischen und demokratischen Völker der Welt an der Seite der MPLA stehen, um die Grenzen der Apartheid, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen noch weiter zurückzuwerfen - bis zur vollständigen Vernichtung der reaktionären Kräfte, zur vollständigen Freiheit des afrikanischen Vaterlandes!"

Gemeinsame Verantwortung: die völlige Befreiung Afrikas!

Die völlige Befreiung Afrikas von Rassismus, Kolonialismus und Neokolonialismus - dieses bleibende Ziel formulierten auch die Reden Luiz Cabrals und Agostinho Netos: "Der Sieg des angolanischen Volkes - unschätzbare Beitrag zur Festigung der Unabhängigkeit der ehemals unter portugiesischer Herrschaft befindlichen Länder - stellt eine Ausgangsbasis für die Fortsetzung des Kampfes bis zur völligen Befreiung Afrikas dar. Der Augenblick ist gekommen für die bewußten Kräfte des kämpfenden Afrika, sich zu vereinen, um die Früchte des großen Sieges des angolanischen Volkes zu ernten und den Kampf bis zur totalen Befreiung ganz Afrikas fortzusetzen". Und Agostinho Neto schloß: "Das angolanische Volk ist hinfort Herr seines Landes. Nun, da dies erreicht ist, können wir alle uns unserer Verantwortung gegenüber Afrika entsinnen. Afrika ist noch nicht frei. Noch gibt es Länder, in welchen die weißen Minderheitsregimes herrschen: In Namibia, in Zimbabwe, in Südafrika selbst kämpfen die Völker für ihre Befreiung. Afrika muß frei sein - vollkommen frei - und wir müssen die Kämpfer für diese Freiheit sein! Unsere Losung heißt 'Der Sieg ist sicher'. Sie heißt aber auch 'Der Kampf geht weiter!'"

(Zitate aus: afrique asie, Nr. 106, 5.4.1976 und Neues Deutschland, 19.3.1976)